

13. Heft | 4. Juli 1917

## LUDWIG QUESSEL · ENGLANDS ASIATISCHE POLITIK

**P**RÄSIDENT Wilson hat in seiner Botschaft an Rußland als angelsächsisches Kriegsziel die Bekämpfung der »besonderen Machtpläne« Deutschlands hingestellt, die »alle von Berlin nach Bagdad und darüber hinaus gehen«. Daß Deutschland etwa die Gebiete, die zwischen Berlin und Bagdad liegen, erobern will, wagt freilich selbst Wilson nicht zu behaupten, weil er mit Recht fürchtet sich mit solch sinnloser Behauptung in Rußland lächerlich zu machen. Dafür verweist er aber auf den deutschen Einfluß, der es auch »ohne offene Eroberung von Gebiet«, einfach durch »Herstellung des status quo ante« schon fertig bringen werde den »Frieden und die Freiheit der Welt« (das heißt die pax britannica und die Freiheit der Angelsachsen alle Völker der Erde niederhalten zu können) in Zukunft ständig zu bedrohen. Die Wiederherstellung des status quo ante im asiatischen Reich der Türkei ist also die große Gefahr, zu deren Abwendung Wilson uns den Krieg erklärt hat. Und in der Tat ist auch der Stand der Dinge, wie er vor dem Krieg in Vorderasien vorhanden war, unvereinbar mit dem angelsächsischen Ziel ein einheitliches Reich in Asien von Kairo bis Calcutta zu errichten. Negativ hat Wilson das angelsächsische Kriegsziel also klar und scharf bestimmt: Die Türkei darf als einheitlicher und unabhängiger Staat nicht weiter existieren. Darüber aber, was nun an die Stelle des frühern Zustands in Vorderasien zu treten habe, schweigt sich Wilson vorsichtig aus. Es scheint ihm ratsam Rußland lediglich zu erklären, daß »dieser Status in einer Art geändert werden muß«, ohne aber darauf, wie diese Änderung vor sich gehen soll, näher einzugehen. Allerdings besagt seine Formel, daß »kein Gebiet seinen Besitzer wechseln darf, außer zu dem Zweck, um denjenigen, die es bewohnen, eine gute Möglichkeit zum Leben in der Freiheit zu sichern«, für den Eingeweihten mit hinreichender Deutlichkeit, wie Wilson sich die Änderung des status quo ante in Vorderasien denkt. Die gewaltige Kette der von England abhängigen Länder (Tibet, Bhutan, Nepal, Afghanistan, Persien, Koweit, El Hassa, Oman, Hadramaut), die sich vom Yangtsetal bis zum Golf von Aden erstreckt, will Wilson um eine Anzahl neuer Glieder verlängern, die aus Mesopotamien, Arabien und Syrien gebildet werden sollen. Von Kairo bis Calcutta und darüber hinaus bis zum Yangtse würde sich dann die britische Machtsphäre in Asien erstrecken, womit sich die

Engländer einstweilen, solange der japanische Einfluß in China wohl oder übel geduldet werden muß, wohl zufrieden geben könnten.

Es gab im ersten Kriegsjahr zahlreiche Politiker in Deutschland, die nur mitleidig über die *Anglophobie*, die den Briten solch phantastische Kriegsziele wie Kap-Kairo und Kairo-Calcutta *andichtete*, zu lächeln wußten. Wahrscheinlich ist ihnen jetzt, da britische Minister im Parlament auf die Frage nach Englands Kriegszielen ganz erstaunt antworteten, ob sich ein Engländer denn überhaupt vorstellen könne, daß Großbritannien die Neger- und Araberstämme in Deutsch Ostafrika, Mesopotamien, Arabien und Syrien wieder der deutschen und türkischen Grausamkeit ausliefern könne, endlich klar geworden, daß nicht Anglophobie, sondern die realistische Erkenntnis der großartigen Ziele britischer Politik uns zu der Ansicht geführt hat, daß für England dieser Krieg in gewissem Sinn gar nicht auf europäischem Boden, vielmehr nur in Asien und Afrika entschieden werden kann, was freilich zur Voraussetzung hat, daß Rußland und Deutschland sich in Europa in ausreichendem Maß verbluten, um als Widersacher für England in Asien und Afrika nicht mehr in Frage kommen zu können. Wilsons Haltung zeigt jenen Politikern jetzt auch, daß zwischen den Zielen englischer und amerikanischer Weltpolitik kein Zwiespalt besteht, daß Amerika das britische Kriegsziel Kap-Kairo und Kairo-Calcutta nicht bloß nicht bekämpft sondern im Gegenteil positiv fördert, wie England später auch an der Seite Amerikas zu finden sein wird, wenn es sich einmal darum handeln sollte Japans Macht im Stillen Ocean zu vernichten.

Die falsche Einschätzung der britischen Kriegsziele von seiten vieler deutscher Politiker und Staatsmänner erklärt sich zum größten Teil dadurch, daß man der asiatischen Politik Englands, die immer im Mittelpunkt britischer Weltpolitik gestanden hat, viel zu wenig Beachtung schenkte. Und soweit man sich mit ihr beschäftigte, übersah man zumeist, daß man in England die asiatischen Besitzungen, Protektorate und Einflußsphären immer als eine große politische und militärische Einheit aufgefaßt hat, die auszubauen und zu konsolidieren stets oberstes Ziel britischer Politik war.

**K**ERNLAND ihres großen Reiches in Asien war den Engländern von jeher Indien. Und wer die britische Politik der letzten Jahrzehnte verfolgt, findet leicht, daß es das Ziel der britischen Weltpolitik war vor allem diesen kostbaren Besitz vor jedem möglichen Angriff sicherzustellen. Von Indien muß man daher ausgehen, wenn man die treibenden Kräfte der britischen Weltpolitik bloßlegen will. Wie sehr Indien im Zentrum der britischen Weltpolitik steht, kann man am besten in den Schriften und Reden des gegenwärtigen Ministers Lord Curzon studieren, der als Publizist, Parlamentarier, Minister und besonders als Vizekönig Indiens unaufhörlich bemüht war die zentrale Bedeutung der indischen Besitzungen für die Erhaltung des britischen Weltreichs der britischen Öffentlichkeit darzulegen. Es verlohnt sich auf diese Dinge, die für die Gestaltung des Friedens die größte Bedeutung gewinnen werden, weil sie für das Angelsachsentum von ausschlaggebender Wichtigkeit sind, näher einzugehen, da, wie Wilsons Botschaft an Rußland uns lehrt, die Hindernisse für einen Verständigungsfrieden weit mehr in Asien als in Europa zu suchen sind.

Sehr wichtig ist insbesondere festzustellen, wie sich Indiens Bedeutung für das britische Weltreich in den Köpfen der britischen Staatsmänner und Militärs malt. Zunächst betrachten sie Indien nicht nur als das Kernland der britischen Machtsphäre in Asien sondern gewissermaßen als die Wiege des britischen Weltreichs überhaupt. In einem vor der Philosophischen Gesellschaft in Edinburgh am 19. Oktober 1909 gehaltenen Vortrag äußert sich Lord Curzon hierüber wie folgt:

»Ohne Indien hätte Lord Beaconsfield nicht die Anteile am Suezkanal gekauft; ohne den Suezkanal wären wir jetzt nicht in Ägypten. . . Wäre es nicht Indiens wegen gewesen, wir hätten niemals vom Kapland Besitz ergriffen oder uns überhaupt in Südafrika . . . so ausgedehnt. Ohne Indien wären wir niemals imstande gewesen Napoléons mächtigen Geist in das felsige Gefängnis von Helena einzukerkern; Mauritius wäre nicht unser; auch hätten wir niemals eine solch überwiegende Stellung in Mesopotamien erlangt oder den Persischen Meerbusen unter unsere Kontrolle genommen. Indien zwang uns Hand auf Aden, eine Besetzung von unvergleichlicher Wichtigkeit, zu legen, und die Schutzherrschaft über die benachbarten Teile Arabiens zu übernehmen. Indien wies uns auf die Bahn jener Eroberungen, die erst an den Schneewällen des Himalaya haltmachten. . . Durch Indien traten wir in Beziehungen . . . zu China und Japan. . . Indien brachte uns in den Besitz des (törichterweise zurückgegebenen) Java.«<sup>1)</sup>

Auf die Richtigkeit obiger Geschichtsbetrachtung, wonach der Besitz Indiens die Engländer gezwungen hat die halbe Welt zu verschlingen, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Zweifellos richtig ist aber, daß bei allen Entscheidungen der britischen Außenpolitik die Sicherung und Erweiterung der Machtsphäre Englands in Asien mitgewirkt hat. So ist namentlich der historische Gegensatz zwischen England und Rußland im 19. Jahrhundert vorzugsweise aus dem britischen Bestreben entsprungen Rußland keinen Einfluß in den Grenzländern Indiens gewinnen zu lassen. Englands europäische Politik diente in hohem Maß dem Zweck die europäischen Großmächte möglichst von Asien fernzuhalten und ist daher nur zu verstehen, wenn man sie in Beziehung zu Asien bringt. Lord Curzon hat denn auch immer mit Nachdruck betont, daß England in erster Linie eine asiatische und nicht bloß eine europäische Großmacht ist:

»Die 3 menschenreichsten unter den vorhandenen Reichen (Großbritannien, Rußland und China) sind asiatische Reiche; und weil die beiden ersteren nicht bloß europäisch sondern auch asiatisch sind, gehören sie in diese Kategorie.«<sup>2)</sup>

Dieser Auffassung ist Lord Curzon als Unterstaatssekretär und Vizekönig in Indien immer treu geblieben. Ihm war das britische Kaiserreich in Indien stets die Grundlage der britischen Machtstellung in allen anderen Erdteilen. Und weit entfernt davon in der Bezeichnung Großbritanniens als ein Reich asiatischer Natur etwa eine Herabsetzung zu sehen, ging sein Bestreben vielmehr dahin seinem Volk das Bewußtsein beizubringen, daß erst der Besitz Indiens England aus einer kleinen Insel mit lediglich europäischen Interessen zu einem Weltreich von universaler Bedeutung erhoben habe. Dem Europäerhochmut, dem sich mit der Vorstellung des Asiatischen zumeist der Begriff des Minderwertigen verbindet, trat Curzon sehr entschieden entgegen:

»Asiatischer Herkunft ist jene Kraft, die, mehr als irgendein anderer Einfluß, die Menschheit umgebildet und emporgehoben hat: der Glaube an einen einzigen Gott. 5 von den 6 großen Lehrern der Moral, die die Welt gesehen hat, Moses, Buddha,

<sup>1)</sup> Siehe Lord Curzon Indiens Stellung im britischen Weltreich /Berlin 1910/, Seite 5 f.

<sup>2)</sup> Siehe Lord Curzon Problems of the Far East, 3. Auflage /London 1914/, Seite 2; die beiden folgenden Zitate Seite 3 und 411 f.

Konfuzius, Jesus und Mohammed, hatten asiatische Eltern und lebten auf asiatischem Boden. . . Asien haben wir das edelste Produkt aller Literatur, die hebräischen Schriften des Alten Testaments, die zarteste Lyrik in den Hochzeitsgedichten eines Judenkönigs, die Anfänge des modernen Wissens in dem Empirismus der arabischen Geometer und Metaphysiker zu verdanken. In Asien wurde das Drama geboren. Dort wählte sich der größte Dichter des Altertums den Schauplatz für seine unsterbliche Epik. Dort leitete der Kompaß den Menschen zuerst über die weglose Wasserfläche. Und noch in unserer Zeit sind wir mit seiner Hilfe zu der Entwicklung von 3 neuen Wissenschaften (vergleichende Mythologie, vergleichende Rechtswissenschaft und Philologie) gelangt.«

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das Verständnis für Asiens Kulturleistungen Curzons Blick für die Wehrlosigkeit der meisten asiatischen Völker nicht trübte. Was zum Beispiel die Chinesen betrifft, so hielt er es für zwecklos, daß England ein Volk, dem die psychische Wehrhaftigkeit abgeht, mit Kriegsmitteln versorgt, um sich so einen Bundesgenossen gegen Rußland zu schaffen. Er spottete über die englischen Publizisten, die aus dem Umstand, daß »China viele Millionen kräftiger und starkknochiger Söhne hat«, ohne weiteres folgerten, daß dieses Riesenreich bei ausreichender Versorgung mit Waffen und Munition auch viele Hunderttausende vorzüglich fechtender Soldaten haben könne. Unmittelbar vor Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges, also zu einer Zeit, als in Europa der Glaube an die wachsende militärische Kraft Chinas noch ungebrochen war, schilderte er die Bedeutung der schon damals reichlich mit europäischen Kriegsmitteln versorgten chinesischen Armee folgendermaßen:

»Es gibt kein Land in der Welt, wo der militärische Beruf von geringerem Ansehen ist oder wo die Kriegswissenschaft verständnisloser betrieben wird. Das Wort »*Ce-dant arma togae*« ist hier kein Ausdruck für das Streben nach ehrenvollem Frieden sondern für eine beherrliche Verachtung der Kunst, die das Schwert der Feder vorzieht. Die chinesische Armee unter chinesischer Führung, selbst mit Gewehren in der Hand und Patronen in der Tasche, ist ein undisziplinierter Haufen von Landstreichern, ungefähr ebenso qualifiziert einer europäischen Kraft zu widerstehen wie eine Masse von Hydeparkprozessionisten zur Abwehr eines Angriffs der Leibgarde geeignet wäre. Wozu auch immer chinesische Truppen sich schon unter europäischer Leitung fähig gezeigt haben mögen, und was sie unter solcher Leitung in Zukunft auch leisten könnten, sie sind, als nationale Wehr betrachtet, ein militärisches Instrument von geringerer Bedeutung als das schwächste Truppenkontingent des kleinsten europäischen Staates.«

Curzons Einsicht hat England es zu danken, daß es nicht unnütz Geld und Mühe verschwendete, um China wehrhaft gegen Rußland und Japan zu machen sondern entschlossen auf die Seite Japans trat, als im Sommer 1894 in den ersten Monaten des chinesisch-japanischen Krieges die Richtigkeit seines Urteils über die chinesische Wehrmacht auch seinen Gegnern offenbar wurde. Von diesem Zeitpunkt an war es Curzons eifriges Bemühen Japan als Bundesgenossen gegen diejenigen europäischen Mächte zu gewinnen, die es wagen würden sich dem britischen Machtstreben in Asien entgegenzustellen.

Ehe wir jedoch den Gründen nachgehen, die England bestimmten aus seiner Isolierung in Asien herauszutreten und ein Bündnis mit einer asiatischen Macht gegen Europa zu suchen, ist es notwendig sich zahlenmäßig eine Vorstellung von der enormen Bedeutung der Interessen zu verschaffen, die England in Asien zu schützen hat. Es genügt hierzu Flächeninhalt, Bevölkerung, Einfuhr und Export der britischen Besitzungen in Asien zusammenzustellen:

| Britische Besitzungen in Asien (ohne Protektorate und Einflußsphären) | Flächeninhalt<br>Quadrat-<br>kilometer | Bevölkerung<br>1913 | Einfuhr 1912<br>aus Groß-<br>britannien |               | Ausfuhr 1912<br>nach Groß-<br>britannien |               |
|---|--|---------------------|---|---------------|--|---------------|
|   |  |                     | insgesamt                               | insgesamt     |  |               |
| Kaiserreich Indien  | 2 841 992                              | 244 270 000         | 1 152 522 000                           | 3 045 841 000 | 1 042 974 000                            | 3 421 673 000 |
| Ceylon  | 65 993                                 | 4 111 000           | 67 998 000                              | 242 666 000   | 130 341 000                              | 265 273 000   |
| Besitzungen in China  | 1 794                                  | 610 000             | —                                       | —             | —  | —             |
| Straits Settlements   | 4 238                                  | 728 000             | 109 054 000                             | 1 050 091 000 | 199 285 000                              | 875 300 000   |
| Vereinigte Malayenstaaten   | 71 515                                 | 1 038 000           | 19 728 000                              | 188 180 000   | 101 446 000                              | 361 606 000   |
| Malayische Schutzgebiete  | 264 797                                | 1 640 000           | —                                       | —             | —  | —             |
| zusammen  | 3 250 329                              | 252 397 000         | 1 349 302 000                           | 4 526 778 000 | 1 474 046 000                            | 4 923 852 000 |

Fügt man zu diesen gewaltigen Landmassen, die sich fest in der Hand Englands befinden, noch diejenigen Gebiete hinzu, die als britische Protektorate und Einflußsphären gelten (Yangtsetal, Westsiam, Tibet, Bhutan, Nepal, Afghanistan, Südpersien, Koweit, El Hassa, Oman, Hadramaut und Aden), so kann man begreifen, daß die englischen Staatsmänner, wenn sie vom britischen Weltreich sprechen, in erster Linie an Asien denken müssen, weil ja auch der australische Kontinent sowohl politisch als auch militärisch noch in die asiatische Machtsphäre Großbritanniens fällt. Und um Indien gruppieren sich die anderen asiatischen Besitzungen wie Planeten um die Sonne. Indien ist für die englische Volkswirtschaft nicht nur unter allen Ländern der Erde der wichtigste Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant sondern vorläufig auch der beste Kunde der englischen Industrie und ein gewaltiges Feld für britische Kapitalanlagen. Aus Indien erhielt England 1912 für 218 Millionen Mark Weizen, für 140 Millionen Mark Tee, für 53 Millionen Mark Reis, für 93 Millionen Mark Ölfrüchte, für 165 Millionen Mark Jute und für 26 Millionen Mark Baumwolle. Verkauften konnte England in Indien 1912 für 614 Millionen Mark Baumwollwaren, für 21 Millionen Mark Wollsachen, für 48 Millionen Mark Baumwollgarn, für 133 Millionen Mark Eisen und Stahl und daraus verfertigte Waren, für 14 Millionen Mark Kupfer und Kupferwerk und für 71 Millionen Mark Maschinen. Dabei braucht England in Indien die deutsche Konkurrenz nicht sehr zu fürchten, weil es die indischen Märkte fest in seiner Hand hat. Während die englischen Metall- und Textilindustrien 1912 Waren im Wert von 903,7 Millionen Mark in Indien absetzen konnten, brachten es die deutschen Metall- und Textilindustrien dort nur zu einem Warenabsatz im Wert von 49,3 Millionen Mark. Trotz dem Freihandel hat die deutsche Ausfuhr nach Indien immer nur 8 % der indischen Gesamteinfuhr betragen. Hält man sich diese Tatsachen vor Augen, so wird man begreifen, daß weitaus die meisten britischen Staatsmänner und Politiker in Indien den wertvollsten wirtschaftlichen Besitz Englands sehen. So meint Lord Curzon:

»Unser Indien ist ein Hauptfeld für die Verwendung britischen Kapitals. . . Schätzt man doch das gesamte britische Kapital, das in Indien für seine kommerzielle und industrielle Entwicklung angelegt ist, auf wenigstens 7 Milliarden Mark. . . Indien ist der bedeutendste Lieferant für Nahrungsmittel und Rohmaterial unseres Reiches und die Hauptkornkammer Großbritanniens: Seine Einfuhr nach dem Vereinigten Königreich in Weizen, Mais und Mehl übertrifft noch die Kanadas und ist doppelt so groß wie die Amerikas. Gleichzeitig ist Indien der beste Käufer für englische Erzeugnisse, insbesondere für Baumwollwaren.«<sup>3)</sup>

Aber noch ein anderer Umstand tritt hinzu den wirtschaftlichen Wert In-

<sup>3)</sup> Siehe Lord Curzon, an dem in Note 1 erwähnten Ort, Seite 17; die beiden folgenden Zitate Seite 6 und 14 f.

diens für England zu erhöhen. Es ist dies sein Reichtum an Menschen, der es für das britische Weltreich zu einem Reservoir von Arbeitskräften macht, aus dem man im Bedarfsfall nach Belieben schöpfen kann. Angesichts der Menschenarmut der meisten tropischen Kolonien ist dies ein Faktor von weittragender Bedeutung. Für Curzon ist dieser Umstand von solcher Wichtigkeit, daß er ihm bei der Besprechung der wirtschaftlichen Bedeutung Indiens die erste Stelle einräumt:

»Zuerst lassen Sie mich Ihnen vor Augen führen, was Indien England und dem Reich darbietet: Seine Volksmasse liefert uns die Arbeitskräfte, um unsere Länder, die wir überall auf der Erdkugel besitzen, auszubeuten. Nur wenige bei uns zu Hause sind sich darüber klar, wie umfangreich und mannigfaltig dieser uns geleistete Dienst ist. . . In Trinidad befinden sich zurzeit 86 000 und in Jamaika 10 000 Ostindier. . . Ohne eine solche Hilfe wäre auch Mauritius, wo sich jetzt 206 000 Ostindier aufhalten, wahrscheinlich an Frankreich gefallen. . . Wir wären niemals imstande gewesen . . . Guyana ohne indische Arbeitskräfte auszubeuten. . . Ohne die indische Bevölkerung, von der jetzt mehr als 115 000 dort ansässig sind, hätten die Plantagenbesitzer in Natal jene Kolonie niemals zu der jetzigen Entwicklung bringen können. . . Die Ugandabahn wurde von mehr als 20 000 Kulis gebaut, und mehr als einmal bat mich Cecil Rhodes um indische Arbeitskräfte.«



**N**ICHT nur zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung in der Welt ist Indien für England von höchstem Wert. Noch wichtiger ist es für die Behauptung der britischen Seehererschaft. Auch hierüber hat sich Lord Curzon mit der ihm eigentümlichen Klarheit des politischen Denkens, die immer das Wesentliche der Dinge hervorzuheben weiß, in nicht mißzuverstehender Weise ausgesprochen:

»Auf hoher See beherrscht Indien die Wege nach Australien und den chinesischen Meeren. Ehe noch an irgendeiner Stelle diese Ausdehnung vollendet war, hatte schon Napoléons Adlerblick den unschätzbaren Wert Indiens als Mittelpunkt und Geheimnis unserer [See-]Herrschaft erkannt.«

Diese prinzipale Bedeutung für die britische Seehererschaft kann Indien freilich nur so lange behaupten, als es gegen Angriffe zu Lande gesichert ist. Dieser Umstand gibt der indischen Landesverteidigung in den Augen der Engländer eine ganz überragende Bedeutung und macht diese in gewissem Grad zum Drehpunkt der britischen Weltpolitik. Aus dieser Sachlage erklärt sich, daß jede Macht, sei es eine europäische, sei es eine asiatische, die irgendwo in Asien eine für Indien bedrohliche strategische Stellung zu gewinnen sucht, allein dadurch zum Todfeind Englands wird, den diplomatisch zu isolieren und dann militärisch zu vernichten oberstes Prinzip Großbritanniens wird. Solche Mächte waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts Rußland, Deutschland und Frankreich. Dagegen war Japan, solange es seine Blicke nur auf Korea und die Mandschurei gerichtet hielt, der gegebene Bundesgenosse Englands zunächst gegen Rußland, das in Turkestan mit seinen Bahnbauten eine für Indiens Sicherheit bedrohliche Position erlangt hatte, und später auch gegen Deutschland, das sich im Bund mit der Türkei durch die Bagdadbahn in einer für England beängstigenden Weise dem Persischen Golf näherte. Daß der Erwerb eines Hafens im Persischen Golf, ja bloße Verhandlungen zu diesem Zweck für England einen casus belli bedeuten, ist von sachkundigen britischen Schriftstellern immer ausgesprochen worden. Im Jahr 1910 zum Beispiel erschien ein Buch des Hauptmanns Gervais Lyons mit einer Einleitung des Generalleutnants Sir Reginald C. Hart, das auf dem Titelblatt ausdrücklich den Vermerk trägt,

daß es mit amtlicher Sanktion des Army Council veröffentlicht worden sei, und in dem, zwar mit Zurückhaltung, aber mit hinreichender Deutlichkeit, zum Ausdruck gebracht wird, wie sehr England durch das Projekt einer Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Bagdad sich in seinem asiatischen Besitz bedroht fühlt. In diesem Buch, das man als eine wohlüberlegte Kundgebung der britischen Regierung ansehen darf, heißt es darüber:

»Die Bagdadbahnkonzession wurde am 5. März 1903 unterzeichnet... Frankreich und England wurden eingeladen sich an dem Unternehmen zu beteiligen, wobei Deutschland nachdrücklich England auf die Bedeutung eines Ausgangs [zum Persischen Golf] bei Koweit und auf die Verbindung der Bagdadbahn mit Indien zur Beschleunigung der indischen Post aufmerksam machte, um so seine tief versteckten Pläne nach Gewinnung eines Wegs nach Indien über Österreich-Ungarn und Bagdad zu verdecken. . . Irgendeine den Persischen Golf erreichende Eisenbahn, die ganz unter fremder Kontrolle steht, muß notwendigerweise in Widerspruch zu den britischen Interessen stehen und daher von Großbritannien bekämpft werden.«<sup>1)</sup>

Wie tief England jenen Widerspruch zu den britischen Interessen empfand, der durch den Bagdadbahnbau hervorgerufen war, geht aus einer andern Stelle der offiziellen Publikation hervor, in der gesagt wird, daß England weder Rußland noch einer andern Macht »gestatten darf einen Hafen am Persischen Golf zu erhalten, und die Tatsache der Einnahme eines solchen oder der bloßen Verhandlungen zu diesem Zweck von Großbritannien als casus belli betrachtet werden« müsse. Was die Engländer zu dieser Haltung gegenüber Rußland und Deutschland bestimmte, war jedenfalls nicht die Sorge um die Sicherheit Indiens allein. Das Bestreben Englands sich den Weg zur Erreichung des Ziels Kairo-Calcutta offen zu halten hat in der Politik Englands von dem Beginn des Bagdadbahnbaus an bis zum Ausbruch des Weltkriegs mindestens eine ebenso große Rolle gespielt wie die Sicherung Indiens. In Rußland war man sich über diesen Beweggrund Englands auch völlig im klaren. Kurz nach dem Zustandekommen der anglo-russischen Übereinkunft über Tibet, Afghanistan und Persien vom Jahr 1907 äußerte sich der Generalmajor im russischen Generalstab M. Grulew in einem militärwissenschaftlichen Werk über die britischen Annexionsabsichten in Asien und Afrika wie folgt:

»Im östlichen Afrika ist das Bestreben der Engländer sich ein zusammenhängendes Kolonialreich vom Mittelländischen Meer bis zum Kapland zu schaffen bereits deutlich zutage getreten. Auch in Asien haben sie sich die Aufgabe gestellt alle ihre Besitzungen vom Persischen Golf oder womöglich sogar vom Suezkanal bis zum Stillen Ozean zusammenzuschweißen.«<sup>2)</sup>

Diesem Ziel glaubte man in London kurz vor Ausbruch des Burenkrieges schon ganz nahe zu sein. Wie auf Kommando wurde deshalb die Notwendigkeit den chinesischen Vasallenstaat Tibet zu annektieren gleichzeitig im Manchester Guardian, im Spectator, im Englishman und in anderen in England und Indien erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften betont. Im Englishman schrieb 1898 der britische Major Wadell:

»Nach Einbeziehung des reichen Yangtsetals (zirka 100 Millionen Einwohner) in unsere Einflußsphäre müssen wir unbedingt unsere Herrschaft über Tibet ausdehnen und es von der ohnehin losen Abhängigkeit, in der es sich jetzt von dem kraftlosen China befindet, freimachen. . . Die kommerziellen Vorteile einer Angliederung Tibets sind ungeheuer: Im Innern seiner Gebirge sind so reiche Goldlager verborgen, wie sie in der ganzen Welt ihresgleichen suchen; auch die sonstigen Bodenschätze sind überaus bedeutend.«

<sup>1)</sup> Siehe Lyons Afghanistan: The Buffer State /London 1910/, Seite 65 ff.; das folgende Zitat Seite 3 f.

<sup>2)</sup> Siehe Grulew Das Ringen Rußlands und Englands in Mittelasien /Berlin 1909/, Seite 36.

Der Burenkrieg, der im Jahr darauf begann, zwang England die asiatischen Eroberungspläne vorläufig zurückzustellen. Ja, Lord Curzon mußte als Vizekönig von Indien zuschauen, wie russischer Einfluß in Tibet und Persien, französischer Einfluß in Siam und deutscher Einfluß im asiatischen Reich der Türkei Boden gewann. In welchen Formen Deutschland, Rußland und Frankreich ihren Einfluß in Asien während des Burenkrieges zu verstärken wußten, kann hier nicht näher geschildert werden. Es genügt hier festzustellen, daß, sobald die Gefahr in Südafrika durch Niederwerfung der Buren gehoben war, Lord Curzon die Politik der starken Hand sofort wieder aufnahm. Im Jahr 1902 waren die Buren nach fast 3jährigem Kampf niedergeworfen worden, und schon im März 1903 richtete Lord Curzon in seiner Budgetrede Worte an die Adresse Rußlands und Deutschlands, die einen ausgesprochen feindlichen Geist atmeten:

»In Asien haben wir sowohl Küsten als auch Grenzen von vielen Tausend Meilen Länge; und obschon uns die Vorsehung auf einem gewissen Teil unserer Grenzen die glänzendste Schutzwehr der Welt geschenkt hat, muß dennoch für uns die Situation in dem Maß mehr und mehr beängstigend werden, als neidische [rival] oder feindliche Einflüsse sich zu den Wällen Indiens hinaufschleichen und die Gebiete auf ihrer Außenseite die Arena neuer Kombinationen und das Feld unvorhergesehener Ambitionen werden. . . Seine geographische Lage wird Indien mehr und mehr auf die Vorderseite der Weltpolitik drängen. Indien wird immer mehr die strategische Grenze des britischen Reiches werden. Alle diese Umstände machen uns unaufhörliche Wachsamkeit und Vorsicht zur Pflicht. Sie fordern, daß unsere militärischen Kräfte sich im höchsten Grad ihrer Wirksamkeit befinden, daß sie unsere Verteidigung sicherstellen, und daß unsere politischen Pläne sorgfältig ausgearbeitet und festgelegt werden.«<sup>9)</sup>

In der Kunst der Landesverteidigung mit diplomatischen Mitteln zeigte sich der Vizekönig von Indien denn auch bald als Meister. Indem er den Japanern die russischen Einflußsphären Korea und die Mandchurei versprach, bestimmte er sie dazu England bei der Abwehr eines eventuellen Angriffs auf seine asiatischen Besitzungen Hilfe zu leisten. Darüber hinaus aber war es Lord Curzons Ziel die Japaner möglichst schnell auf die Russen zu hetzen. Anfang Februar 1904 hatte er dies Ziel erreicht. Im März des selben Jahres konnte er daher gegen Rußland und Deutschland schon eine stärkere Sprache führen als ein Jahr vorher. Am 30. März 1904 äußerte sich der Vizekönig über die politische Lage in Asien also:

»Meine Ansicht von Indiens Lage ist die: Indien ist eine Festung mit dem Ozean als Graben auf 2 Seiten, mit Gebirgen als Wall auf den übrigen. Jenseits dieser Wälle, die keineswegs überall von unüberwindlicher Höhe sind und die vielerorts ein leichtes Eindringen gestatten, dehnt sich ein Glacis von verschiedener Breite und Höhe aus. Wir wünschen nicht es zu annektieren, aber wir können es auch nicht über uns bringen es von unseren Feinden okkupiert zu sehen. Wir wären ganz zufrieden es in den Händen unserer Alliierten zu lassen. Aber wenn neidische und unfreundliche Einflüsse sich auf das Glacis hinaufschleichen und sich vor unseren Wällen einnisten wollen, so sind wir zur Intervention gezwungen, weil sonst eine Gefahr entstehen würde, die eines Tages unsere Sicherheit bedrohen könnte. Das ist das Geheimnis der ganzen Lage in Arabien, Persien, Afghanistan, Tibet und weiter östlich bis Siam. Das wäre ein kurzsichtiger Kommandant, der nur die indischen Wälle besetzte und nicht über sie hinausgriffe. Unsere ganze Politik [in Asien] . . . ist immer auf die Erhaltung unseres vorherrschenden Einflusses . . . in jenen Gebieten gerichtet gewesen, die ich soeben beschrieben habe.«

Indiens Vizekönig zählt in obiger Rede die Länder auf, die England als indisches Glacis betrachtet; es sind dies von Osten nach Westen fol-

<sup>9)</sup> Siehe Sir Raleigh Lord Curzon in India 1898 to 1905 (London 1906), Seite 407; das folgende Zitat Seite 408.



gende Reiche: Siam, Tibet, Afghanistan, Persien und Arabien, wozu natürlich auch Irak Arabi (Mesopotamien) gehört. England ist, wie Lord Curzon so schön sagt, in seiner unendlichen Bescheidenheit vollkommen zufrieden, wenn diese Länder sich als machtlose Alliierte um das indische Kaiserreich scharen; aber es kann nicht dulden, daß sich in Tibet, Afghanistan und Persien russische, in Arabien deutsche und in Siam französische Einflüsse einnisten und die Wälle Indiens bedrohen. Man darf bei der Curzonschen Rede natürlich nicht übersehen, daß sich hinter der Sorge um die Sicherheit Indiens, die er als die Triebkraft seiner Glacispolitik bezeichnet, das imperialistische Ziel Kairo-Calcutta verbirgt, dessen Erreichung eben die Annexion der Glacisländer oder ihre Verwandlung in abhängige Vasallenstaaten zur Voraussetzung hat. Curzons Rede war gegen Rußland, Deutschland und Frankreich gerichtet, die bis zum Ausbruch des russisch-japanischen Krieges als asiatischer Dreibund gemeinsame Interessen gegen England vertraten.

Da Lord Curzon niemals ein Freund großer Worte war, hinter denen kein fester Wille steht, so war anzunehmen, daß er bald zum Angriff vorgehen würde. Und in der Tat begann alsbald der Kampf gegen Tibet. Schon im September 1904 war der russische Einfluß in Tibet durch die Expedition des Obersten Younghusband überrannt und Tibet zur Anerkennung einer Art englischen Protektorats gezwungen.<sup>7)</sup> In Westsiam hatte Lord Curzon 14 Tage nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges den französischen Einfluß restlos ausgeschaltet, indem er Frankreich, daß sich durch den Krieg des russischen Beistands beraubt sah, zu dem Abkommen vom 13. Februar zwang, demzufolge es den westlichen Teil Siams als britische Einflußsphäre anerkannte. Aber auch gegen Deutschland fühlte sich England jetzt wieder stark. Dem Beispiel Curzons folgend drohte der Außenminister Lord Lansdowne in einer Rede im Oberhaus am 5. Mai Deutschland mit Krieg für den Fall, daß es den britischen Einfluß am Persischen Golf und in Mesopotamien auszuschalten trachte. Daß es sich bei dieser Glacispolitik aber weit weniger um den Schutz Indiens als um die Herstellung der territorialen Verbindung Afrika-Asien handelte, sprach der Erbauer der Assuaner Nilsperrre, Sir Willcocks, in einem Vortrag in der Geographischen Gesellschaft in Kairo am 25. März offen aus, indem er erklärte, Mesopotamien müsse, bevor die alten Bewässerungsanlagen Babyloniens wiederhergestellt würden, zu einem mit Indern und Ägyptern besiedelten Nebenland Indiens gemacht werden.

Es ist bekannt, daß dem russisch-japanischen Krieg das anglo-russische Abkommen von 1907 über Tibet, Afghanistan und Persien folgte, mit dem die britische Staatskunst ihr Meisterstück vollbrachte. Durch dieses Abkommen wurde der russische Einfluß in Tibet, Afghanistan, Südpersien und am Persischen Golf ganz ausgeschaltet. Indem Rußland die Vorherrschaft Englands am Persischen Golf ausdrücklich anerkannte und den einzigen brauchbaren Hafen (Bender Abbas) in die britische Einflußsphäre fallen ließ, verzichtete es in Asien auf einen Zugang zum Meer.<sup>8)</sup> Die Überlassung Nordpersiens an Rußland als Einflußsphäre kann dagegen nicht als britische Ge-

<sup>7)</sup> Siehe Rouire *La rivalité anglo-russe en Asie* /Paris 1908/, Seite 228 ff.

<sup>8)</sup> Siehe Aubin *La Perse d'aujourd'hui* /Paris 1908/, Seite 223 ff., und Fürst Trubetzkoi *Rußland als Großmacht* /Stuttgart 1913/, Seite 86 ff.

genleistung gelten, weil diese Gebiete schon vorher tatsächlich unter russischem Einfluß standen. Wahrscheinlich ist daher, daß Rußland sich durch das Versprechen auf den Gewinn Konstantinopels und der Meerengen zu dem asiatischen Abkommen von 1907 bestimmen ließ. Welch eine Erleichterung das für Englands Stellung in Asien bedeutete, kann man erkennen, wenn man bei Lyons liest, daß die Furcht vor einer russischen Invasion in Indien wie ein Alp auf dem Gemüt der Engländer lastete, und von Grulew hört, daß die Russen »seit undenklichen Zeiten in dem Gedanken an einen Vormarsch nach Indien erzogen« seien und »mit der Muttermilch die Idee von der Ausbreitung ihrer Macht über den Hindukusch in die Wiege der Menschheit eingesogen« hätten, um »sich an England zu rächen und ihm seine langjährige Feindschaft gegen Rußland heimzuzahlen«.



**V**ERFOLGT man die britische Politik von 1904 bis 1914, so ist es schwer sich von dem Eindruck loszumachen, daß die Geschehnisse dieses Jahrzehnts sich dem britischen Willen gemäß gestaltet haben. Zu Beginn dieses Zeitraums sieht sich England in Asien 3 Rivalen gegenüber, die ihm die Erreichung des Ziels Kairo-Calcutta-Stiller Ozean durch den Gewinn strategischer Stellungen im Osten und Westen Asiens zu versperren drohen. Um sich dieser Rivalen zu entledigen, hetzt England zunächst die Japaner auf die Russen und bestimmt Rußland nach seiner Niederlage auf alle asiatischen Aspirationen zugunsten einer europäischen Aktion zu verzichten. Diese war von England so angelegt, daß seine 3 asiatischen Rivalen sich gegenseitig bis zur Ohnmacht schwächen sollten, worauf es im Bund mit Amerika unter Zurückdrängung oder Vernichtung der japanischen Macht auch den größten und wertvollsten Teil des chinesischen Riesenreichs in seine Machtsphäre einbeziehen konnte. Es wäre vermessen zu sagen, daß dieser britische Plan schon gescheitert sei. Englands gefährlichster Rivale in Asien, das russische Reich, wird voraussichtlich für lange Zeit die Kreise britischer Politik in Asien nicht stören können. Auch Frankreich ist als asiatische Macht erledigt. Gelingt es England und Amerika das Wilsonsche Programm durchzusetzen, das heißt die Wiederherstellung des status quo ante in Vorderasien zu hintertreiben und den angelsächsischen Einfluß in Mesopotamien, Arabien und Syrien verstärkt von neuem aufzurichten, so wäre trotzdem das britische Kriegsziel erreicht.

Freilich existiert in Asien noch ein Gegenspieler Englands, der, seine Blicke nach dem Süden richtend, im Yangtsetal, also im östlichen Glacis Indiens, sich einzunisten sucht. Es steht fest, daß Japan von allen Gegnern der britischen Weltherrschaftspläne der weitestschauende ist und das größte Maß politischer Klugheit besitzt. Die unfreundliche Art, mit der die englische Presse in letzter Zeit Japan behandelt, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß man in London vom Fernen Osten her nichts Gutes erwartet. Länger als ein Jahrzehnt hat England unermüdlich gearbeitet die Freunde und Verbündeten Deutschlands zu dessen Feinden zu machen. Vielleicht fügt es aber das Schicksal doch noch so, daß auch für England in diesem wechselreichsten aller Kriege der Tag anbricht, an dem ein Bundesgenosse ihm als Feind entgegentreift.



# LEO ROSENBERG · RUSSISCHE REVOLUTIONS-STATISTIK

**M**ITTEN in der Kriegszeit, noch unter dem alten Regime, hat sich eine hohe russische Behörde veranlaßt gesehen das gesamte Material über die Erscheinungen des revolutionären Lebens in Rußland während der belangreichen Jahre 1905 bis 1912 einer exakten statistischen Sichtung und Bearbeitung unterziehen zu lassen. Im allmonatlich erscheinenden Journal des Justizministeriums zu Petersburg hat E. N. Tarnowskij im Dezember 1915 statistische Ermittlungen über die wegen politischer Vergehen gerichtlich belangten Personen in den Jahren 1905 bis 1912 veröffentlicht. Die Arbeit bringt das Zahlenmaterial über die Verhandlungen wegen sogenannter politischer Verbrechen, die vor den gewöhnlichen russischen Gerichten stattfanden. Von den dem Justizministerium nicht unterstehenden Kriegsgerichten ist abgesehen worden. Dadurch wurden die Tausende von Todesopfern, die gerade die Wirksamkeit dieser Gerichte unter den *Politischen* Rußlands heischte, aus den Aufnahmen ausgeschaltet. Dessenungeachtet gewährt die Arbeit des Justizministeriums ein überaus klares und in mancher Hinsicht lehrreiches Bild vom Gang der revolutionären Bewegung in Rußland in den schicksalschweren Jahren des letzten Dezenniums, das den gewaltigen Freiheitskampf der russischen Völker ausbrechen und in Erfüllung gehen sah. Sie hat daher gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorgänge in Rußland besonderes Interesse.

Wegen politischer Vergehen wurde in den 7 Jahren 1906 bis 1912 an den regulären russischen Gerichten gegen insgesamt 35 353 Personen verhandelt. Darunter sind bloß jene Delinquenten begriffen, denen Anklageakten zugestellt wurden. Im Jahr 1913 wurden 2085 gerichtliche Untersuchungen wegen politischer Vergehen eingeleitet. Ungefähr die gleiche Zahl auch im Jahr 1914; genau ist die letzte Zahl nicht bekannt. Dies besagt, daß in dem Zeitabschnitt zwischen dem Moskauer Aufstand und dem Kriegsausbruch insgesamt nahezu 40 000 Fälle von politischen Vergehen vor den regulären Gerichten zur Verhandlung gelangt sind. 70 % der Angeklagten wurden verurteilt. Bei der Dauer und der Art der Untersuchungshaft, wie sie damals gehandhabt wurde, kommt jedoch schon eine bloße Anklage einer Verurteilung gleich.

Um die Gesamtzahl der an sämtlichen Gerichten Rußlands während des erwähnten Zeitabschnitts wegen politischer Vergehen angestrebten Verhandlungen zu finden, soll als Stichprobe das Jahr 1908 herausgegriffen werden, für das genaue Ziffern sowohl für die regulären als auch für die Kriegsgerichte vorhanden sind. Diese Ziffern wurden in einer Arbeit A. Wentins mitgeteilt, die in der Zeitschrift *Sowremeni Mir* April 1910 erschien. Im Jahr 1908 wurden wegen politischer Vergehen 2131 Personen (von den Kriegsgerichten) zum Tode, 9139 Personen (3245 von den Kriegsgerichten, 5894 von den regulären Gerichten) zu sonstigen Strafen verurteilt. Insgesamt haben also die regulären Gerichte 5894, die Kriegsgerichte 5376 Verurteilungen ausgesprochen. Zu der Gesamtzahl der Verhandlungen vor den regulären Gerichten (35 353) dürften mithin, die gleiche Proportion

vorausgesetzt, etwa 91 % für Kriegsgerichtsverhandlungen hinzugerechnet werden. Somit ergibt sich für die politischen Prozesse in Rußland während der 7 Jahre 1906 bis 1912 eine Gesamtzahl von etwa 67 000. Zwar war die Tätigkeit der Kriegsgerichte in diesen Jahren sehr ungleich und unregelmäßig; sie flaute namentlich in den letzten Jahren stark ab. Man muß jedoch in Betracht ziehen, daß die obigen Zahlen lediglich Verurteilungen betreffen, während die in Rußland überaus hohe Zahl der Gerichtsverhandlungen, die nicht zur Verurteilung führten, und namentlich der Beschuldigungen, die nicht zur Verhandlung gelangten, in diesen Ziffern nicht berücksichtigt sind. Es ist bekannt, daß bei der Eröffnung der ersten Duma im Jahr 1906 die Gesamtzahl der politischen Häftlinge in den russischen Gefängnissen 77 000 erreichte. Diese Ziffer wurde seinerzeit in sämtlichen russischen Zeitungen bekanntgegeben, ohne daß sie von amtlicher Stelle angezweifelt wurde. Die Durchschnittsdauer der Untersuchungshaft in Rußland wird von Tarnowskij auf 1 bis 2 Jahre angegeben. In den 3 Jahren 1906 bis 1908 wurde an den regulären Gerichten gegen 19 000 Personen verhandelt; rechnet man die Kriegsgerichtsverhandlungen hinzu, so ergibt sich die Gesamtzahl von 36 000. Es ist daraus zu ersehen, daß weniger als die Hälfte aller Verhandlungen mit einer Verurteilung abschloß. Groß ist die Zahl derer, die ohne jede Gerichtsverhandlung auf *administrativem* Weg nach Sibirien oder sonstigen Gegenden verbannt wurden. Diese Fälle fanden in dieser Aufstellung keine Berücksichtigung.

Die Gesamtzahl der gerichtlichen Verfolgungen wegen politischer Vergehen in Rußland seit dem ersten Revolutionsausbruch im Jahr 1905 entzieht sich mithin der genauen Feststellung. Wir müssen uns daher mit dem Teilergebnis begnügen. In der vorliegenden Arbeit wird ein Vergleich zwischen der Zahl derer, die wegen politischer Vergehen in dem Zeitabschnitt 1906 bis 1912 angeklagt wurden, und der entsprechenden Ziffer in der frühern Periode der russischen revolutionären Bewegung gezogen. Der jährliche Durchschnitt seit der Revolution beträgt 5052 Personen. In den der Revolution unmittelbar vorangehenden Jahren 1901 bis 1903 erreichte die Zahl der wegen politischer Vergehen angeklagten Personen 2599, während in der toten Epoche zwischen 1884 bis 1890, in der es der Regierung gelang der sogenannten Narodnaja Wolja ein Ende zu machen, der Jahresdurchschnitt die Zahl 538 nicht überschritt. Die Zahl der wegen politischer Vergehen gerichtlich Verfolgten war in den Jahren 1906 bis 1908 im Wachsen, seit diesem Jahr aber in steter Abnahme begriffen, bis sie 1912 die Durchschnittsziffer der letzten Jahre vor dem Ausbruch der Revolution erreichte. Über die Zahl der Angeklagten in den 7 Jahren gibt folgende Aufstellung Aufschluß:

| Jahr            | Anzahl der Angeklagten |         |
|-----------------|------------------------|---------|
|                 | absolut                | relativ |
| 1906            | 3395                   | 100     |
| 1907            | 6886                   | 203     |
| 1908            | 8476                   | 250     |
| 1909            | 6088                   | 179     |
| 1910            | 4359                   | 129     |
| 1911            | 3345                   | 99      |
| 1912            | 2814                   | 83      |
| <b>zusammen</b> | <b>35363</b>           |         |

Über die Straffart der in den Jahren 1906 bis 1912 verurteilten *Politischen* berichtet folgende Zusammenstellung:

| Straffart                  | Anzahl der Verurteilungen |       |
|----------------------------|---------------------------|-------|
|                            | absolut                   | in %  |
| Zwangsarbeit               | 1138                      | 4,5   |
| Verschickung nach Sibirien | 2347                      | 9,3   |
| Festungshaft               | 8752                      | 34,6  |
| Gefängnishaft              | 1774                      | 7,0   |
| Arrest                     | 10312                     | 40,8  |
| Sonstige Strafen           | 954                       | 3,8   |
| zusammen                   | 25277                     | 100,0 |

Über die Vergehensart ist zu bemerken, daß die politischen Straftaten in Rußland hauptsächlich in 2 Hauptkategorien eingeteilt wurden: in Revolten und Unruhen. Im allgemeinen darf angenommen werden, daß in der 1. Kategorie die Erscheinungen der eigentlichen revolutionären Bewegung erfaßt wurden, in der 2. Kategorie die Massenbewegung schlechthin. Eine Ausnahme bildet in Rußland die Majestätsbeleidigung, die immer, auch wenn sie im Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit, zum Beispiel der Trunkenheit, verübt worden ist, als Revolte angesehen wird. Die Majestätsbeleidigung, die fast ausnahmslos mit einfacher Freiheitsstrafe geahndet wird, ist, was die Straffart anlangt, tatsächlich der 2. Kategorie politischer Vergehen gleichgestellt. Fast sämtliche zu Freiheitsstrafen verurteilten *Politischen* (92 % um 1911) haben sich Majestätsbeleidigungen zuschulden kommen lassen. In der nachstehenden Tabelle ist die zahlenmäßige Frequenz jeder dieser Kategorien der politischen Vergehen in den Jahren 1907 bis 1912 enthalten:

| Jahr | Gesamtzahl der Verurteilungen wegen |                      |         |
|------|-------------------------------------|----------------------|---------|
|      | revolutionärer Betätigung           | Majestätsbeleidigung | Unruhen |
| 1907 | 304                                 | 1803                 | 3034    |
| 1908 | 749                                 | 2228                 | 2917    |
| 1909 | 809                                 | 1813                 | 1613    |
| 1910 | 694                                 | 1310                 | 961     |
| 1911 | 683                                 | 1274                 | 572     |
| 1912 | 438                                 | 1181                 | 340     |

Aus diesen Zahlen geht das starke Abflauen der Massenbewegung hervor. Die Zahl der Verurteilungen betrug 1912 nur noch den neunten Teil der Gesamtzahl im Jahr 1907, in dem die Auflösung der zweiten Duma verfügt wurde. Demgegenüber hatte die Wirkung der erstarkenden Reaktion auf die eigentliche organisierte Revolutionsbewegung weit geringere Folgen. Die niedrigste Ziffer der Verurteilungen macht hier noch immer 54 % der höchsten aus. Dieser Niedergang der Massenbewegung blieb jedoch merkwürdigerweise ohne Einfluß auf die Zahl der Majestätsbeleidigungen. Diese Kategorie zeigt in ihrem Rückgang das gleiche Verhältnis wie die eigentlichen politischen Vergehen. In dieser naiven, individuellen Art pflegte eben immer die Unzufriedenheit der einfachen Volksmassen zum Ausdruck zu kommen.

Über die örtliche Herkunft der politischen Angeklagten ergeben die

Ermittlungen für die Jahre 1905 bis 1912 folgendes Bild der Verteilung auf die Hauptstädte, die Provinzstädte und das Land: Auf Petersburg entfielen 1957 Personen (7,7 %), auf die Provinzstädte 9032 (35,6 %), auf die Landgemeinden 14 465 (56,7 %), insgesamt 25 454 (100 %). Mithin stellte die Landbevölkerung über die Hälfte aller Verurteilten. Der Anteil des eigentlichen Bauernstandes an diesem Ergebnis entzieht sich leider der genauen Feststellung, da zahlreiche Orte städtischen Charakters mit einer nach Zehntausenden zählenden Bevölkerung offiziell als ländliche Siedelungen gelten. Derartige Orte sind namentlich im Industriegebiet Zentralrußlands sehr zahlreich. Die Bevölkerung der offiziellen Städte bildet in Rußland den siebenten Teil der Gesamtbevölkerung. Demgemäß übersteigt der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtzahl der politischen Vergehen ihren Bevölkerungsanteil um das 3fache, während die Quote der politischen Vergehen des Landes bloß zwei Drittel seines Bevölkerungsanteils erreicht. Mit anderen Worten: Die Frequenz der politischen Vergehen ist in den Städten  $5\frac{1}{2}$  mal so groß wie auf dem Land. 1901 bis 1903 kam auf je 15 Fälle in den Städten 1 auf dem Land. Der Anteil des Landes an der Gesamtzahl der politischen Vergehen hat mithin relativ eine Steigerung erfahren.

Was das **Alter** der *Politischen* betrifft, so hatte über die Hälfte das 30. Lebensjahr nicht überschritten. In dieser Hinsicht bieten alle 3 revolutionären Zeitabschnitte, der der Narodnaja Wolja /1884 bis 1890/ und die Zeit vor und nach dem Revolutionsausbruch von 1905 das gleiche Bild. Dessenungeachtet war die Beteiligung der höhern Altersklasse am revolutionären Leben Rußlands in den letzten Jahren in fortwährender Steigerung begriffen. Genaue Angaben hierüber sind in der folgenden Aufstellung enthalten:

| Alter<br>Jahre | 1884 bis 1890<br>% | 1901 bis 1903<br>% | 1906 bis 1911<br>% |
|----------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| unter 21       | 19,6               | 28,0               | 22,9               |
| 21 bis 30      | 57,8               | 47,6               | 38,4               |
| 31 " 40        | 14,1               | 14,7               | 21,3               |
| über 40        | 8,5                | 9,7                | 17,4               |
| zusammen       | 100,0              | 100,0              | 100,0              |

Man sieht: Die Beteiligung der eigentlichen Jugend nahm relativ nicht viel ab, die der höheren Altersklassen erfuhr gegenüber der ältern revolutionären Epoche, die einen ausgesprochen *intelligenten* Charakter trug, nahezu eine Verdoppelung.

Auch die Quote der **Verheirateten** unter den politischen Verbrechern hat seit dem Revolutionsausbruch eine große Steigerung erfahren. In der Epoche der Narodnaja Wolja, 1884 bis 1890, betrug sie 25,1 %, unmittelbar vor der Revolution, 1901 bis 1903, 28,1 %, in dem letzten Zeitabschnitt, 1906 bis 1911, jedoch nicht weniger als 43,7 %. Allerdings bestand das politische Verbrechen des neuen Zuwachses vielfach wohl in Majestätsbeleidigung. Die überwiegende Mehrheit der Verurteilten wird nach wie vor durch die Unverheirateten gebildet.

Ein Umschwung gegenüber den Verhältnissen in der ältern Epoche der revolutionären Bewegung tritt in der sozialen Gliederung der *Politischen* in der neuern Zeit zutage. Seit den Tagen der Narodnaja Wolja er-

fuhr die revolutionäre Bewegung in Rußland gleichsam eine fortwährende Demokratisierung. Folgender Überblick veranschaulicht diese Wandlung in klarer Weise:

| Stand                           | 1884 bis 1890 | 1901 bis 1903 | 1906 bis 1911 |
|---------------------------------|---------------|---------------|---------------|
|                                 | %             | %             | %             |
| Adel                            | 30,6          | 10,7          | 4,5           |
| Angehörige geistlicher Familien | 6,4           | 1,6           | 0,6           |
| Kaufleute                       | 12,1          | 4,1           | 4,9           |
| Stadtbürger                     | 27,5          | 43,9          | 25,1          |
| Landbewohner                    | 19,1          | 37,0          | 59,7          |
| Sonstige                        | 4,3           | 2,7           | 5,2           |
| zusammen                        | 100,0         | 100,0         | 100,0         |

In der ältern Epoche der revolutionären Bewegung lieferte mithin der Adel fast ein volles Drittel aller politischen Verbrecher. In der auf den Revolutionsausbruch folgenden Zeit erfuhr dieser Anteil des Adels an der revolutionären Bewegung eine relative Verringerung. Die jährliche Durchschnittsziffer der adligen Revolutionäre betrug in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts insgesamt 150, während diese Zahl seit der Revolution auf 225 anwuchs. Demgegenüber war jedoch der Zuwachs der anderen Klassen noch erheblicher. Ein bedeutender Rückgang ist auch bei dem prozentualen Anteil der Angehörigen geistlicher Familien zu finden, obgleich die absolute Ziffer keine Verschiebung aufwies. Die jährliche Durchschnittsziffer der Kaufleute war von 60 in den Jahren 1884 bis 1890 in der Folgezeit der Revolution auf 250 angewachsen; mithin eine Steigerung der revolutionären Bewegung innerhalb dieser Klasse um mehr als das 4fache. Indessen trat die Bedeutung dieses Anteils im Verhältnis zur Gesamtquote der politischen Vergehen immer mehr zurück. In der Epoche der Narodnaja Wolja lieferten die 3 höheren Stände die Hälfte aller *Politischen*, während seit 1901 dieses Element zahlenmäßig immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Hingegen hat die Verhältniszahl der Landbewohner gegenüber den früheren Zeiten eine Verdreifachung erfahren; sie umfaßt gegenwärtig bereits die Hälfte aller *Politischen*. Allerdings handelt es sich hier nicht immer um wirkliche Bauern. Es sind hierunter zahlreiche einer Landgemeinde zugeschriebene und hier zuständige großstädtische Industriearbeiter einbegriffen.

Zu bemerken ist, daß die Ziffer der Stadtbürger auch den Anteil des ausschließlich städtischen jüdischen Elements einschließt. Es hat den Anschein, daß es gerade dieser Anteil ist, der für die Verschiebung der Gesamtquote dieser Gruppe bestimmend war. Der Anteil der nichtjüdischen Bevölkerung weist keine erhebliche Veränderung auf: 1884 bis 1890 14,1 %, 1901 bis 1903 14,8 % und seit dem Revolutionsausbruch 17,1 %. Bauern und Stadtbürger zusammen, als die beiden niedrigsten Stände des russischen Staates, lieferten in der Periode der Narodnaja Wolja ein Drittel (33,2 %), 1901 bis 1903 die Hälfte (51,8 %) und seit der ersten Revolution 76,8 % aller politischen Verbrecher.

Die Art der sozialen Gliederung der politischen Kriminellen geht im großen ganzen auch aus ihrer Bildungshöhe hervor. Darüber die folgende Aufstellung:

| Bildungsgrad                         | 1884 bis 1890<br>% | 1901 bis 1903<br>% | 1906 bis 1911<br>% |
|--------------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Universitäts- und Mittelschulbildung | 67,4               | 25,8               | 9,5                |
| Lese- und Schreibkundige             | 25,7               | 62,4               | 76,2               |
| Analphabeten                         | 6,9                | 11,8               | 14,3               |
| zusammen                             | 100,0              | 100,0              | 100,0              |

1884 bis 1890 rekrutierten sich zwei Drittel aller *Politischen* aus den Kreisen der Intelligenz. Mit dem Aufkommen der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland im Beginn dieses Jahrhunderts sinkt deren Quote bis zu einem Viertel herunter; seit der Revolution ist sie auf ein Zehntel reduziert. Demgegenüber wuchs der Anteil der städtischen Arbeitermassen, das Gros der Stadtbürger, und der Bauern von einem Drittel auf neun Zehntel an. Das prozentuale Verhältnis nicht allein, auch die absolute Ziffer des Anteils der Intelligenz weist seit der Revolution einen Rückgang auf: 1901 bis 1903 betrug sie im Durchschnitt 670, seit der Revolution zirka 500 im Jahr. Seit dem Revolutionsausbruch tritt auch für die Beteiligung des Industriearbeiterelements eine erhebliche Verschiebung des Zahlenverhältnisses zugunsten der Bauern zutage. Der Anteil der industriellen Arbeitermasse verringerte sich relativ, obgleich ihre Gesamtziffer von 1400 auf 2000 anwuchs. Die prozentuale Beteiligung der Intelligenz weist gegenüber der vorangehenden Periode keine Veränderung auf, obschon die absolute Quote sich ebenfalls erheblich gesteigert hat.

Von ganz besonderm Interesse ist die Feststellung des Anteils der verschiedenen *Glaubensbekenntnisse* (respektive Nationalitäten) an der Revolutionsbewegung. Darüber gewährt die nachstehende Tabelle bezeichnende Aufschlüsse:

| Religion                  | 1884 bis 1890<br>% | 1901 bis 1903<br>% | 1906 bis 1911<br>% |
|---------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Rechtgläubige             | 60,9               | 51,2               | 77,6               |
| Altgläubige und Sektierer | 1,0                | 0,9                | 0,7                |
| Katholiken                | 19,2               | 14,4               | 8,6                |
| Juden                     | 13,4               | 29,1               | 8,0                |
| Sonstige Konfessionen     | 5,5                | 4,4                | 5,1                |
| zusammen                  | 100,0              | 100,0              | 100,0              |

In dem Zeitabschnitt, der dem ersten Revolutionsausbruch unmittelbar voranging, lieferte mithin das griechischkatholische Element nur zirka eine Hälfte der politischen Verbrecher, während die andere Hälfte sich aus den anderen, nichtrussischen Nationalitäten rekrutierte. Da die Rechtgläubigen etwa 70 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, so ist die Anteilquote der nichtrussischen Nationalitäten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung doppelt so hoch wie die des russischen Volkes.

Auffallend ist die unverhältnismäßige, ja außerordentliche Höhe der jüdischen Anteilsziffer. Die Rolle dieser bedrängtesten Volksgruppe des russischen Reiches als revolutionäres Ferment findet hier einen zahlenmäßigen Beleg. Die Juden Rußlands, die kaum 4 % der gesamten Reichsbevölkerung bilden, lieferten in der prärevolutionären Epoche 1901 bis 1903 nicht weniger



als 29 % aller politischen Kriminellen. Der Revolutionsanteil war mithin  $7\frac{1}{4}$ mal so groß wie ihr Bevölkerungsanteil. Im Revolutionsjahr 1905 selbst betrug übrigens die Zahl der wegen revolutionärer Umtriebe verhafteten Juden 34,1 % der Gesamtzahl der verhafteten Revolutionäre. Seither war der prozentuale Anteil des jüdischen Elements an der revolutionären Bewegung in steter Abnahme begriffen. Diese Erscheinung ist auf die Resignationsstimmung zurückzuführen, die in der Ära nach der Revolution, die namentlich den Juden immer neue Enttäuschungen brachte, sich der jüdischen Masse bemächtigte und die Tätigkeit und die Lebenskraft der sozialistisch-revolutionären Organisationen im russischen Judentum fast völlig paralyisierte. In den Jahren 1910 und 1912 entspricht der Revolutionsanteil der Juden bereits ihrem normalen Bevölkerungsanteil. Allerdings ist dabei noch ein Umstand zu berücksichtigen. Die russische Revolutionsstatistik unterscheidet, wie oben auseinandergesetzt wurde, 3 Hauptkategorien von politischen Verbrechen. Für das Jahr 1911 liegen gesonderte Ziffern für revolutionäre Umtriebe und Majestätsbeleidigungen vor. Aus ihnen ergibt sich, daß der prozentuale Anteil der Juden an den eigentlichen revolutionären Fällen 9,7 % ausmachte, während ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Verurteilungen 5,9 % nicht überstieg. Das selbe gilt natürlich auch für die Jahre 1910 und 1912. Zweifellos überstieg auch in diesen, die niedrigste Ziffer aufweisenden Jahren der Revolutionsanteil der Juden ihre eigentliche Bevölkerungsquote bei weitem.

Die Altgläubigen und Sektierer galten in früheren Zeiten gemeinhin als besonders revolutionär. Diese landläufige Ansicht findet in den Zahlen keine Bestätigung. Die Bevölkerungsquote dieses Elements betrug laut den Ergebnissen der Volkszählung von 1897 2,5 %, während es in keiner Periode mehr als etwa 1 % aller politischen Verbrecher lieferte.

Bei der Feststellung des Anteils der Frauen an der revolutionären Bewegung in Rußland ist der Umstand zu berücksichtigen, daß die russische Frauenbewegung zeitlich und ursächlich mit der revolutionären Bewegung zusammenfällt. Die soziale und politische Betätigung der Frau beschränkt sich auf die höheren Gesellschafts- und Bildungskreise. So erreichte denn auch die Beteiligung der russischen Frauen an der Revolutionsbewegung in der ersten *intelligentischen* Epoche zwischen 1884 und 1890 den Höhepunkt. In dem Maß wie die revolutionäre Bewegung in die weiten Volksschichten eindringt und sich sozusagen demokratisiert, ist die Anteilsquote der Frauen in stetem Rückgang begriffen. In der Periode der Narodnaja Wolja bildeten die Frauen noch 16 % aller politischen Häftlinge, während ihr prozentualer Anteil in den auf die Revolution folgenden Jahren auf 5,5 % herabsinkt. Während das politische Interesse der Männer aus dem Volk immer reger und aktiver wird, verharren die Frauen der breiten Schichten in ungetrübter politischer Indifferenz. In der nachstehenden Aufstellung sind die betreffenden Zahlen für die Jahre 1905 bis 1912 enthalten:

| Örtliche Herkunft | Männer | Frauen | zusammen |
|-------------------|--------|--------|----------|
| Stadt             | 10 084 | 905    | 10 989   |
| Land              | 13 973 | 402    | 14 465   |
| zusammen          | 24 057 | 1307   | 25 454   |

Es besteht hier ein Unterschied zwischen den Frauen aus den gebildeten

Klassen und denen aus dem Volk. Der prozentuale Anteil der gebildeten Frauen an der Gesamtzahl der Angeklagten der gleichen Klasse blieb in der Folgezeit der Revolution auf der gleichen Höhe wie in der Zeit der Narodnaja Wolja: 16,7 %, während das prozentuale Verhältnis der Frauen, die bloß lesen und schreiben können, nur den vierten Teil des prozentualen Anteils der Frauen der gebildeten Klasse ausmacht (4,1 %). Die Quote der Frauen ist unter den Revolutionären jüngern Alters (unter 30 Jahren) höher als unter denen vorgeschrittenen Alters. In den prärevolutionären Jahren 1901 bis 1903 lieferten Mädchen unter 17 Jahren die höchste Quote der Revolutionärinnen (17 %), mehr als den fünften Teil (21,8 %) der Gesamtzahl der *Politischen* gleichen Alters. Seit der Revolution sank der prozentuale Anteil der Mädchen im genannten Alter bis auf ein Drittel des ursprünglichen Verhältnisses: auf 7,1 %. Über die Nationalität der revolutionären Frauen ist zu bemerken, daß die Jüdinnen sowohl in der prä- wie in der nachrevolutionären Zeit den höchsten Prozentsatz der Revolutionärinnen aufzuweisen hatten. Die Gesamtzahl der Revolutionäre umfaßt nämlich in den Jahren 1901 bis 1903 bei den Juden 12,3 % Frauen, bei den Rechtgläubigen 4,8 %, im Durchschnitt 5,5 % Frauen; in den Jahren 1906 bis 1911 sind die Frauen bei den Juden mit 19,6 %, bei den Rechtgläubigen mit 10,1 %, im Durchschnitt mit 12,5 % vertreten. Die jüdischen Frauen lieferten mithin sowohl vor wie nach der Revolution doppelt so viele politische Verbrecherinnen wie die Frauen anderer Nationalitäten Rußlands.

Tarnowskij macht auf die Tatsache aufmerksam, daß die Zahl der Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung in Rußland seit der Revolution von 1905 im Wachsen begriffen war. Seit der Niederwerfung der Revolution haben zirka 10 000 Untertanen des Zaren dieses Vergehen mit Haftstrafe büßen müssen. Die offizielle Statistik gibt auch über den Charakter dieser Revolutionäre Aufschluß. Majestätsbeleidigung ist demnach in Rußland eine spezifisch bäuerliche Äußerung der politischen Mißstimmung. Vier Fünftel (80,7 %) aller Angeklagten dieser Gattung sind in Landgemeinden zuständig. Die Hälfte davon (42,3 %) sind tatsächlich Bauern, während die andere Hälfte sich aus Industriearbeitern rekrutiert. Dem Glaubensbekenntnis nach sind neun Zehntel (92,2 %) griechischorthodox. Nahezu ein Drittel (31,7 %) besteht aus Analphabeten. Für die Altersgliederung weisen die wegen Majestätsbeleidigung Verurteilten entgegengesetzte Zahlenverhältnisse auf als die eigentlichen politischen Angeklagten, worauf folgende Ziffern hinweisen:

| Alter<br>Jahre | Prozentzahl aller Verurteilungen wegen |                                     |
|----------------|--|-------------------------------------|
|                | Majestäts-<br>beleidigung              | sonstiger politi-<br>scher Vergehen |
| unter 21       | 8,4                                    | 23,9                                |
| von 21 bis 40  | 55,2                                   | 65,5                                |
| über 40        | 36,4                                   | 10,6                                |
| zusammen       | 100,0                                  | 100,0                               |

An eigentlichen politischen Verbrechern lieferte die Jugend 3mal mehr als an solchen, die wegen Majestätsbeleidigung verurteilt wurden. Hingegen waren die höheren Altersklassen unter diesen 4fach so stark vertreten wie unter den eigentlichen Revolutionären. Nahezu 80 % der Gesamtzahl der

wegen Majestätsbeleidigung Verurteilten begingen diese Tat im Zustand der Trunkenheit. Der amtliche Statistiker bemerkt, daß im Jahr 1905, im Brennpunkt der revolutionären Erhebung, die Zahl der Nüchternen die der Trunkenen um das 4fache überstieg, während 1912 beide Ziffern einander die Wage hielten.

Ein Kommentar zu den Zahlen der russischen Revolutionsstatistik ist nicht vonnöten. Sie bieten aufschlußreiche Angaben über die 3 Epochen der russischen Freiheitsbewegung, des Heroenzeitalters wie der Massenbewegung, die ihre Erfüllung in der Revolution des Jahres 1917 fanden. Diese nackten Zahlen führen uns eine große Zeit edelster Begeisterung und unerhörter Aufopferung vor Augen. Diese Zeit gehört jetzt endgültig der Geschichte an. Die moralischen Taten, die in ihr verrichtet worden sind, müssen aber weit über ihren unmittelbaren praktischen Erfolg hinaus ihre Wirkung auch auf den Geist der folgenden Generation ausüben, die sich nun der Freiheit erfreuen wird, für die jene Kämpfer ihren Anteil an persönlichem Leben oder auch ihr Leben selbst hingaben.

## HERMAN KRANOLD · DIE JUDEN IN POLEN UND PALÄSTINA



OR mehr als 18 Jahrhunderten wurde das staatliche Gemeinwesen der Juden zerstört. Die jüdische Nation ging aber, anders als die zeitgenössischen Völker, mit ihrem Staat nicht unter. Sie lebt seit jener Zeit über die ganze Welt zerstreut, ohne daß der kontinuierliche Zusammenhang in ihrer Kultur und Geistigkeit unterbrochen wurde. Sie entwickelte sich allerdings in mehreren Zweigen, die bei aller Gemeinsamkeit unter den verschiedenen historischen Bedingungen auch große Verschiedenheiten aufwiesen. Heute sehen wir, daß im Westen Europas der größere Teil der Juden in einer gewissen Verschmelzung mit den Völkern lebt, unter denen er wohnt. In Osteuropa und im Orient haben sich die Juden aber den Charakter einer besondern Nation voll gewahrt. Das nämliche ist zu einem Teil in Amerika der Fall, das in den letzten beiden Jahrzehnten durch Masseneinwanderung zu einem neuen ostjüdischen Zentrum geworden ist, während zu einem andern Teil auch dort ein Verschmelzungsprozeß stattfindet. Die Tatsache, daß die Ostjuden eine besondere Nation darstellen, prägt sich darin aus, daß sie sich stets als etwas Besonderes empfunden haben. In den letzten Jahrzehnten ist zu diesem praktischen nationalen Selbstbewußtsein auch eine entsprechende Theorie gekommen. Die Verfechter der Ansicht, daß das Judentum eine bloße Religionsgemeinschaft sei, haben unter dem Judentum starke Widersacher gefunden. Das nationale Selbstbewußtsein der Juden hat sich bei dem größten Teil der Ostjuden aus der Phase des unbewußten Schlummers zu bewußter Klarheit emporgehoben. In erhöhtem Maß trägt diese Nation alle die großen Leiden, die staatenlose Nationen überhaupt zu erdulden haben. In den Gebieten, die sie hauptsächlich bewohnen, sind sie in jeder Hinsicht ein unterdrücktes und ausgebeutetes Volk. Schon in Amerika und in London, in Klein- und Weißrußland und in Litauen bilden sie ein unter jammervollen Bedingungen lebendes Proletariat, das Verfolgungen und Unterdrückungen aller Art ausgesetzt ist. Besonders schlimm aber liegen

die Dinge in Polen. Denn hier hat das Judentum das weitere große Unglück eine zahlenmäßig sehr stattliche Minorität darzustellen. Deshalb brennt bei keinem Teil des jüdischen Volkes der Drang nach Freiheit feuriger in den Seelen als bei den polnischen Juden.

Betrachten wir zunächst die ökonomischen Bedingungen. Die Außenbezirke Polens bestehen zurzeit aus mageren, wasserarmen, in einigen Flußniederungen jedoch versumpften Böden. Nur in der Südwestecke (bei Dombrova) finden sich Kohlen. Die Landwirtschaft leidet unter der Rückständigkeit der Bauern und unter der schlechten Verwaltung. Anders der Kern des polnischen Landes. Hier, in dem großen, nach Westen offenen Bogen der Weichsel, bis etwa hinüber zur deutschen Grenze, findet sich fruchtbarer Boden und ein höherer Stand der Agrikultur.<sup>1)</sup> Von besonderer Bedeutung ist die Art der Industrialisierung, wie sie in Polen vor sich gegangen ist. In Warschau und in Lodz ist eine große Textilindustrie mit den zugehörigen Hilfsindustrien entstanden, die für ihre, entsprechend der Qualität der polnischen Industriearbeiter, nur primitiven Erzeugnisse auf dem weiten russischen Markt lohnende Absatzgelegenheit und verhältnismäßig wenig Konkurrenz fand. Infolgedessen sind in den letzten Jahrzehnten nicht nur jene beiden gewaltigen Industriemetropolen auf polnischem Boden entstanden, sondern über das ganze Land hat sich ein dichter Schwarm von Fabrikstädten mittlerer und kleinster Größe ausgebreitet, die Massen der polnischen Bevölkerung an sich gezogen und durch die billigen Gesteigungskosten der industriellen Erzeugnisse die vorkapitalistischen Kleingewerbe spät, aber um so gründlicher ruiniert. Die Juden bestritten ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus diesem Kleingewerbe und dem mit ihm arbeitenden Handel. Aus dieser seit vielen Jahrhunderten gewohnten Bahn wurden sie durch die gewaltsame Kapitalisierung der polnischen Wirtschaft wuchtig herausgeschleudert, ohne daß sich doch für sie ein anderer Weg zu wirtschaftlicher Existenzsicherheit erschlossen hätte. In die Industrie konnte nur ein geringer Teil von ihnen eindringen. Die strenge Beachtung der Vorschriften des jüdischen Ritualgesetzes erschwerte ihnen die Arbeit in Fabriken, in denen auf diese Eigenart keine Rücksicht genommen wird. Sie leben daher in großer Zahl in Polen ohne eigentliche Erwerbsmöglichkeit, in dem unendlichen materiellen Elend eines geistig regsamen, an guten alten Bildungstraditionen leidenschaftlich festhaltenden, materiell aber zum schlimmsten Lumpenproletariat herabgedrückten Volksstamms. Im Jahr 1913 bekannten sich 15 % der Bevölkerung Russisch Polens zur jüdischen Konfession. Eine genaue Nationalstatistik gibt es nicht, doch es ist bekannt, daß die Juden in Lodz, als sie während der deutschen Okkupation nach ihrer Nationalität gefragt wurden, 4000 Leute aufwiesen, die sich als Polen bezeichneten, während 151 000 als ihre Nationalität das Judentum angaben. Ihre wirtschaftliche Lage läßt sich unter anderm daran erkennen, daß von 90 000 Familien in Warschau im letzten Jahr der russischen Herrschaft 77 500 trotz hohen Steuersätzen an die israelitische Kultusgemeinde jährlich weniger als 6½ Mark Steuern abführten; 10 000 zahlten zwischen 6½ und 30 Mark, und nur 2500 Familien, zum großen Teil Assimilanten und durch ihr Familienoberhaupt allein zur Gemeindevertretung wahlberechtigt, zahlten jährlich mehr als 30 Mark Kultusgemeindesteuern. In den übrigen Städten werden die

<sup>1)</sup> Siehe Krzyzanowski und Kumantecki Statystyka Polski /Krakau 1915/ und Romer Atlas Polski /Krakau 1916-1917/.

Dinge nicht besser liegen, und auf dem Land haben die Juden keine irgendwie nennenswerte Verbreitung.

Die wichtigsten Zahlen sind etwa diese: Im Königreich Polen machten im Jahr 1905 die Juden reichlich  $1\frac{1}{2}$  Millionen gleich 14 % der gesamten Bevölkerung aus. Die jüdische Auswanderung aus Rußland betrug von 1881 bis 1908 2 136 000. Davon würden, wenn man annimmt, daß die polnischen und die übrigen russischen Juden ungefähr gleich häufig auswandern, etwa 600 000 Auswanderer auf Russisch Polen entfallen. Das ergäbe also für jedes Jahr in dieser Periode von 28 Jahren eine Auswanderung von durchschnittlich 20 000. Die Zahl ist aber für die letzten Jahre vor dem Krieg sicherlich viel zu niedrig. In dieser Zeit sind jährlich mindestens doppelte so viele ausgewandert. Selbst unter dieser Annahme würde die Auswanderung aber nur einen Teil des natürlichen Bevölkerungszuwachses der Juden aufzehren. Ein großer Teil der zuwachsenden Bevölkerung blieb immer noch übrig, und das proletarische Elend wurde dadurch vermehrt. Trotzdem kam dieser Auswanderung auch bisher schon eine große Bedeutung zu. Sie diente als Entspannung. Die Ausgewanderten schickten auch häufig beträchtliche Summen ersparten Geldes zurück und erleichterten dadurch das Los ihrer daheimgebliebenen Angehörigen.<sup>2)</sup>

Der Auswanderungsdrang der Juden richtete sich in den letzten Jahrzehnten nach den allerverschiedensten Gegenden.<sup>3)</sup> Ein gewisser Bruchteil wanderte nach Österreich-Ungarn und Deutschland, ein sehr großer Teil nach Amerika, und zwar sowohl nach Nord- wie nach Südamerika. Während sie in Nordamerika als kleine Handwerker in einigen Riesenstädten hängen blieben, nahmen sie in Südamerika hie und da einen Anlauf zur Besiedelung des platten Landes. Einige großherzige Juden stellten auch zu diesem Zweck beträchtliche Geldmittel zur Verfügung. Dennoch wurde aus einer Kolonisation südamerikanischen Landes mit hinübergewanderten Ostjuden doch nicht viel. Um dieses seit anderthalb Jahrtausenden vorwiegend an das städtische Leben gewöhnte Volk wieder für die Landwirtschaft tauglich zu machen<sup>4)</sup>, dazu bedarf es eben mehr als bloß frommer Wünsche und beträchtlicher Geldsummen. Die Gründe für den relativen Fehlschlag jener ersten Versuche sollen hier nicht weiter untersucht werden. Daß für den Übergang von Städtern zur Landwirtschaft eine enorme geistige Umstellung erforderlich ist, dürfte nicht bestritten werden. Diese Umstellung kann nur unter bestimmten Bedingungen vor sich gehen, die früher nicht gegeben waren. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich nun ein seelischer Um-

<sup>2)</sup> Siehe die ausführlichen statistischen und soziologischen Darlegungen in Kaplan-Kogan Die Wanderbewegungen der Juden /Bonn 1913/. Eine gute allgemeine Schilderung der Lage der polnischen Juden findet sich auch bei G o t h e i n Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat /Stuttgart 1917/, einer Schrift, die im übrigen freilich voll der liberalen Vorurteile über die östlichen Fragen steckt und geeignet ist böse Verwirrung zu stiften.

<sup>3)</sup> Über die mit der jüdischen Auswanderung zusammenhängenden Erscheinungen und Probleme siehe A n i n Die Judenfrage als Wanderungsproblem und Die Organisation der jüdischen Wanderung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909 II, Seite 849 ff., und 1909 III, Seite 1248 ff.

<sup>4)</sup> Daß das gesamte jüdische Volk der Landwirtschaft völlig entfremdet wäre, ist freilich ein Irrtum. Es hat immer Gruppen, sogar Massen gegeben, die Landwirtschaft betrieben. Neuerdings ist das in etwas größerem Maßstab in Canada der Fall. Aber auch in Rußland gab es stets jüdische Bauern. Im Jahr 1857 zählte man dort 420 Dörfer mit rein jüdischer Bauernbevölkerung. Durch staatlichen Eingriff wurde ihnen ihr Land weggenommen, jede jüdische landwirtschaftliche Kolonisation wurde in Rußland verboten. Eine Darstellung dieser Verhältnisse findet man in der Arbeit Ben Mordechais Die jüdischen Dörfer in Rußland, in der Freistatt, 1913, Seite 562 ff. und 655 ff. (Die alljüdische Zeitschrift Die Freistatt, die immer interessantes Material und anregende Erörterung brachte, hat leider nach kurzem Bestehen infolge des Kriegsausbruchs ihr Erscheinen einstellen müssen.)

schwung vollzogen, der eine neue jüdische Generation bildete und in der Tat geeignet scheint jene früher fehlenden Voraussetzungen zu schaffen. Die veränderte Lage der Geister, die dadurch entstand, bezeichnet man im allgemeinen als **Zionismus**. Der Zionismus ist es, der die Frage der polnischen Juden zu einem so wichtigen Problem der europäischen Politik werden ließ, er ist es aber auch, der die feinsten, lange unterdrückten Kräfte des Judentums freimachte und eine Lösung der polnischjüdischen Frage wie der Ostjudenfrage überhaupt, der eine Befreiung des Judentums aus Erniedrigung und Elend verheißt.

Es ist nicht meine Aufgabe an dieser Stelle die Theorie des Zionismus eingehend zu entwickeln. Das ist in den Sozialistischen Monatsheften bereits mehrfach in trefflicher Weise geschehen.<sup>5)</sup> Nur so viel sei gesagt, daß der Zionismus einen wesentlichen Teil der Lösung der nationalen jüdischen Probleme davon erwartet, daß es gelingt einen beträchtlichen Teil des jüdischen Volkes wieder in die alte Heimat, nach Erez Israel (Palästina), zu verpflanzen, es auf diese Weise aus dem wirtschaftlichen Elend zu erlösen, die Einseitigkeit der verstadtlichten Juden aufzuheben, die ursprüngliche Neigung zum Bauerntum im jüdischen Volk wieder freizusetzen und auf diese Weise dem allen Gefahren der Zerstreung preisgegebenen jüdischen Volk wieder ein nationales Zentrum zu schaffen. Wenn man sich ein Bild machen will, welche Aussichten auf Erfolg dieses Unternehmen hat, so muß man sich in erster Linie vergegenwärtigen, welche natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen in dem Land, das das Ziel der jüdischen Sehnsucht ist, gegeben sind.<sup>6)</sup>



**P**ALÄSTINA bildet einen Teil der Ostküste des Mittelländischen Meeres; es steht daher in seinen Küstengebieten durchaus unter dem Einfluß des Mittelmeerklimas. Dieser Streifen ist im Norden, zwischen Tripolis und Haifa, im Durchschnitt 25 Kilometer breit, weiter nach Süden wird er immer schmaler, um schließlich bei Rassa (dem nördlichsten Punkt der Nordgrenze der Verbreitung der Dattelpalme) ganz und gar aufzuhören. Der Boden ist reich und fruchtbar, relativ leicht zu bearbeiten und geeignet einmal aufgenommenes Wasser ziemlich lange zu binden und vor der Austrocknung durch die südliche Dürre zu bewahren. Gegen das übrige Palästina wird dieser Streifen Landes im Norden durch den Libanon und seine galiläischen Ausläufer abgesetzt, bei Haifa (etwa in der Mitte der Küstenentwicklung) durch den Berg Karmel, der sich bis zu etwa 600 Meter Höhe erhebt, auf eine kurze Strecke jäh quer unterbrochen. Im Süden bildet die östliche Grenze dieses Landstreifens die erste große Stufe zum jüdischen Tafelland. Während den Januartemperaturen nach Palästina in die mesopotamisch-turanische Zone

<sup>5)</sup> Siehe Chasanowitsch Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914 II, Seite 962 ff., sowie Quessel Die jüdische Neukolonisation Palästinas und Deutsche und jüdische Orientinteressen, ebenda, 1914 II, Seite 672 ff., und 1915 I, Seite 398 ff., ferner die Rundschau Kolonisation, ebenda, 1910 I, Seite 402 ff., 1913 I, Seite 394 f., 1916 I, Seite 68, 1916 III, Seite 1023 f.

<sup>6)</sup> Zur Landeskunde von Syrien und speziell Palästina siehe insbesondere Schulmann Zur türkischen Agrarfrage, Palästina und die Fellachenwirtschaft /Weimar 1916/, eine hervorragende Monographie der wichtigsten Einzelfragen des palästinensischen Wirtschaftslebens; ferner Ruppins vorzügliches, hier schon erwähntes Nachschlagewerk Syrien als Wirtschaftsgebiet /Berlin 1917/, das so ziemlich alle erreichbaren Materialien in sorgamer Ordnung zusammenträgt, und das von Trietsch herausgegebene Levantehandbuch, 3. Auflage /Berlin 1914/. Sehr gute physikalische Karten finden sich in Andrews Handatlas /Bielefeld 1914/ und in Meyers Physikalischem Handatlas /Leipzig 1916/. Wichtig sind auch Banse Floren- und Wirtschafts-karte der Türkei /Braunschweig 1916/, eine ganz originale Leistung erster Qualität, ferner die ausgezeichnete Übersichtskarte in Bartholomew and Lyde A School Economic Atlas /Oxford 1913/.

fällt (durchschnittlich + 10 bis 15 °), bildet die Grenze zwischen Land- und Seeklima auch eine Trennung der Temperaturverteilung im Juli. Was östlich von ihr liegt, gehört in das Gebiet durchschnittlicher Julitemperatur von über 35°. Der Küstenstrich bleibt, dank dem mildernden Einfluß des Meeres, wesentlich darunter. Hochwertiges Kulturland mit Äckern, Obstgärten und Gemüsebau füllt den größten Teil des Raumes aus und sichert den Bewohnern des Landes bei einigermaßen vernünftiger landwirtschaftlicher Technik ansehnlichen Nutzen. Hier ist das Land, in dem Milch und Honig fließen, das Land der Verheißung, nach dem die in tiefstem Grunde noch immer orientalisches-bäuerliche Seele des Juden sich, unentwegt suchend, zurücksehnt.

Ganz andere Verhältnisse finden wir östlich dieser Trennungslinie. Dort erhebt sich der Boden beträchtlich. Die durchschnittliche Höhe dieses Landes gehört in die Stufe zwischen 500 und 1000 Meter Meereshöhe. In einzelnen Teilen, so im Norden mit dem Libanon (höchste Höhe über 2600 Meter) und im Süden mit dem nordsüdlich gerichteten Doppelbergzug von Judäa (der bis nahe an 1000 Meter heransteigt), bildet es einerseits einen Schutzwall für die Küstenstriche gegen die trockenen Winde des kontinentalen arabisch-syrischen Hochlandes, andererseits ist es selbst diesen Unbilden der Witterung ziemlich stark ausgesetzt. Doch weist das Land in großen Teilen zahlreiche tiefeingeschnittene und gut geschützte Täler auf, wahre Fangkessel der Wärme, Brutöfen, in denen Getreide, Obst und Südfrüchte, Gemüse und Blumen trefflich fortkommen. Im ganzen aber sind hier solche Gebiete eines für intensive Landwirtschaft geeigneten Bodens doch weniger reichlich vertreten als im Küstengebiet. Intensive Kultur in größeren zusammenhängenden Stücken findet sich nur (unter dem Einfluß der städtischen Absatzgelegenheit) in der Berggegend um Jerusalem, namentlich am ziemlich steilen westlichen Abhang des Gebirges, und von da weiter herüber bis in die Gegend von Jaffa, wo die Niveaudifferenz nicht in Stufenform sondern in einer breiten, rundlichen, sanft ausgehöhlten Mulde sich ausgleicht. Nach Osten hin geht dieses Land, allmählich immer gleichförmiger werdend, in die arabische Tafel über. Die Steppe wird immer öder, die menschlichen Ansiedlungen werden immer seltener, die Agrikultur spärlicher, und schließlich steht man mitten in der syrischen Wüste. In der nördlichen Hälfte des Landes (nördlich des Breitengrades des Galiläischen Meeres) tritt freilich noch einmal, bis nach Damaskus hinauf, ein umfangreicher Komplex intensivster Landwirtschaft zutage; er gehört aber nicht zum eigentlichen Palästina.

Dieses Gebiet wird vorläufig von verhältnismäßig sehr wenig Menschen bewohnt. Das Übergewicht unter ihnen haben syrische Fellachen, kleine ausgehungerte Pächter, die an die Großgrundbesitzer einen enormen Anteil des Ertrags ihrer Arbeit und ihres Bodens abliefern müssen und denen es ganz und gar an wirtschaftlicher Initiative gebricht. Sehr zu leiden haben sie, besonders in den östlichen Gebieten, unter zwei unliebsamen Besuchern aus der Wüste: unter Einfällen von Beduinen, die, wo sie können, rücksichtslos rauben, die ihnen paßt, und vernichten, was sie nicht mitnehmen können, und unter dem noch mehr gefürchteten Besuch der unendlichen Heuschreckenschwärme, die in größeren Perioden in unermeßlichen Mengen sich über jedes Hindernis hinwegwälzen und alles Grüne schonungslos fressen; nur

der Ölbaum wird von ihnen verschont. Die Schutzmaßnahmen gegen beide Plagen legen den Fellachen große Opfer auf, sind jedoch bisher ganz unzureichend.

Die Städtebildung ist für orientalische Verhältnisse ziemlich reichlich. Die größte Stadt im eigentlichen Palästina ist Jerusalem mit 80 000 Einwohnern. Daneben gibt es noch reichlich 2 Dutzend Niederlassungen zwischen 40 000 und 3000 Einwohnern. Sie sind, wenn man von den Häfen absieht, in der Hauptsache Ackerstädte mit einem gewissen Einschlag von Einrichtungen zum Dienst des Durchgangsverkehrs. Die Juden Palästinas sind hauptsächlich in den Städten verbreitet. Ihre Anzahl ist ungefähr 80- bis 90 000. Reichlich die Hälfte von ihnen bewohnt Jerusalem, wo sie mit 45 000 Seelen 60 % der Bevölkerung ausmachen. Nennenswerte Judenniederlassungen finden sich in den Hafenstädten Jaffa und Haifa (10 000 respektive 3000). In landwirtschaftlichen Siedelungen, etwa 40 an der Zahl, sind etwa 12 000 Juden ansässig. Unter den palästinensischen Juden gibt es eine gewisse Anzahl wohlhabender Kaufleute, in der Hauptsache sind sie jedoch Kleinhändler und proletarisierte Handwerker und leben in recht schlechten Verhältnissen. Dabei weisen sie eine Anzahl ungewöhnlicher Züge auf. Einmal nämlich enthalten sie ein jüdisches Element, das erst in den letzten Jahren aus Jemen zugewandert ist und wenigstens in den Städten von den übrigen Juden bis zu einem gewissen Grad als fremdartig empfunden wird. Eine Besonderheit stellen auch die jüdischen Bauern dar. Diese, hier und da mit Landarbeitern untermischt, zu einem Teil ebenfalls aus jemenitischen Juden rekrutiert, verdanken ihr Dasein hauptsächlich den ersten Auswirkungen der zionistischen Arbeit. Neben diesen Elementen lebt in Palästina noch eine Anzahl zugewanderter frommer Ostjuden: hauptsächlich alte Männer, die in der frühern Heimat ein winziges Kapital zurückgelegt haben und nun von diesem oder von Unterstützungen ihrer zurückgebliebenen Angehörigen in der bescheidensten Weise leben und auf den Tod im gelobten Land in frommer Vertiefung in Thora und Talmud warten. Daneben eine weniger erfreuliche Erscheinung: die große Schicht der Chalukahempfänger.

Das ist das Land, von dem das Judentum seine Errettung aus tiefster nationaler Not erhofft, und das sind seine Bewohner.

**D**IE Kolonisationsarbeit der Juden in Palästina ist noch sehr jung. Sie vollzieht sich meist in der Weise, daß ein zusammenhängendes Stück Land von geeigneter Beschaffenheit erworben und unter eine Anzahl von Ansiedlern verteilt wird. Eine solche Kolonie bildet, wenn irgend möglich, eine geschlossene Kultusgemeinde. Sie ist bürgerlich und ökonomisch ziemlich straff durchorganisiert, übt in Zeiten der Not, in Perioden gehäufter Arbeit und dauernd in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine weitgehende und musterhafte Solidarität. Unter den Kolonisten überwiegen die jüngeren Altersklassen. Die noch allzu spärlichen Ehen sind im allgemeinen musterhaft, zeigen reichen Kindersegen und fundieren erst eigentlich das wirtschaftliche Gedeihen des bäuerlichen Anwesens. Die wirtschaftliche Lage der Kolonien ist im allgemeinen nicht ungünstig. Doch kann man sie auch nicht als glänzend bezeichnen. Sie hat unter der Ungunst der Verhältnisse vielfach zu leiden. Jüdische Arbeitskräfte außerhalb der eigenen Familie sind spärlich und teuer, Fellachen nicht immer zuver-



lässig. Den Neuhinzugekommenen fehlt es oft an Erfahrung, so daß sie erheblich Lehrgeld zahlen müssen. Hier und da hat allzu freigiebige Ausstattung mit Kapitalien und Bevormundung in der Auswahl der Kulturen zu etwas leichtsinnigem und vor allen Dingen zu einseitigem Wirtschaften geführt. In solchen Fällen können plötzliche Preissenkungen auf dem Weltmarkt, Seuchen einzelner Kulturpflanzen oder Überschreitung der manchmal noch spärlichen Absatzgelegenheit zu empfindlichen Rückschlägen führen. Trotzdem ist, gerade in Anbetracht dieser beträchtlichen Schwierigkeiten, das bisherige Gesamtergebnis der Kolonisation befriedigend, wenn in Zukunft in größerem Maßstab gearbeitet und nach besseren Erfahrungen organisiert wird. Wenn es gelingt einen reichern Strom von Kolonisten ins Land zu rufen, wenn die staatliche Verwaltung besser und verständnisvoller wird, wenn die ewige Unsicherheit durch Briganten ihr Ende findet, wenn der Widerstand der syrisch-arabischen Nationalisten (besonders christlicher Konfession) sich legt, so ist ein gutes Gedeihen des Kolonisationswerks wohl zu erwarten. Die Kolonisten bringen im allgemeinen sehr viel Idealismus und Arbeitsfreudigkeit mit. Das hat ihnen über viele Schwierigkeiten hinweggeholfen; die meisten dieser Schwierigkeiten werden, damit darf man sicher rechnen, in Zukunft ganz und gar verschwinden.

Es gibt nun eine ganze Anzahl interessanter Projekte, in denen eine großzügige jüdische Kolonisation Palästinas entworfen ist.<sup>7)</sup>

Das umfassendste Programm hat wohl der Berliner Ökonomieprofessor Carl Ballod ausgearbeitet. Es ist hier bereits darüber berichtet worden.<sup>8)</sup> Ballod meint, für die Berechnung der Besiedlungsfähigkeit Palästinas müsse man Vergleiche mit dem dichtbevölkerten Sizilien anstellen, und nicht, wie dies Philippsohn tat, mit dem westlichen Kleinasien. Denn die Regenmengen in Palästina sind bedeutend höher als im westlichen Kleinasien; im Süden erreichen sie 400 Millimeter, ebenso im Ostjordanland (also etwa ebensoviel wie in den trockeneren Gegenden Deutschlands), im nördlichen Westjordanland beträgt der jährliche Regenfall 600 bis 700 Millimeter (also mehr als die durchschnittliche Jahresregenmenge in Deutschland). Nun ist allerdings der Regen nicht so gleichmäßig über das Jahr verteilt wie bei uns, so daß er sich schneller verläuft; außerdem ist die Verdunstungsgröße bedeutend höher. Trotzdem könnte man, wenn man künstliche Bewässerung zu Hilfe nähme, doch noch viel erreichen. Der Jordan kommt, selbst im heißesten Sommer, nicht unter eine Wasserführung von 30 Kubikmeter in der Sekunde herunter; das ist ein Betrag, der für etwa 120 000 Hektar Wasser liefern könnte. Auch die Flüsse, die direkt ins Mittelmeer gehen, könnten zu Bewässerungsanlagen ausgenutzt werden. Dadurch würde sich in Palästina eine landwirtschaftlich nutzbare Fläche von 830 000 Hektar gewinnen lassen. Auf die 700 000 Hektar neu zu gewinnenden Landes würde man bei Großbetrieb mit Mctorkultur, wozu die Voraussetzungen gegeben seien, etwa

<sup>7)</sup> Siehe hierzu (außer den schon genannten Quellen) besonders Ballod Das Ostjudenproblem und die Frage seiner Lösung durch den Zionismus, in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, 1916, Seite 874 ff., dazu Trietsch Das Ostjudenproblem und die Frage seiner Lösung durch den Zionismus, ebenda, Seite 1265 ff., und Ein Maximalprogramm der jüdischen Kolonisation in Palästina, im Juden, 1916, Seite 301 ff., ferner die vortreffliche, hier schon gewürdigte, ausführliche Monographie Oettingers Methoden und Kapitalbedarf jüdischer Kolonisation in Palästina /Haag 1916/. Anschauliche Beschreibung findet sich auch in Hartmanns Reisebriefen aus Syrien /Berlin 1913/, ferner in Trietsch Spezialkulturen in Syrien und Palästina, in der Kolonialen Rundschau, 1917, Seite 26 ff. Ein bequemer Überblick ist in Auerbachs Agitationsbroschüre Palästina als Judenland /Berlin 1912/ zu finden.

<sup>8)</sup> Siehe die Rundschau Kolonisation, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 III, Seite 1023.


56 000 männliche und 28 000 weibliche Arbeitskräfte nötig haben. Dann könnte auf dem so in Anbau genommenen Gebiet der Bedarf einer Bevölkerung von 6 Millionen Menschen an Brotgetreide, Reis (25 Kilo pro Kopf und Jahr), Fleisch, Milch, Baumwolle (5 Kilo pro Kopf und Jahr) sowie an Zucker gedeckt werden, wenn man den Bedarf in der Höhe des deutschen Verbrauchs im Durchschnitt der letzten Jahre vor dem Krieg annimmt. Außerdem aber sei es möglich noch große Obstplantagen und Pflanzungen von Südfrüchten anzulegen und auf diese Weise einem weitern Bevölkerungssatz Unterkunft zu sichern. Nach Ballod erfordern die gesamten Kosten eines landwirtschaftlichen Großbetriebs in diesem Land für die ganze den Juden zur Verfügung zu stellende Fläche einen Aufwand von 180 Millionen Mark für Landerwerb, 400 Millionen für künstliche Bewässerung, Urbarmachung und erste Vorrichtung des Landes, 120 Millionen Mark für Ausbau der Elektrizitätsanlagen mit Leitungen und Maschinen, Bauten und Inventar 160 Millionen Mark; dazu kämen jährlich 70 Millionen Mark für Kunstdünger und Saatgut. Dieser Plan (der von Davis Trietsch noch weitergesponnen wurde) setzt voraus, daß eine Verwirklichung sofort im großen in Angriff genommen werden könnte. Ob das möglich ist, vermag heute wohl niemand zu sagen. Die Wünsche der Zionisten gehen jedenfalls in erster Linie dahin eine breite Schicht von Bauern zu schaffen, deren Wirtschaft auf gesunder Grundlage ruht. Diese Absicht ergibt sich aus dem Wunsch Palästina nicht zu einem Asyl für Juden, sondern zu einem Land zu machen, in dem die eigene kulturelle Art des Judentums zu voller Entwicklung kommen kann: ein Ziel, das in erster Linie bäuerliche Siedelung erfordert.

In erheblich bescheidenerem Maßstab sind die Vorschläge gehalten, die der landwirtschaftliche Sachverständige Jakob Oettinger gemacht hat. Dieser hat auf Grund der Erfahrungen mit Kolonisation in Deutschland, England, Dänemark, Schweden und Norwegen und auf Grund einer genauen Berechnung von Wirtschaftsplänen und Kostenanschlägen für Kolonistenbetriebe einen Gesamtplan der jüdischen landwirtschaftlichen Besiedelung Palästinas aufgestellt. Er fußt dabei auf einer Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe in 6 Typen, nämlich solche von 200 bis 250 Dunam (14 Dunam ergeben 1 Hektar), ferner in der Größe von 100, von 60 bis 75, von 40 und von 20 Dunam und von Arbeiterheimstätten. Und er kommt daraufhin zu dem Vorschlag, daß ein einheitlicher Plan einer langen Reihe größerer Kolonien aufgestellt werden müsse, von denen jede auf 100 Familienbetriebe angelegt sein sollte. Der größte Teil des Kapitals sei durch den Jüdischen Nationalfonds zu beschaffen, der Boden als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes durch das System der Erbpacht zu sichern. Dabei rechnet Oettinger damit, daß in den ersten 12 Jahren nach dem Krieg 30 solcher Kolonien angelegt werden könnten. In diesen würden 3000 Familien mit 12- bis 15 000 Familienangehörigen Platz finden. Außerdem würde dadurch eine Zahl von etwa 30 000 Juden anderer Berufsarten ins Land gezogen werden. Dazu würde es nötig sein etwa 77½ Millionen Franken aufzubringen. Davon wären den Kolonisten 17 Millionen, dem Nationalfonds 26,7 Millionen, privaten Kreditgebern 26,1 Millionen und den nationalkulturellen Institutionen etwa 7½ Millionen Franken zur Last zu schreiben. In dieser Weise würde dann später in schnellerem Tempo weiterkolonisiert werden können. Nach Oettingers Meinung könnte man zunächst auf 1,2 bis 1,5 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche 200 000 Kleinbetriebe errichten, von

denen das erste Hunderttausend einen Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Franken erforderlich mache. Die notwendige wirtschaftliche Grundlage dazu müßte eine Selbstbesteuerung des gesamten jüdischen Volkes bilden, wie sie durch den Nationalfonds bereits in Angriff genommen sei.

Man darf jedenfalls sagen, daß die Möglichkeiten für eine Kolonisierung Palästinas mit jüdischen Bauern in recht großem Maßstab gegeben sind und damit gleichzeitig auch für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung der quantitativen Verhältnisse des osteuropäischen Judentums verbunden sein könnte. Jene 200 000 Familienbetriebe würden eine Million Juden aufnehmen und dazu würden, auch ohne Hinarbeiten auf Industrialisierung Palästinas, 1 bis 1½ Millionen weiterer jüdischer Bevölkerung kommen, die in den Städten des Landes ein auskömmliches Dasein finden und zur Rekrutierung einer breiten nationaljüdischen Intelligenz ebenfalls wesentliche Dienste leisten könnten. Es ist also töricht von einer *zionistischen Utopie* zu reden; es handelt sich hier vielmehr um eine allerdings weitschauende, aber darum doch nicht weniger gesunde realpolitische Unternehmung.

Die Anfänge der jüdischen Kolonisation in Palästina sind noch klein. Die Aussichten für ihr Gedeihen, soweit dafür die Lage der Juden in Osteuropa, insbesondere in Polen, und die natürliche Beschaffenheit des gelobten Landes in Frage kommen, sind recht gut. Man darf ohne übertriebenen Optimismus sich sehr wohl dem Urteil Ballods anschließen, das folgendermaßen lautet: »Das Problem der Ansiedlung der Masse der Ostjuden in Palästina darf also nicht als Utopie behandelt werden, sondern es müssen darüber ernstere Erwägungen angestellt werden. Ist einmal eine größere Masse Juden in Palästina angesiedelt, so braucht man sich über die Zukunft derselben bei fortschreitender Volksvermehrung keine großen Sorgen zu machen.«

N diesem Krieg hat die jüdische Nation, über die verschiedenen Staaten zerstreut, getreulich ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt. Unendlich viel jüdisches Blut ist geflossen, und heiße Hoffnungen sind den Toten ins Grab gefolgt, daß die Opfer nicht umsonst gebracht sein möchten, daß vielmehr dem jüdischen Volk nach diesem Krieg nationale Freiheit in Europa und nationale Entwicklung in Palästina erwachsen möchten. Ein Teil dieser Hoffnungen ist in Erfüllung gegangen: Das zarische Regime ist rasselnd zu Boden gefallen; Millionen von Juden können, nach einem Leben grausamster Verfolgung, nun ein Leben der Freiheit im demokratischen Rußland führen. Aber auch Enttäuschungen sind nicht ausgeblieben. Insbesondere in Polen hat sich die Lage des jüdischen Volkes alles andere als gebessert. Bei dem großen Rückzug von 1915 sind massenhaft Juden aus den russischen Gebieten vertrieben und nach Polen verschleppt worden, während andere wieder in ebenso großen Massen aus ihrem Haus gerissen und nach dem Innern Rußlands mitgenommen wurden. Das Verhältnis der Polen zu den Juden, das sich vor dem Krieg in Bedrückungen schlimmster Art offenbart hatte<sup>9)</sup>, hat sich in keiner Weise günstiger gestaltet. Die Okkupation durch die Zentralmächte hat daran, wie die Dinge sich der Verwaltung darstellten, nichts geändert. Der Anreiz zur Auswanderung besteht unvermindert weiter. Daneben muß natürlich auch mit Energie die Forderung nationalkultureller Autonomie für die Juden in Polen erhoben werden.

<sup>9)</sup> Siehe An 1 n Der Judenboykott in Polen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914 I, Seite 350 ff.

Auch die Juden Palästinas sind schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Krieg hat besonders dem südlichen Palästina schweren Schaden zugefügt. Manche hoffnungsvolle Kolonie ist im Begriff zu verkommen oder wohl schon zugrunde gegangen. Auf der andern Seite haben sich die politischen Vorbedingungen für die jüdische Kolonisation in Palästina in mancher Hinsicht auch gebessert. Manche Vorurteile gegen die jüdische Kolonisation in Palästina sind abgelegt oder doch gemildert worden. Die Zweckmäßigkeit und die Dringlichkeit dieser Kolonisation sind in einer Weise begriffen worden, daß dem Werk selbst seine Zukunft in der einen oder andern Form kaum mehr genommen werden kann.

Unter diesen Umständen darf man im großen ganzen die Frage der jüdischen Neukolonisation in Palästina in günstigem Sinn beantworten. Wir Sozialisten können darüber nur Freude empfinden. Verwirklicht sich doch hier an einem bisher niedergehaltenen Volk wieder die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, die einen so wesentlichen Punkt unserer außenpolitischen Orientierung bildet.

## ROBERT SCHMIDT · DIE STELLUNG DER GEWERKSCHAFTEN ZUR FRAUENBERUFSARBEIT

**G**RUNDSÄTZLICH standen die deutschen Gewerkschaften dem Eindringen der Frauenarbeit in das Erwerbsleben nie ablehnend gegenüber. Sie waren sich darüber klar, daß die Frauenarbeit in Industrie und Handel fortschreitend Eingang finden wird, und daß in der kapitalistischen Entwicklung die starke Tendenz ungelernete und billige Arbeitskräfte auszunutzen nicht unterdrückt werden kann. Ihre Bemühungen gingen deshalb darauf hinaus im Arbeiterschutz der Frau eine besondere Begünstigung zu verschaffen, um sie vor der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben und bei übermäßigen körperlichen Anstrengungen zu bewahren. Die unsolide Konkurrenz, die in der Frauenarbeit liegt, mußte vom gewerkschaftlichen Standpunkt durch die Forderung bekämpft werden, daß für gleiche Leistung gleicher Lohn gezahlt werden müsse. In dieser Tendenz den Frauen freie Arbeitsbetätigung im Erwerbsleben offen zu lassen unterschieden sich die deutschen Gewerkschaften sehr wesentlich von den englischen. Denn diese vertraten mit großer Energie den Standpunkt, ungelernete Arbeitskräfte dürften nicht in Stellungen einrücken, die qualifizierte Leistungen erfordern. Mit diesem Prinzip hat man wohl eine Schicht besser besoldeter qualifizierter Handwerksarbeiter geschaffen, auf der andern Seite aber eine große Zahl ungelernerter Arbeiter, darunter auch die Frauen, in die schlecht entlohten Stellen zurückgedrängt, ohne auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Schicht bestimmenden Einfluß auszuüben. Es ist sehr zu beachten, daß jetzt die englische Regierung in die Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse der Rüstungsindustrie ausdrücklich die Zusage aufnahm, daß nach dem Krieg die Einstellung ungeübter Arbeitskräfte und Frauen in bisher nur von gelernten Arbeitern besetzte Stellen verboten werden solle.

Auch in Deutschland fehlte es nicht an Bestrebungen dieses englische Beispiel nachzuahmen, und zwar in den Verbänden, die der freien gewerkschaftlichen Bewegung fernstehen. Besonders die bürgerlichen Verbände der

Handlungsgehilfen bemühten sich das Eindringen der Frauenarbeit in ihren Beruf zu erschweren. Ihre kurzsichtige Auffassung erhellt am besten aus der Tatsache, daß sie bis heute die Aufnahme von Frauen als Mitglieder ablehnen.

Der Krieg hat alle diese Bestrebungen zurückgedrängt. Da, wo bisher die Frauen zurückgewiesen wurden (es sei nur an die Bankhäuser erinnert), fanden sie nach einigem Widerstreben bald Aufnahme. In den Bureaus und Kontoren stieg der Zuwachs weiblicher Arbeitskräfte enorm. Nicht minder dehnte die Industrie das Betätigungsfeld der Frau aus. Im Baugewerbe und im Bergwerk wurden die Frauen leider wieder zu Arbeiten herangezogen, die nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung für sie verboten waren. Geradezu überraschend ist es, in welchem Umfang sich das Transportgewerbe der Frauenarbeit bedient. Als bei der vorübergehenden großen Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges die Vertreter der Gewerkschaften die Postverwaltung ersuchten an Stelle der damals eingestellten freiwilligen Hilfskräfte Arbeitslose zu verwenden, erklärte man in echt bürokratischer Weise: das sei nicht möglich, man könne doch nicht Beamte, die den Dienst-eid geleistet hätten, durch irgendwelche Industriearbeiter oder -arbeiterinnen ersetzen. Auch hier hat sich bald eine Änderung der Auffassung vollzogen, und wir sehen heute Frauen Berufsarbeiten verrichten, die uns mit Bewunderung über ihr Können erfüllen.

Wir haben gegenwärtig keine sichere Übersicht über die Zunahme der Frauenarbeit. Aber es ist nicht uninteressant die im Reichsarbeitsblatt vor dem Krieg veröffentlichten Mitgliederzahlen der Krankenkassen mit den heutigen Zählungen zu vergleichen. Bei der nachfolgenden Zusammenstellung kann man leider nicht die Mitgliederzahlen vom 1. Mai 1914 denen vom 1. Mai 1917 gegenüberstellen, da nicht immer von der gleichen Zahl von Krankenkassen Bericht erstattet wurde. Doch sieht man, in welchem Verhältnis die Zahl der weiblichen Mitglieder zu der der männlichen stieg.

| Staat       | Anzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen (abzüglich der Kranken und Wöchnerinnen) |           |                |           |
|-------------|---|-----------|----------------|-----------|
|             | am 1. Mai 1914  |           | am 1. Mai 1917 |           |
|             | männlich  | weiblich  | männlich       | weiblich  |
| Preußen     | 3 453 208   | 1 825 703 | 2 262 741      | 2 392 502 |
| Bayern      | 538 333   | 344 751   | 282 565        | 319 706   |
| Sachsen     | 758 241   | 524 245   | 457 817        | 560 436   |
| Württemberg | 256 296   | 148 589   | 152 188        | 147 888   |
| Baden       | 210 563   | 125 626   | 80 847         | 104 334   |
| Hessen      | 108 674   | 58 833    | 72 671         | 76 284    |

Es sind hier nur die Ergebnisse aus den 6 größten Bundesstaaten wiedergegeben. Danach kamen in Preußen vor dem Krieg auf ein männliches 0,52 weibliche Mitglieder; nach dem Krieg steigt diese Zahl auf 1,05, in Bayern von 0,64 auf 1,13, in Sachsen von 0,69 auf 1,22, in Württemberg von 0,57 auf 0,97, in Baden von 0,59 auf 1,29, in Hessen von 0,54 auf 1,29. Dabei sind nur die Pflichtversicherten und Erwerbstätigen, nicht die Kranken und Wöchnerinnen gerechnet. Wie stark die weiblichen Arbeitskräfte zugenommen haben, ergibt das Beispiel Groß Berlins. Im Mai 1914 betrug die männ-

liche Mitgliederzahl hier 577 105, die weibliche 440 824, 1917 verschiebt sich das Verhältnis so, daß den 357 562 männlichen Mitgliedern 603 218 weibliche gegenüberstehen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Zahl der männlichen Arbeiter noch durch die Gefangenen erhöht wird.

Diese Zunahme der Frauenarbeit wird die deutschen Gewerkschaften vor eine sehr wichtige Aufgabe stellen. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die geringe Entlohnung weiblicher Arbeitskräfte der Lohn der Arbeiter stark gedrückt wird. Es wäre übereilt anzunehmen, daß der gegenwärtige Zustand in der Friedenszeit voll aufrechterhalten wird. In sehr vielen Gewerben, besonders auch in der Metallindustrie, wird ein bedeutender Teil der Arbeiterinnen nicht dauernd beschäftigt werden. Das Wiederinkrafttreten der Arbeiterschutzbestimmungen wird die Frauen aus den besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, wie dem Baugewerbe und dem Bergbau, wieder zurückdrängen. Sicher ist auch anzunehmen, daß im Transportgewerbe die große Zahl der beschäftigten Frauen wieder zurückgeht. Dennoch wird die Frauenarbeit auch in der Friedenszeit mehr an Boden gewinnen als das bei normaler Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Die Gewerkschaften werden nicht versuchen die Erwerbstätigkeit der Frauen einzuschränken sondern alles tun, um die Gleichstellung der Frau im Beruf durchzusetzen. Diese Bemühungen werden durch das indifferente Verhalten der Arbeiterinnen leider außerordentlich erschwert. Die Gewerkschaften haben lebhaft gekämpft, um eine bessere Entlohnung für die Frauenarbeit zu erreichen, ohne als Gegenleistung eigentlich eine erheblich höhere Zahl von weiblichen Mitgliedern zu gewinnen. Die Zunahme der Zahl weiblicher Mitglieder ist im Verhältnis zu der gewaltig erhöhten Zahl der Beschäftigten gering, ihr Interesse für die Organisation nur schwach entwickelt. Das darf uns nicht abhalten gegen diese Schädigung unserer Position anzukämpfen. Es muß möglich sein der Organisation eine größere Zahl von Arbeiterinnen zuzuführen.

Die Heimarbeit wird eher zu- als abnehmen, da mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß sehr viele Frauen, die ihren Ernährer verloren haben, zur Heimarbeit greifen werden. Es ist deshalb die wichtigste Aufgabe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter eine Zwangsregelung zu bringen, ähnlich wie gegenwärtig bei Vergebung der Militärarbeiten. Die Einführung von Lohnkommissionen, die Tarife festzusetzen haben, ist eine dringende Notwendigkeit. Durch Halbtagsschichten in den Fabriken und Bureaus würde das Hineindrängen in die Heimarbeit aufgehalten werden. Manche Frau würde sehr gern auf die Heimarbeit verzichten, wenn sie durch eine Halbtagsarbeit einer geordneten und geregelten Beschäftigung nachgehen könnte. Für die Industrie würde kein Schaden daraus entstehen. Denn 2 Arbeiterinnen, von denen jede nur eine halbe Tagesleistung zu vollbringen hat, werden verhältnismäßig mehr leisten als eine einzige bei 10stündiger Arbeitszeit. Die Arbeiterin kann dann die übrige Zeit für ihren Haushalt und für ihre Kinder verwenden. Vom sozialhygienischen Standpunkt aus wird man der Arbeit im Betrieb oder Bureau den Vorzug vor der Heimarbeit geben. Die Einführung der Halbtagsschicht wird nicht überall möglich sein, wohl aber da, wo eine ausgedehnte Arbeitsteilung besteht und die begonnene Arbeit leicht von der nachfolgenden Schicht fortgesetzt werden kann. Post und Eisenbahn sowie die Verwaltungsbehörden können leicht die Halbtagsschicht einführen.

Um das Interesse der Arbeiterinnen an der Organisation zu heben, wird es

notwendig sein die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften so auszubauen, daß sie den besonderen Interessen der Arbeiterinnen entgegenkommen. Neben der Krankenunterstützung, die bei den meisten Verbänden eingeführt ist, käme Wöchnerinnenunterstützung, die Gewährung eines Stillgeldes, ferner die Auszahlung eines Aussteuergeldes bei der Verheiratung in Frage. Zu Beginn des Krieges wurde in einigen Orten auch der Versuch gemacht Kinderhorte einzurichten. Ist das auch eigentlich Sache der Gemeindeverwaltungen, so werden wir doch auch in Zukunft da eintreten müssen, wo diese versagen. Sehen die Arbeiterinnen, daß wir ihren besonderen Wünschen Rechnung tragen, so dürfen wir hoffen, daß ihr Interesse für die Organisation stärker wird als es gegenwärtig der Fall ist.

Die freien Gewerkschaften werden nach dem Krieg und, soweit es möglich ist, schon heute, ihre Aufmerksamkeit auf die hier angedeuteten Probleme richten müssen. Sie können die Berufstätigkeit der Frauen nicht vom Standpunkt engherziger männlicher Sonderinteressen, noch weniger von dem bürgerlich rückständiger Auffassungen behandeln.

## HERBERT KÜHNERT · DIE ENTWICKELUNG DER RELIGIOSITÄT



RAGT man nach der Bedeutung, die den 3 Grundvorstellungen der Primitiven<sup>1)</sup> für die höheren Formen des religiösen Glaubens zukommt, so dürften für den Animismus folgende Gesichtspunkte die wichtigsten sein: Der Animismus hat in die Religionsgeschichte den grundlegenden Dualismus zwischen Gott und Welt, Seele und Körper, Geist und Natur eingeführt, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte führender Kulturreligionen hindurchzieht und auch in einer Reihe führender philosophischer Systeme zum Ausdruck gelangt. Der Animismus ist die Quelle der Auffassung Gottes als Geist, Wille und Einzelpersönlichkeit und des Daseins als einer Summe von Willenseinheiten. Die menschliche Seele wird durch den Animismus zum erstenmal als persönlich erkennende, empfindende, wollende, handelnde Einheit angesehen, und in dieser Vorstellung liegt der Anfang der Vorstellung von einem spezifisch menschlichen Selbstbewußtsein. In dem primitiven Glauben von dem Fortleben der Seele nach dem Tod wurzelt ebenso der spätere Seelenwanderungsglaube wie die Anschauung von der Unsterblichkeit der Seele als einem Teil des göttlichen ewigen Elements jenseits von Welt, Raum und Zeit. Man erkennt die animistische Gedankenreihe in der jüdischen Religion (Moses), von der sie dann auf die christliche überging, sowie bei den Griechen (Platon). Der Gott des Moses, so wie er uns, von Sturmgetöse, Erdbeben und Feuer umgeben, im 18. Psalm entgegentritt (»Er blickte her: da wankte die Erde, und der Berge Grundfesten erbebten und schwankten hin und her, weil er ergrimmt war. . . Er neigte den Himmel und ließ sich herab, während Dunkel unter seinen Füßen war«), ist, um mit Söderblom zu sprechen, ein »begehrender Wille mit starken und gewaltsamen Äußerungen«<sup>2)</sup>, neben jener andern Seite der altjüdischen Gottesgestalt,

<sup>1)</sup> Siehe Kühnert Die Religiosität der Primitiven, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 640 ff.  
<sup>2)</sup> Siehe Söderblom Das Werden des Gottesglaubens, deutsche Bearbeitung von Stübe /Leipzig 1916, Seite 314.

dem »stillwaltenden, ruhenden Himmels- und Schöpfergott der Väter«<sup>3)</sup>. Selbstverständlich sind in der altjüdischen Religiosität auch die durch Macht- und Schöpferglaube zu charakterisierenden religiösen Grundvorstellungen wirksam, aber hervorstechend ist doch die Charakterisierung Gottes als unentrinnbarer Wille.

Was der Animismus für die Entstehung der verschiedenen Gottheitsgestalten bedeutet, das bedeutet der Managlaube als Prinzip der Auslese dieser Gottheitsgestalten vom primitiven Polydämonismus zum Monotheismus hin. Die im Manabegriff wurzelnde Auffassung vom Übernatürlichen, Irrationalen, Heiligen als Prädikaten des Göttlichen entscheidet, welche Wesen oder Gegenstände Mana besitzen und folglich in den Bereich der göttlichen Verehrung einzubeziehen sind. Je nachdem Mana im Lauf der Entwicklung mehr als neutrale Macht oder als Persönlichkeit angesehen wird, haben wir in ihm die Grundlage für den Pantheismus (zum Beispiel Indiens) oder den dualistischen Theismus zu suchen. Die Entwicklung zum Pantheismus ist so zu verstehen, daß die Kraftsubstanz in Geschöpfen und Gegenständen zur Einheit zusammengefaßt und zum übernatürlichen, göttlichen Weltprinzip erhoben wird. Nicht mit Unrecht hat Mary Kingsley darauf hingewiesen, daß man vom primitiven Fetischismus bis zu Spinoza eine einzige folgerichtige Entwicklungslinie nachweisen könne. Die andere mögliche Entwicklungslinie vom Managlauben zum Theismus nimmt ihren Ausgangspunkt von der Verehrung machtgeladener und darum heilig gehaltener Gegenstände (zum Beispiel des Korns) und schreitet von hier aus weiter zur Verehrung entsprechender Gottheiten (zum Beispiel der Vegetation und des Samenkorns, wie bei der griechischen Demeter). Auch Opferkult und Reliquienwesen nehmen naturgemäß ihren Ausgangspunkt in erster Linie von dem Managlauben. Denn das Opfer wird dargebracht, um Mana zu erlangen, das heißt göttlicher Kraft teilhaftig zu werden. Aus Furcht vor Heiligkeit und aus Wertung von Gegenständen, die für Nahrung und Kultur Wert haben, gehen Tabu- und Förderungsriten hervor, die sich dann in Riten zur Verehrung von Nahrung, der Nahrungskraft, der Gottheit selbst, des Geräts und der Waffe weiterentwickeln. Nur ein anderer Ausdruck des selben Managlaubens ist die Vorstellung, daß die geheimnisvolle, übernatürliche, göttliche Kraft dem Gläubigen auf dem Weg der Offenbarung zuteil werden könne. Ist der Ausgangspunkt dieses Glaubens das Interesse der Primitiven für das Außergewöhnliche, die Verwunderung, die fromme Scheu und Verehrung gegenüber dem Unbegreiflichen, so sind seine wirkungsvollsten Träger manabegabte Führerpersönlichkeiten, durch deren heiliges Leben sich der göttliche Offenbarungsprozeß, der Prozeß der Menschheitserlösung vollzieht. Auf zwei Wegen führt so auch vom Heiligkeitgedanken des Managlaubens aus der Weg zur Höhe. In Indien wird die Heiligkeitskraft zum Prinzip der Welterklärung und -erlösung, bei den Juden führt sie zum Supernaturalismus des Offenbarungsgedankens. Seine größte religionsgeschichtliche Bedeutung gewinnt der Managlaube in den Religionen Indiens und Persiens. Bemerkenswert ist an der indischen Gestalt des Managlaubens, daß hier die dem Mana entsprechende Vorstellung, nämlich das Brahma, ähnlich wie bei Primitiven, zwischen einem mehr neutralen und einem mehr persönlichen Begriff hin und her schwankt. Oldenberg definiert Brahma als das Fluidum oder die Potenz geistlich-zauberhafter Macht samt ihrer Verkörperung einer-

<sup>3)</sup> Siehe Kittel Geschichte des Volkes Israel I, 3. Auflage /Gotha 1916/, Seite 587.



seits in heiligen Sprüchen, Zaubersprüchen und dergleichen Riten, andererseits in dem Stand der Brahmanen, die jene Macht besitzen. Von der Bedeutung Machtfluidum gelangt der Manabegriff, entsprechend der vorhin angedeuteten Entwicklung, später zu der Bedeutung des unpersönlichen Einen, das sich hinter dem trügerischen Bild erhebt, das uns das Dasein von Vielheit und Zweiheit, von dem Unterschied von Subjekt und Objekt und der Individualität bietet. Er wurde zur Seele, zum Selbst, zum Heiligen, zur Weltseele, zum höchsten Prinzip des Seins, zum Absoluten, zum Übernatürlichen, zum persönlichen, himmlischen Ursprungswesen. Eine ähnliche Wandlung läßt sich in der altavestischen Vorstellung von der Macht der Fravaschis, Geister der Heiligen, beobachten. Diese Macht läßt Wasser fließen, Pflanzen sprießen, Weibchen befruchten, gebären, die Sonne, den Mond, die Sterne bewegen. Dann tritt diese Macht (Hvarenah genannt) auch personifiziert neben anderen Göttern auf. Die Geister, die sich um Mond und Sonne sammeln, tragen diese Macht zu den Menschen auf die Erde. Der Schöpfer Ahuramazda bewirkt durch sie die Schöpfung. Alles, was Lebensgefühl steigert, Eigentum, Hausrat, Verstandeskraft und Gedeihen, besitzt diese Macht. In Gestalt eines Vogels kam sie zu Zarathustra. Auch im letzten Gericht wird sie eine Rolle spielen. Ferner ist sie Symbol für die königliche Macht. Manchmal tritt sie sogar direkt als Licht auf. Auch der kommende Welterlöser soll sie in Lichtform ausstrahlen. Der persische Islam hat diese Hvarenahidee als Erbe übernommen. Seit Mohammed direkt fortgepflanzt, wird sie sich auch in dem erwarteten Mahdi wieder offenbaren. Wie in der indischen, persischen, islamischen Mystik zeigen sich ähnliche Gedankengänge, die aus der alten Manavorstellung fließen, auch in der Mystik Griechenlands, des Judentums und des Christentums wirksam. Gemeinsam ist ihnen allen die Vorstellung von einer unpersönlichen Ewigkeit, die Sehnsucht mit Hilfe göttlicher Kraft Zeit und Endlichkeit zu überwinden und durch ein heiliges Leben eins zu werden mit dem Göttlichen, das die Welt durchdringt und seinem Wesen nach übernatürlich ist.

Es bleibt übrig noch ein Wort über die religionsgeschichtliche Bedeutung der dritten Vorstellungsreihe zu sagen, die von Söderblom durch das Wort *Urheber* charakterisiert worden ist. In der Urhebertypvorstellung ist eine Wurzel der kosmologischen Gottesidee und des Glaubens an eine göttliche Begründung einer sittlichen Weltordnung zu suchen. Dieses Urprinzip bildet den ethischen Kern der biblischen Religiosität. Erwähnt sei noch, was schon oben angedeutet wurde, daß die beiden in der jüdischen Religiosität zur Synthese gebrachten Vorstellungsreihen des Animismus und der Urhebertypidee, bis zu einem gewissen Grad noch durch Namen, Mythen und Quellen des Alten Testaments hindurchschimmern. Entscheidende Bedeutung hat die Urhebertypvorstellung innerhalb der chinesischen Religiosität erlangt. Der chinesische höchste Gott Schang Ti ist, wie Söderblom zu beweisen sucht, ursprünglich ein richtiger Urheber, dessen Verbindung mit Himmelskult und Ahnentum erst sekundär zustande gekommen ist. Es ist überhaupt bezeichnend, daß die Grenzen zwischen dem Urhebertyp einerseits und dem höchsten Naturgott und Ahnenheros andererseits fließend sind. Für die Annahme Söderbloms, daß die Beziehungen des Urhebertypus zur höchsten Naturgotttheit und zum Ahnenkult sekundär sind, spricht einmal die Überlegung, daß den Primitiven dasjenige Abstraktionsvermögen abgeht, das in Gestir-

nen oder Elementen eine Art oberste Weltursache sieht und demgemäß auf eine logisch begründete Götterhierarchie hinarbeitet, und ferner, daß die primitive Gesellschafts- und Verwandtschaftsorganisation noch nicht die Voraussetzungen für einen hierarchisch gegliederten Ahnenkult liefert.

Das Werden des Gottesglaubens ist in der Sphäre des Glaubens zu suchen. Damit ist nicht gesagt, daß nicht von anderen Kulturgebieten und aus psychologischen Sphären, die mit der religiösen Sphäre mehr oder weniger eng zusammenhängen, wichtige Einflüsse erfolgt oder denkbar wären, und daß diese Einflüsse nicht gleichfalls Gegenstand von Theorien über das Werden der Religion werden konnten oder sollten. Aber man kann mit diesen Theorien das Werden der Religion nur beleuchten, nicht erklären, mögen sie sich nun in der Richtung der materialistischen Geschichtsauffassung bewegen, die den wirtschaftlichen Selbsterhaltungstrieb zum Demiurgen stampeln möchte, oder in der Richtung der Freudschen Psychoanalyse<sup>4)</sup> oder in der Richtung der sozialen Religionserklärung, die die Religion als Objektivierung des Gesellschaftsgeistes erklären möchte<sup>5)</sup>, oder in der Richtung derjenigen soziologischen Schule, die in der Religion eine »verirrte Moral« sieht<sup>6)</sup>, oder nach denjenigen Richtungen hin, die die Entwicklung der Religion in Beziehung mit der wachsenden wissenschaftlichen Einsicht in Natur- und Kulturgeschehen, in die Fortschritte des Kausalitätstriebes, des Abstraktionsvermögens setzen oder mit dem Bedürfnis des Menschen seinem künstlerischen Gestaltungstrieb einen ethischen oder metaphysischen Hintergrund zu verleihen. So interessant es wäre alle diese Theorien (von denen gegenwärtig vielleicht die Freudsche Theorie über Totem und Tabu als Gegenstück zu Frazers Untersuchungen über diese Gegenstände<sup>7)</sup> die meiste Beachtung verdient) hier anzureihen, so würde ein solches Beginnen doch zu weit in die Sphäre der interfunktionellen Zusammenhänge zwischen der Religiosität und den verschiedenen Gebieten der menschlichen Kultur abführen und muß daher späteren Sonderdarstellungen vorbehalten bleiben.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialistische Bewegung / Carl Severing

Stengele † Am 4. April starb in Hamburg nach kurzer Krankheit der politische Redakteur des Hamburger Echos Gustav Stengele, der am 14. Februar sein 56. Lebensjahr vollendet hatte. Von Beruf Buchdrucker hat der Verstorbene schon in jungen Jahren den Winkelhaken mit der Feder vertauscht, so daß er in der Redaktion des Hamburger Parteiblatts fast 30 Jahre tätig war. Auf diesem Posten hat er für die Ausbreitung der Arbeiterorganisationen im Tätigkeitsgebiet des Echos Hervorragendes geleistet.

Stengele rechnete sich zum linken Flügel der Partei, und wo er glaubte, daß Genossen der reformistischen Richtung die Partei ins bürgerliche Fahrwasser zu drängen versuchten, da ist er ihnen mit äußerster Schärfe entgegengetreten. Das haben besonders die badischen Budgetbewilliger und die sogenannten Hofgänger erfahren müssen. Seine satirische Ader aber gestattete ihm die verletzende Form zu vermeiden, die so oft in den verschiedensten Parteiorganen gegen Andersdenkende angeschlagen wurde. Beim Ausbruch des Krieges stellte er sich ohne Zaudern auf die Seite derer, die die Pflicht der Landesverteidigung nicht nur als Wahlköder im Mund führen. Was das für ihn bedeutete, kön-

<sup>4)</sup> Siehe Freuds geistreiches Werk Totem und Tabu /Wien 1913/.

<sup>5)</sup> Siehe Durkheim Les formes élémentaires de la vie religieuse /Paris 1912/.

<sup>6)</sup> Siehe Müller-Lyer Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft /München 1910/, Seite 111.

<sup>7)</sup> Siehe Frazer Totemism and Exogamy /London 1910/.

nen nur diejenigen einigermaßen abschätzen, die das Hamburger Echo in der Kriegszeit zu beobachten Gelegenheit hatten. Seinem unermüdllichen Fleiß, seiner Beharrlichkeit war es zuzuschreiben, daß nach dem Versagen des Vorwärts das Hamburger Echo in den Kriegsfragen führend für die Partei auftreten konnte. Ohne sich einen Tag Ruhe zu gönnen, stand er auf einem der verantwortlichsten Posten, den der Weltkrieg für die Wortführer der deutschen Sozialdemokratie geschaffen hat, und auf diesem Posten ist er gefallen.

**Internationale Konferenz 1917**

Unter der Leitung eines skandinavisch-holländischen Komitees, dem Branting, Troelstra und Huysmans vorstehen, haben in den letzten Maitagen in Stockholm die Verhandlungen mit den einzelnen Sektionen der Internationale begonnen. Ihren Standpunkt zum Friedensschluß haben bisher in ausführlicher Weise die Österreicher, die Ungarn, die Tschechen, die Bulgaren, die Ukrainer, amerikanische Delegierte und die beiden deutschen Delegationen entwickelt. Die Delegation der deutschen Mehrheit, die sich aus Mitgliedern des Parteivorstands, der Reichstagsfraktion und der Generalkommission zusammensetzte, hat dem Komitee außerdem ein ausführliches Memorandum überreicht, das in der Presse aller Länder die lebhafteste Beachtung gefunden hat. Der Parteivorstand hat noch ein übriges getan und alle die Dokumente zusammengestellt und verbreiten lassen, aus denen hervorgeht, wie er schon von Beginn des Krieges an bemüht gewesen ist eine Verbindung der Internationale wiederherzustellen, um dadurch den Frieden herbeizuführen. Auf die Russen sowohl wie auf französische Delegierte hat diese Zusammenstellung ihren Eindruck nicht verfehlt, und von Albert Thomas (der bekanntlich zurzeit Munitionsminister ist) wird erwogen die französische Parteileitung zur Vorlage einer ähnlichen Denkschrift zu veranlassen.

Eine Vollversammlung der Internationale hat bisher nicht stattfinden können. Auf den Bericht, den die aus Petersburg zurückkehrenden Sozialisten Cachin und Moutet dem Vorstand der französischen Partei erstatteten, hat dieser zwar beschlossen die Konferenz in Stockholm zu beschicken. Die französische Regierung aber hat es auf angelsächsische Veranlassung abgelehnt den Delegierten die Pässe für einen Stockholmer Aufent-

halt zu erteilen, der zu einem Inverbindungtreten mit den *Feinden* bestimmt wäre. Nicht mit Unrecht konnte die Humanität diesem Vorgehen des Kabinetts Ribot die Haltung der deutschen Regierung gegenüberstellen, die den deutschen Sozialisten die Pässe ausgestellt hat. Vorsichtiger ist die englische Regierung gewesen. Sie hat den Anschein der Liberalität nicht aufzugeben brauchen und doch Vorsorge gegen eine Verständigung getroffen. Charakteristisch ist, daß englische Seeleute sich weigerten Friedensfreunde wie MacDonald und Iowett zu befördern.

So drohten die Stockholmer Verhandlungen schon im Sande zu verlaufen. Da beschloß der russische Arbeiter- und Soldatenrat die Einberufung einer eigenen Konferenz, die die gesamten Glieder der Internationale umfassen soll. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierungen der Entente auch diese Veranstaltung zu verhindern suchen werden. Sie dürften ihre Stellung in Rußland damit nicht festigen und auch die Stimmung der französischen Sozialisten nicht günstig beeinflussen. Es ist daher die Erwartung nicht unberechtigt, daß an der Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrats auch die Sozialisten der Ententeländer teilnehmen werden. Die Konferenz, die bereits zum 8. Juli angesetzt war, hat allerdings verschoben werden müssen, und zwar, wie der Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, wegen der physischen Unmöglichkeit für die Engländer und Franzosen zu dem genannten Termin nach Stockholm zu kommen. Hoffen wir, daß die Konferenz trotz allen Hindernissen schließlich doch zustande kommt.

Die Stellung der deutschen Mehrheitsdelegation ist nicht leicht. Die Friedensbemühungen der deutschen Sozialdemokratie werden als Rettungsversuch zum Schutz des deutschen *Kaiserismus* und *Imperialismus* denunziert, und die ganze Veranstaltung als *deutsche Intrige* ausgeschrien. Gegen den Wall dieser vorgefaßten Meinung hat die deutsche Delegation anzugehen. Diese Aufgabe würde ihr sehr erleichtert, und sie könnte mit größerer Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden, wenn die deutsche Regierung sich offen zur Friedensformel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bekennen würde. Vertreter der britischen Arbeiterpartei, wie Barnes, sind gegen die Wiederherstellung des status quo ante, weil sie glauben, daß damit eine deutsche Vorherrschaft gesichert werde. Diese englische Argumen-

tation, so hinfällig sie auch ist, zeigt deutlich, wie die Interessen wirklich gelagert sind, und wo der Frieden zu suchen ist. Auch die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie, wie die des deutschen Volkes überhaupt, erfordert eine Zusammenfassung der kontinental-europäischen Kräfte. Und diese wiederum hat, wie hier so oft dargelegt wurde, eine östliche Orientierung zur Voraussetzung. Eine nähere Verbindung mit dem wahrhaft demokratischen und sozialistischen Wesen des russischen Volkes würde dem deutschen Sozialismus ohnehin sicherlich nicht zum Nachteil gereichen.

Ein besonderes Verdienst um das Zustandekommen der Stockholmer Verhandlungen gebührt den Genossen Hjalmar Branting, der als Freund der Entente, und Pieter Jelles Troelstra, der als Freund Deutschlands gilt. Branting war geraume Zeit Gegenstand heftiger Angriffe seitens einer Reihe von Genossen. Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Parteigeschichte der letzten 2½ Jahre. Heute, wo die allgemeine Kriegspychose auch klarerdenkende Gehirne verwirrt, ist es leicht jemand, der aus bestimmter politischer Absicht heraus eine Verständigung herbeiführen will, als *Agenten* der andern Kriegspartei abzutun, ihn der Käuflichkeit zu zeihen oder ihm andere Abscheulichkeiten anzuhängen. Auch der willensstarke schwedische Parteiführer ist diesem Schicksal nicht entgangen. Und doch sollten auch diejenigen, die nicht wissen, welche bedeutende Tätigkeit Branting ein Menschenleben lang für die sozialistische Sache ausgeübt, und wie er namentlich auch als reformistischer Politiker gewirkt hat, sich sagen, wie unsinnig jene Anschuldigung ist, nachdem man gesehen hat, daß die von Branting geleitete Konferenz des skandinavisch-holländischen Komitees als *deutsche Mache* hingestellt wurde und die Ententeregierungen ihr Zustandekommen durch Paßverweigerung zu verhindern suchen. Gewiß hat im englischen Unterhaus Lord Robert Cecil auf eine Anfrage MacDonalds geantwortet, daß Branting nicht nur ein hochangesehener Staatsmann in Schweden sondern auch der Sache der Alliierten keineswegs feindlich gesinnt sei. Aber das beweist doch nur, daß die britische Regierung nicht töricht genug ist, um durch plumpe Poltereien einen Mann zu verletzen, der in der Tat mit seinen Sympathieen auf der Seite der Franzosen steht. Seine

sozialistische Weltanschauung veranlaßt ihn aber das Stockholmer Friedenswerk mit allen seinen Kräften zu fördern. Daß Branting vor allem darauf hinarbeitet eine Aussprache zwischen den französischen und den deutschen Sozialisten herbeizuführen, konnte schon anlässlich der Haager Neutralenkonferenz vor fast einem Jahr in dieser Rundschau (1916 III, Seite 1064) festgestellt werden. Jedenfalls scheint er gerade wegen seiner besondern Stellung geeignet die zerrissenen Fäden der Internationale wieder zu knüpfen. Das Weitere hängt nun von der Haltung der einzelnen Landesparteien ab; namentlich auch von dem Maß an Einsicht, mit der sich die deutsche Sozialdemokratie außenpolitisch zu orientieren verstehen wird.

**Deutschland:** An den Osterfeiertagen haben in Gotha die *unabhängige sozialdemokratische Partei* sitionellen Gruppen der deutschen Sozialdemokratie eine neue Partei, die *Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands*, gegründet. Nach der Einberufung und dem Verlauf der oppositionellen Reichskonferenz konnte dieser Schritt nicht mehr über-raschen. Er war nichts anderes als eine parteioffizielle Sanktion eines Zustands, der längst vorhanden und auch durch die bestgemeinten Bemühungen nicht mehr aus der Welt zu schaffen war. Obgleich die Politik der Arbeitsgemeinschaft auf der Gothaer Tagung durch mehrere Spartacusanhänger eine herbe Kritik erfuhr, hat das gemeinsame Ziel, die Bekämpfung der Parteimehrheit, doch zum organisatorischen Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen geführt.

Ein besonderes Programm hat sich die neue Partei noch nicht gegeben. Für ihre politische Tätigkeit sollen die Beschlüsse der nationalen Parteitage und der internationalen Kongresse bestimmend sein. Da auch die Mehrheitspartei diese Beschlüsse bisher nicht verleugnet hat, und da das Erfurter Programm auch die Basis ihrer politischen Tätigkeit bildet, ist für den Uneingeweihten nicht ganz klar, in welchen Anschauungen und Forderungen sich die beiden Parteien unterscheiden. Auch dem Kundigen wird es nicht leicht die Unterscheidungsmerkmale anzugeben. Sie bestehen ausschließlich in taktischen Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg. Während die sozialdemokratische Partei die Pflicht der Landesverteidigung unbedingt anerkennt und daraus die praktischen Fol-

gerungen zieht, lehnt ein Teil der Mitglieder der neuen Partei diese Pflicht grundsätzlich ab, während ein anderer, die Haase-Ledebour-Gruppe, nur unter gewissen Voraussetzungen praktisch für die Landesverteidigung eintreten will: unter Voraussetzungen, die sie in diesem Krieg nicht als gegeben erachtet. Mit Kriegsende wenden diese Meinungsverschiedenheiten verschwinden, und die neue Partei wird dann deutlicher sagen müssen, was sie von der sozialdemokratischen Partei trennt. Will sie sich unter Ablehnung jeder Reformtätigkeit als eine radikale Partei des Negierens etablieren? Dann dürfte für viele, die heute rein gefühlsmäßig zu ihren Anhängern zählen, bald kein Raum mehr in ihren Reihen sein. Die Zukunftsaufgaben der deutschen Arbeiterklasse werden von beiden Parteien klare Entscheidungen fordern. Die Arbeiterschaft wird um größern Einfluß in der Politik und in der Verwaltung kämpfen, und sie wird ihn erhalten. Größerer Einfluß aber führt zu größerer Verantwortung, der sich keine Partei auf die Dauer entziehen kann, die ihre Wurzeln in den breiten Volksmassen hat. Wer in den kommenden Friedensjahren die größtmögliche Aktivität um die Besserstellung des Volkes in wirtschaftlicher und politischer Beziehung entwickelt und dabei die Realitäten des Lebens nicht unberücksichtigt läßt, dem wird die Führung zufallen. Denn auf die Dauer wirken nicht Versprechungen und Verträge, sondern die eigentlichen Taten, das heißt die praktische Erfüllung der Forderungen des Tages. Organisatorisch ist die neue Partei nach dem Beispiel der alten gegliedert. Ihre Geschäfte führt ein in Berlin amtierender Vorstand, dem unter anderen die Abgeordneten Haase, Ledebour und Dittmann angehören. Ein Beirat, der gleichzeitig als Überwachungsorgan eingesetzt ist, entspricht der Kontrollkommission der alten Partei. Ihre wichtigste publizistische Vertretung findet die Partei in der Leipziger Volkszeitung; außerdem wirken im Sinn der Unabhängigen die Bergische Arbeiterstimme, das Volksblatt für Halle und einige kleinere thüringische Tageszeitungen. In den Verbreitungsbezirken dieser Blätter hat die neue Partei auch ihre wichtigsten Stützpunkte. Dort, wo die Vertretungskörperschaften ganzer Agitationsbezirke oder einzelner Wahlkreise sich ihr angeschlossen haben, sind auf Anordnung des Parteivorstands oder infolge freiwilliger Initiative der Mehrheitsanhänger

Organisationen der alten Partei ins Leben gerufen worden, die sich verhältnismäßig günstig entwickeln. Auch ist die Gründung von neuen Zeitungen ins Auge gefaßt, die der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei entgegenwirken sollen. So erscheint seit dem 1. Juli in Leipzig die Freie Presse. Aber auch die neue Partei ist nicht müßig. So soll in Königsberg die dortige Volkszeitung, die wieder im Sinn der Mehrheitspolitik redigiert wird, ein Konkurrenzorgan durch eine entsprechende Neugründung der Unabhängigen erhalten. Außerhalb beider Parteien stehen einige Oppositionsplitter in Bremen und Hamburg, die sich um das linksradikale Organ Arbeiterpolitik, das allwöchentlich in Bremen erscheint, scharen.

Kurze Chronik Der gegenwärtigen russischen Regierung gehören unter anderen die sozialistischen Mitglieder Skobelew, Zeretelli und Tschernow an. ◊ Graf Clam-Martinic hat den Genossen Karl Renner zum Eintritt in die österreichische Regierung aufgefordert. Die Reichsvertretung der deutschen Sozialdemokratie hat es jedoch abgelehnt diesem Ruf Folge zu geben. ◊ Die Friedensbemühungen des dänischen sozialistischen Ministers Stauning haben zu einer Kabinettskrise geführt. Der konservative Minister ohne Portefeuille Rottböll erblickte in der Friedenstätigkeit Staunings eine Verletzung der dänischen Neutralität, die er nicht mitvertreten wollte. Auf Betreiben des Königs ist die Krise beigelegt. Rottböll verbleibt im Amt. ◊ Mitte Mai hat sich in Stockholm eine neue schwedische sozialdemokratische Linkspartei gebildet, die unter Führung Lindhagens steht. Sie will den Reformismus Brantings bekämpfen; es ist aber nicht recht ersichtlich, mit welchen Mitteln. Im ganzen betrachtet treten bei der schwedischen Spaltungsbewegung die selben Tendenzen hervor, die auch in Deutschland der Sezession zugrunde liegen. ◊ Der schweizerische Parteitag, der ebenfalls Anfang Mai tagte, beschloß mit 140 gegen 116 Stimmen unter Verwerfung eines Vorschlags des Parteivorstands eine von der Sektion Zürich eingebrachte Resolution, die sich mit dem Kientaler Manifest einverstanden erklärt und sich für die Beendigung des Krieges durch die Entfaltung der Revolution ausspricht. Der Beschluß ist für die Entwicklung der schweizerischen Par-

teilverhältnisse nicht bedeutungslos. Mehrere Mitglieder der Nationalratsfraktion erklären, daß sie Sozialdemokraten sind und bleiben, daß sie aber diesen Beschluß des Parteitags als verbindlich für sich nicht anerkennen können. ◊ Die sozialistische Internationale hat das Verbandsbureau der jüdischen sozialistischen Partei Poale Zion zur Teilnahme an der Stockholmer Konferenz eingeladen. Damit ist endlich eine Forderung erfüllt worden, die hier seit Jahren erhoben wurde (siehe die Artikel Anins Das Nationalitätsprinzip in der sozialistischen Internationale und Was will die jüdische Sektion in der sozialistischen Internationale?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1910 II, Seite 885 ff., und 1911 I, Seite 396 ff.). Die Anerkennung der Juden als Nation stieß bisher stets auf den Widerstand derjenigen jüdischen Genossen, die entweder der nationalen Frage überhaupt nicht das genügende Verständnis entgegenbrachten oder eine Komplizierung des Nationalitätenproblems befürchteten. Die Poale Zion hatte dem Internationalen sozialistischen Bureau eine Denkschrift über die Juden im Weltkrieg (siehe die Rundschau Kolonisation, 1916 III, Seite 1023) überreicht. Das Internationale Bureau hat nunmehr durch die Zuziehung der Juden zur sozialistischen Internationale auch gleichzeitig die moralische Verpflichtung übernommen das jüdische Proletariat im Kampf um seine nationalen Rechte in allen Ländern, namentlich in Rußland, Polen, Österreich und Palästina, zu unterstützen. ◊ Wegen des Attentats auf den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ist Friedrich Adler zum Tode verurteilt worden. Er hat in seiner Verteidigungsrede ausführlich die Motive seiner Tat dargelegt.

### Genossenschaftsbewegung / Heinrich Peus

Der Jahresbericht des Zentralverbands deutscher Konsumvereine für 1916 ist mit einem guten Bild Adolph von Elms geschmückt, der am 18. September 1916 allzu früh von seinem Lebenswerk fortgerissen wurde und unserer Bewegung unersetzlich bleibt. Der 750 Seiten starke Band enthält wieder eine Fülle reichen Materials.

August Müller bespricht auf 94 Seiten die Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung im Krieg. Er trägt das Material von allen Seiten herbei; ein Schiedsrichteramt darüber,

wer recht hat, will er aber nicht ausüben.

Auf 29 Seiten hat August Kasch die zahlreichen Urteile der Wertung der Konsumvereine, wie sie im Lauf des Jahres von verschiedenen Seiten in die Erscheinung getreten sind, gesammelt. Erfreulicherweise sind dabei die wertvollen Zeugnisse über die wachsende Erkenntnis des hohen wirtschaftlichen und sozialen Wertes der Konsumvereine in der Mehrheit. Besonders auch aus dem Kreis der Beamten tritt immer nachdrücklicher die Forderung nach ungehemmter konsumgenossenschaftlicher Betätigung hervor. Auch wird aus Beamtenkreisen selber davor gewarnt besondere Konsumvereine und Verbände für Beamte zu bilden. Das Urteil der Kleinhändler über die Entwicklung der Dinge im Krieg findet die folgende Erwiderung: »Wenn der Kleinhandel verständig genug sein sollte seine Lage durch das genossenschaftliche Mittel des zentralisierten Einkaufs zu heben, so liegt den Konsumvereinen nichts ferner als ihm daraus einen Vorwurf zu machen und ihn daran zu hindern zu suchen. Er benutzt sein gutes Recht, wie es auch die Verbraucher tun, wenn sie durch genossenschaftlichen Zusammenschluß ihre Lebensbedingungen zu verbessern trachten. In dem Wettbewerb wird den Vorrang erreichen der Tüchtigste, der volkswirtschaftlich Vorteilhafteste.«

Dem Streben nach Gemeinschaftsarbeit aller Genossenschaften, insbesondere auch der Erzeugergenossenschaften mit den Verbrauchergenossenschaften trägt Heinrich Kaufmann durch einen ausführlichen Bericht über sämtliche deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände Rechnung. Auf den 83 Seiten kann man sich über das ganze deutsche Genossenschaftswesen gründlich orientieren. Eine friedliche Auseinandersetzung mit dem Allgemeinen Verband klingt wie ein letztes Gefecht vor dem endgültigen Friedensschluß. Nachdrücklich tritt der Berichterstatter für die Bezirkskonsumvereine ein, redet dem direkten Bezug von den landwirtschaftlichen Genossenschaften eifrigst das Wort, wendet sich aber sehr bestimmt gegen die direkte Warenverteilung durch die Gemeinden, die für diese Aufgabe gar nicht die geeigneten Organe sind. Vor allem fehlt da auch die unbedingt erforderliche reine Demokratie.

Über die Wirkung des Krieges spricht der Bericht das folgende bedeu-

tungsvolle Wort: »Wir sind der Meinung, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Genossenschaftsbewegung, und zwar sowohl der landwirtschaftlichen Produzenten- wie der städtischen Konsumgenossenschaften ist in Verbindung mit der Gesetzgebung die erforderliche deutsche Wirtschaftsausrüstung der Zukunft zu schaffen.« Auch die folgende Äußerung mag unterstrichen sein: »Die Organisation der Volkswirtschaft von oben ist nur erträglich und wird nur ertragen, weil sie als ein Kriegsnotbehelf, ja sogar als eine Kriegsnotwendigkeit empfunden und erkannt wird. Nach dem Krieg heißt es abbauen, so bald wie möglich und freie Bahn dem Tüchtigen, also auch der tüchtigen und gesunden wirtschaftlichen Entwicklung, die wir in dem Ausdruck Genossenschaftsbewegung begreifen. Aufs neue hat dann der Aufbau zu beginnen, aber nicht von oben, von dem Dache, sondern von unten auf ist mit Hilfe der Genossenschaftsbewegung in Stadt und Land diejenige Organisation zu schaffen, die die Ernährung des Volkes auch in den schlimmsten Zeitläuften sicherstellt. Die Schaffung einer starken wirtschaftlichen Rüstung ist eine der Aufgaben, die unserer von Feinden umringtes Volk nach dem Krieg zu lösen hat, und wobei es der tatkräftigsten Mitwirkung der Genossenschaftsbewegung in Stadt und Land bedarf. Nicht minder wichtig ist es die während des Krieges verlorene Position auf dem Weltmarkt wiederzugewinnen und die erheblich höheren Steuerlasten so auf die tragfähigsten Schultern zu legen, daß sie am wenigsten drücken. Eine unerläßliche Voraussetzung der Lösung dieser Aufgaben ist die Einstellung der Volkswirtschaft auf die denkbar rationalste Form. Sowohl in der Gütererzeugung wie in der Güterverteilung muß mit jeder unrationellen Betriebsweise gebrochen werden. Den Luxus ein Heer wirtschaftlich überflüssiger Zwischenglieder zu ernähren kann sich die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege nicht mehr leisten. In der Linie des Bestrebens zu den rationellsten Formen des Wirtschaftslebens zu gelangen liegt auch die Anknüpfung direkter Geschäftsbeziehungen zwischen den Konsumgenossenschaften und den landwirtschaftlichen Produzentengenossenschaften.«

versammlung ab. Die Versammlung hat keine sonderliche Debatte gebracht; man war eben einig. Bedeutungsvoll war die Tagung doch. Die Behörden haben ihr volle Aufmerksamkeit gezollt. Im Namen der Stadtverwaltung erklärte Rechtsrat Merkel, daß die Stadt bei der Organisation der Lebensmittelversorgung durch den Konsumverein wertvollste Hilfe erfahren habe. Auch das Generalkommando war vertreten. Noch mehr verdient hervorgehoben zu werden, daß auch der Allgemeine Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, von dem der Zentralverband sich 1902 in Kreuznach getrennt hatte, sich diesmal vertreten ließ. Verbandsdirektor Neufeld sprach seine Genugtuung darüber aus, daß man sich wiedergefunden hätte.

Das Wesentlichste an der Tagung war ein Referat Heinrich Kaufmanns, das einesteils berechtigte Kritik an dem von oben organisierten Kriegssozialismus übte und dessen schleunige Ersetzung durch eine Organisation der Volkswirtschaft von unten auf forderte, andererseits die großen Aufgaben schilderte, die die Konsumvereine nach dem Krieg zu lösen hätten. Die Kapitalkraft der Konsumvereine müsse mit aller Macht gesteigert werden, auch durch Erhöhung der Anteile auf 50 bis 60 Mark, damit die Bäckereien in jeder Beziehung ausgebaut und Schlächtereien mit Abfallverwertung eingerichtet werden könnten. Schrotmühlen seien wegen der Kleinhaußsiedelung in Zukunft noch mehr nötig. Die Milchversorgung müsse vielleicht mit den Gemeinden gemeinsam in Angriff genommen werden. Landwirtschaftlicher Besitz, Gemüsebau sei anzustreben. Für die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft werden vorläufig 35 Millionen Mark neu erforderlich, aber auch die Eigenproduktion für Bezirke sei vielfach möglich und erwünscht, Bezirkskonsumvereine auch deshalb nützlich. Das Versicherungswesen sei von den Konsumvereinen noch mehr zu fördern, besonders auch in Gestalt der Volksfürsorge. Auch eine Genossenschaftsbank ist geplant.

Daß also die Leitung es an Großzügigkeit in ihren Bestrebungen nicht fehlen läßt, ist klar. Die Masse muß nur dafür Verständnis haben. Das zu schaffen war auch das Ziel des Referats Adolf Rupperts über das genossenschaftliche Fortbildungswesen, das leistungsfähige Beamte und Angestellte sowie einsichtsvolle Aufsichtsräte schaffen, aber auch den Mitgliedern ein wirkliches Verständ-

Deutscher Konsumgenossenschaftstag 1917  
Der Zentralverband deutscher Konsumvereine  
hielt am 18. und 19. Juni  
in Nürnberg seine 14. ordentliche Haupt-

nis für die Aufgaben der Konsumgenossenschaft erschließen soll.

Sehr lebhaft wurde von mehreren Seiten darüber geklagt, daß die Gemeinden den Konsumvereinen nicht überall dasjenige Entgegenkommen bezeigen, auf das sie Anspruch haben und das ihnen die höheren Behörden auch zugestehen. August Müller erklärte in seinem Referat über die Kriegsmaßnahmen nachdrücklich, er mache sein Verbleiben im Kriegsernährungsamt davon abhängig, daß auch die unteren Behörden das ausführen, was die höheren Behörden den Konsumvereinen gegenüber anordnen. Nach dem Krieg werden die Mitglieder selber vermutlich den nötigen Druck im Sinn der Gerechtigkeit ausüben.

Im Anschluß an die Tagung des Zentralverbands fanden am 20. Juni die Generalversammlungen der Großeinkaufsgesellschaft und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt. Der Jahresbericht der Großeinkaufsgesellschaft kommt zu dem Schluß, daß die Lage trotz ihrer nicht ganz gleichmäßigen Gestaltung doch ein besseres Bild ergebe als man erwarten konnte. Der Warenumsatz betrug 133 896 000 Mark, gegen 152 858 000 Mark im Vorjahr, also 18 962 000 Mark weniger, das sind 12,41 %. Im Berichtsjahr wurden ein neues Lager in Breslau und eine Gewürzmühle in Hamburg eröffnet. Der Gesamtumsatz der Eigenbetriebe belief sich auf 29 018 064,38 Mark. Der Erhöhung des Stammkapitals auf 4 Millionen Mark wurde zugestimmt. Die satzungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Das geschäftliche Ergebnis der Verlagsgesellschaft wurde als zufriedenstellend bezeichnet.

**Besteuerung** Bekanntlich war im Jahr 1911 in Hamburg von der Bürgerschaft eine neue Konsumvereinsbesteuerung eingeführt worden, die 8 % vom Umsatz als fingiertes Einkommen annahm und davon die Einkommensteuer erhob. Dadurch sah sich die Produktion plötzlich vor eine ungeheure Steuerleistung vom Umsatz gestellt. Um die Steuer zu umgehen, ein Tun, das das Landgericht hernach als durchaus berechtigt und begründet erklärte, wurde eine Gesellschaft Produktion in das Handelsregister eingetragen, zu der die Genossenschaft in das Verhältnis eines Markenkonsumvereins trat, indem die Gesellschaft den Mitgliedern der Genossenschaft einen Rabatt bewilligte, wodurch

die Genossenschaft aufhörte ein Verein nach dem Sinn des hamburgischen Steuergesetzes zu sein (siehe diese Rundschau, 1911 III, Seite 1424 f.). Während für die Steuer des Jahres 1911 die Produktion ihren Steuerprozeß verlor, hat sie in einem neuen Prozeß, den sie für die Steuer der Jahre 1912 bis 1915 anstrengte, in beiden Instanzen und endgültig gewonnen. Der hamburgische Staat ist verurteilt worden seine unbegründete Steuerforderung von 356 548,80 Mark fallen zu lassen respective die schon gezahlte Steuer wieder zurückzahlen. Die Rechtsentscheidung läuft darauf hinaus, daß die Genossenschaft Produktion ein Verein sei, der es unternehme mit Lieferanten zugunsten seiner Mitglieder Rabattverträge abzuschließen. Solche Vereine zu besteuern sei aber weder die Absicht gewesen, noch sei der Wortlaut des Gesetzes so, daß er solche Auslegung zulasse. Das Urteil des Landgerichts vom 24. Oktober 1916 ist nunmehr durch das Urteil des Oberlandesgerichts vom 27. April 1917 bestätigt worden. Die Gesellschaft Produktion sei ein ganz selbständiges Unternehmen, das im größten Stil seine Waren an die gesamte Bevölkerung absetze, während die Genossenschaft Produktion sich darauf beschränke ihren Mitgliedern bei der Gesellschaft einen besondern Rabatt zu verschaffen. Die Gesellschaft Produktion ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit einem Stammkapital von 100 000 Mark. Hiervon übernahm bei der Gründung die Genossenschaft Produktion einen Geschäftsanteil von 98 000 Mark, und ein Vorstandsmitglied einen solchen von 2000 Mark. Als Geschäftsführer der Gesellschaft wurden die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft bestellt. Dem Aufsichtsrat und dem Mitgliederausschuß sind Kontrollbefugnisse bei der Gesellschaft eingeräumt worden. Den Kaufpreis für den Handelsbetrieb hat die Genossenschaft der Gesellschaft gestundet.

**urze Chronik** Der Sekretär der russischen Genossenschaften Schischkin in Moskau hat an den schwedischen Genossenschaftsverband ein Telegramm gerichtet, durch das er die schleunige Abhaltung einer internationalen Genossenschaftskonferenz empfiehlt, um die Beendigung des Krieges populärer zu machen. Er erhält die Antwort, das sei Sache des Genossenschaftsbundes in London. An diesen wandte sich in der gleichen Absicht der Verband der ungarischen Genossen-



schaften:  $\diamond$  Eine neue Großeinkaufsgesellschaft für Deutschland ist mit 100 000 Mark Grundkapital von Pastor Richter in Königswalde in Sachsen gegründet worden. Sie bezweckt »möglichst direkte Vermittlung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aller Art zwischen Erzeugern und den den minderbemittelten Volksklassen angehörenden Verbrauchern durch Handelsgeschäfte, die nicht von dem Grundsatz höchste Gewinne zu erzielen sondern vielmehr den Verbrauchern beste und billigste Ware zu liefern bestimmt werden«. Ich dünkte, solche Großeinkaufsgesellschaft gäbe es schon. Die Kleinhändler und Grossisten werden finden, Herr Pastor Richter wolle den Teufel durch Beelzebub austreiben.  $\diamond$  Die Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken hat am 8. Mai 1 Million Mark für Arbeiterwohlfahrt zurückgestellt. Man will davon einen großen Fabrikkonsumverein gründen. Wenn die Arbeiter selber den Konsumverein gründen, ist es besser.  $\diamond$  Der Sekretär des Verbandes reicher Bergarbeiter Niederschlesiens Fichtner hat die Behauptung, in der Volksfürsorge würden politische Demagogen besoldet, zurücknehmen und die Kosten des Verfahren tragen müssen.  $\diamond$  Die schwedische Schwestergesellschaft der deutschen Volksfürsorge, Folket, nahm im Jahr 1916 18 300 neue Anträge mit einer Versicherungssumme von 16 800 000 Kronen auf.  $\diamond$  Der Verband der französischen Konsumvereine versandte 50 Fragebögen zwecks Feststellung der Lebensmittelpreise. 15 Vereine sandten die Fragebogen zurück, 6 waren nicht verwendbar; nur 5 enthielten Antworten auf alle Fragen.  $\diamond$  Der Verband schweizerischer Konsumvereine gibt täglich im Durchschnitt 27 770 Exemplare seiner Preßorgane heraus, im Jahr 8 331 030.  $\diamond$  Dem polnischen Konsumvereinsverband in Warschau gehören 285 Vereine an, 259 Vereine in Polen stehen noch außerhalb des Verbandes.  $\diamond$  Die Mitgliederzahl des Konsumvereins Stockholm stieg im Jahr 1916 von 612 auf 4461 Personen. Ein kräftiger Sprung.

## WISSENSCHAFT

Rechtswissenschaft / Hugo Heineemann

Einheitsbestrebungen

Die Bestrebungen nach einem einheitlichen mitteleuropäischen Strafrecht

werden in der juristischen Literatur lebhaft erörtert. Es liegt eine ganze Reihe

von Schriften zu diesem Thema vor, die sich zumeist in Allgemeinheiten und Schlagworten ergehen, ohne das Problem sachlich zu fördern. Um zu verhindern, daß die Phraseologie überwuchere und die wissenschaftliche Diskussion beherrsche, hat der Geschäftsführende Ausschuß der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentags, verstärkt durch auswärtige Mitglieder der Deputation, darunter den ersten Juristen Österreichs, den früheren Justizminister Franz Klein, den Beschluß gefaßt für den Juristentag Gutachten von je einem Richter, Anwalt und Rechtslehrer der zunächst beteiligten Staaten einzuholen. Praktischen Erfolg werden die Erörterungen nicht haben, und einen gesetzgeberischen Niederschlag werden sie für absehbarer Zeit nicht finden. Österreich, die Schweiz und Deutschland bemühen sich seit Dezennien ihr Landesstrafrecht zu reformieren, ohne einen Abschluß erzielt zu haben. Was insbesondere Deutschland betrifft, so werden die vor dem Krieg mit größter Mühe ausgearbeiteten Entwürfe durchweg zum alten Eisen wandern. Die Anschauungen, die namentlich den von der offiziellen Kommission veröffentlichten Entwurf beherrschen, sind in ihrer Rückständigkeit und Lebensfremdheit durch den Krieg vielfach so schlagend widerlegt worden, daß an eine Wiedervorlegung oder gar Annahme dieses wohl unerfreulichsten Gesetzgebungswerks der letzten Jahrzehnte nicht zu denken ist. Erwägt man aber, wie schwer es ist ein einheitliches Strafrecht für einen einzigen Staat zu schaffen, so wird man alle Versuche gar ein einheitliches mitteleuropäisches Strafrecht ins Werk zu setzen als praktisch aussichtslos erachten müssen. Aber auch andere innere Gründe sprechen dagegen. Wilhelm Kahl hat mit gewohnter Klarheit in der Deutschen Strafrechtszeitung hervorgehoben, daß die »Höhenstimmung der Kriegszeit und des politischen Einheitsbewußtseins« nicht ausreiche, »um ein so nüchternes und gedankenschweres Rechtswerk zu Ende zu bringen«. Das Verhältnis der Staaten reguliert sich durch die Stärke der Einheit oder Verschiedenheit der Interessen. Das Strafrecht ist, anders als Wirtschafts- und Verkehrsrecht, der für internationale Rechtsgemeinschaft am wenigsten geeignete und fügsame Stoff. Wenig aussichtsvoll erscheint insbesondere die Verständigung bei den rein politischen Tatbeständen, bei den sozialpolitisch gefärbten oder gegen einzelne

Teile der Staatsverwaltung gerichteten strafbaren Handlungen, bei vielen gemeingefährlichen Verbrechen, bei Sittlichkeits-, Religions- und Eidesdelikten. Diese Gründe sind durchschlagend. Dagegen ist ein weiteres von Kahl geltend gemachtes Argument nicht beweiskräftig. Kahl meint: Der Zentralnerv des deutschen Entwurfs sei die Frage nach der Grenze des richterlichen Ermessens. Dieser Grundsatz berühre alle Einzelteile des deutschen Entwurfs. Von vielen anderen abgesehen, äußere er sich namentlich in dem System der besonders schweren und besonders leichten Fälle, von denen die ersten eine dem Leben entfremdete Kasuistik ersetzen, während die anderen mit der Vollmacht des freien richterlichen Milderungsrechts und nötigenfalls des Absehens von Strafe die so häufig hervortretende tiefe Kluft zwischen formaler Rechtsprechung und natürlichem Volksbewußtsein zu schließen berufen seien. Zum deutschen Richterstand könne man das Vertrauen haben, daß er dieser Freiheit Meister werde. Es sei zu befürchten, daß das österreichische System des festumschriebenen Milderungsrechts ein trennendes Hindernis der Strafrechtseinheit bilden würde. Nachdem Jahre mühevoller und hingebender Vorarbeit abgeschlossen seien, erscheine Nachgeben als politisches Opfer, was der Sache nicht zugute komme. Gegen diese Ausführungen ist einzuwenden, daß das künftige deutsche Strafrecht schwerlich den von dem Vorentwurf eingeschlagenen Weg gehen und dessen Grundsätze von einem ausgedehnten freien richterlichen Ermessen für das Strafrecht befolgen wird. Auf dem festen Boden klar begrenzter Begriffsbestimmungen im Strafrecht ruht die Freiheit des Volkes, das mit gebundenen Händen dem Verantwortlichkeitsgefühl der Behörden ausgeliefert wäre, wenn nicht der präzise und unzweideutig zum Ausdruck gebrachte gesetzgeberische Wille die Schranken zwischen Recht und Unrecht mit größtmöglicher Genauigkeit zieht. Vor dem Krieg allerdings standen wir im Begriff die scharfe Trennung von gesetzgebender und richterlicher Gewalt preiszugeben. Der leidenschaftliche politische Kampf, der Wunsch mittels unbestimmter, kautschukartiger Strafgesetze den politischen Gegner treffen zu können ließ den hohen Wert dieser Trennung vergessen. Die Erfahrungen des Krieges werden einem Weiterwandeln auf diesem Weg entgegenstehen. Unser geltendes Strafrecht mit seinen scharf abgegrenzten

Tatbeständen ist den Kunststücken, die alle die modernen deutschen Strafgesetze und Gegenentwürfe machen, vorzuziehen. Mit Vertrauen oder Mißtrauen gegen den Richter hat die Frage gar nichts zu tun. Die Wendung Kahls, zum deutschen Richter könne man das Vertrauen haben, daß er der Freiheit Meister werde, muß als inhaltlos ausscheiden. Der österreichische Richter genießt in Österreich genau die gleiche geachtete Stellung wie der deutsche Richter in Deutschland. Und doch will Österreich, wie Kahl selbst hervorhebt, von dem diskretionären richterlichen Ermessen nichts wissen. Und das selbe gilt von allen anderen der uns heute verbündeten und der feindlichen Kulturstaaten. Jeder dieser Staaten würde einen Angriff gegen die Integrität und Charakterfestigkeit seines Richterstands als Beleidigung zurückweisen und sich verbitten diesen geringer als den deutschen Richterstand einzuschätzen. In wissenschaftlichen Erörterungen sollte man derartige Wendungen unbedingt unterlassen.

**Jugendrecht** Der Wirkliche Geheime Admiralitätsrat Paul Felisch fordert in einer außerordentlich interessanten Schrift (Ein deutsches Jugendgesetz /Berlin, Mittler/), es solle ein Jugendgesetz geschaffen werden, das heißt ein Gesetzbuch, das lückenlos das gesamte öffentliche und bürgerliche Recht der Jugend einschließlich aller Verfahrensarten und Vollzugsmaßnahmen, auch derer der Verwaltungsbehörden, regelt. Ein solches Gesetzbuch ist noch nirgends in der Welt vorhanden. Der zurzeit in weiten Kreisen erklingende Ruf nach einem einheitlichen Jugendgesetz ist nur die Wiederholung von Gedanken, die bereits vor dem Krieg ihren Ausdruck gefunden hatten. Das jetzige große Völkerringen hat an sich wenig neue Verhältnisse geschaffen, die als solche einen Eingriff der Gesetzgebung erforderten. Es hat nur die längst vorhandenen Schäden allen denen klargelegt, die vorher die Augen dagegen verschlossen hatten. In formeller Beziehung ist eine Zusammenfassung der unzähligen Einzelheiten notwendig. Die heutige Zersplitterung des Gesetzgebungswerks bedingt mit Notwendigkeit seine Unvollständigkeit, seine Unübersichtlichkeit und den Mangel an durchgreifenden Leitsätzen für alle einzelnen Teile dieser vielfachen Regelungen, die schließlich gar nichts anderes als Flickwerk sein können. Aber auch sachliche Erfordernisse für ein deutsches

Jugendgesetz liegen überreichlich vor. Dabei stellt Felisch folgende Leitsätze als Richtlinien auf:

1. Das Kind ist ein anderes Wesen als der Erwachsene. Deshalb bedarf die Jugend eines andern Rechts.
2. Das Jugendproblem ist die Frage der Umbildung des Naturmenschen in einen Kulturträger.
3. Das Kind hat einen öffentlichrechtlichen Anspruch auf Erziehung. Unsere verschiedenen Arten der Zwangserziehung stellen freilich den Schutz der Gesellschaft gegen das Heranwachsen unsozialer Elemente voran. Aber auch bei ihnen wird nicht verkannt, daß es wider die Sittenpflicht wäre einen Minderjährigen untergehen zu lassen.
4. Die Jugendfrage hat einen universellen Charakter, und dieser kann, solange das Gesetzgebungswerk zersplittert bleibt, nicht gebührend gewürdigt werden. Man hat die ganze Jugendgesetzgebungsfrage bisher viel zu sehr unter dem strafrechtlichen Gesichtspunkt erörtert und nicht genügend Gewicht auf die wirtschaftliche Seite der Frage gelegt. Dadurch ist der organische Zusammenhang der ganzen Jugendfürsorge mit der Gesamtpolitik des Reiches, mit der auf die eigentliche Volkswohlfahrt gerichteten Gesetzgebungspolitik, arg vernachlässigt worden. Notwendig ist die Erziehung der Erzieher, die Heranbildung der Mütter, die Stärkung der im Daseinskampf erwerbenden Väter und ihre verständnisvolle Heranziehung zu den großen Aufgaben der Zukunft in den rechten Zusammenhang zu stellen. Das beste Mittel ein Kind zu bessern ist das: seine Umgebung zu verbessern. Die Sondergesetze gegen Ausbeutung, gegen Mißhandlung, gegen Lehrlingszüchtereier oder für den Fortbildungsschulzwang nützen, von dieser Warte aus gesehen, nichts Wesentliches, weil sie nicht der Gesamtheit aller vorgedachten Beziehungen nachgehen und immer wieder nur ein Einzelstück, sei es wirtschaftlicher, sittlicher, erzieherischer, strafrechtlicher oder sonstiger Art, ins Auge fassen. Nur bei einem Blick auf die Gesamtzusammenhänge aber kann ein aus den tiefsten Gründen schürfendes Jugendgesetz einen Fortschritt der Menschheit herbeiführen.
5. Ziel der gesetzgeberischen Arbeit muß eine auf dem Grundsatz der Freiheit beruhende Erziehung zur selbstverantwortlichen Persönlichkeit sein. Das Jugendgesetz wird sich nach 4 Richtungen zu erstrecken haben: Maßnahmen zugunsten der Jugend, solche zugunsten

der bürgerlichen Gesellschaft gegen gewisse Jugendliche, wirtschaftliche Maßnahmen und Eingliederung der Fürsorgetätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Bei den Maßnahmen zugunsten der Jugend unterscheidet Felisch: Vorbeugung, Schutzeroziehung, Ersatzerziehung, Arbeit, Regelung von Einzelheiten im Leben der Jugendlichen, Eingriffe in die Rechte der Gewalthaber, Schaffung von Jugendfürsorgeämtern usw. Die Maßnahmen müssen verschieden sein für das Kleinkinderalter, das Kindesalter und die Schulentlassenen. Bei den Fragen der Erziehung und der Ersatzerziehung ist ein Eingehen auf die Schulfrage unerlässlich. Die Regelung des gesamten Erziehungswerks muß der Zuständigkeit des Reiches überwiesen werden, in dem Sinn, daß das Reich Mindestforderungen aufstellt. Die Ersatzerziehung muß ebenfalls aus der Vielheit der landesgesetzlichen Vorschriften zu einer Einheit in den Grundlinien geführt werden. Die Frage der Arbeit der Jugendlichen führt zu einer Regelung der Erwerbsfrage, insbesondere der Kinderarbeit und der Arbeitsermittlung und -vermittlung für Jugendliche. Hierher gehört auch die Unterdrückung der Lehrlingszüchtereier. Was die Maßnahmen der bürgerlichen Gesellschaft gegen gewisse Jugendliche anlangt, so kommt unter andern die Regelung des Jugendstrafrechts, des Jugendstrafverfahrens, insbesondere die Regelung der Jugendgerichte in Betracht, sowie der Strafvollzug gegen Jugendliche.

Das Wichtigste sind die wirtschaftlichen Maßnahmen, weil sie imstande sind die vorhandene Quelle der Schädlichkeiten am erfolgreichsten einzudämmen. Und doch wird gerade hier der Gesetzgeber häuslicher umgehen müssen. Es ist nicht so sehr seine Aufgabe Gesundes selbst zu schaffen als vielmehr die Möglichkeit zur Erhaltung des wirtschaftlichen Vorteilhaften zu bieten und Hemmendes zu beseitigen. Wohnungsfürsorge und Einschreiten gegen das Schlafstellenunwesen stehen in erster Linie. Die Eingliederung der Fürsorgetätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft in die gleichartige Arbeit der Behörden und anderen Stellen muß nach großen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Eine planmäßige Verbindung des Wirkens der Berufskräfte und der freiwilligen Helfer ist geboten. Die gesamte öffentliche Jugendfürsorge und Jugendpflege muß an einer Stelle vereinigt sein. Hierfür bieten sich die Jugendämter von selbst dar. Sie müssen als kommunale

Einrichtung die Zentralstellen und Brennpunkte dieser gesamten Tätigkeit werden.

Hieran knüpft Felisch eine Betrachtung über die Stellung, die den politischen Parteien bei der Jugendfürsorge eingeräumt werden sollte. Die politischen Parteien haben ihre Daseinsberechtigung dadurch, daß jede von ihnen glaubt am besten dem Staatsganzen zu dienen. Deshalb sehen wir bei ihnen das Bestreben auftauchen auch die Jugendlichen in den Kreis ihrer eigenen Denkweise hineinzuziehen und zu Anhängern zu gewinnen. Dadurch tritt eine große Verwirrung in den jungen Seelen ein, die von ihnen möglichst lange ferngehalten werden sollte. Dringend erforderlich dagegen ist, daß unsere Jugend beider Geschlechter rechtzeitig erkennen lernt, wie das Gebilde des Reichs und seiner Einzelstaaten sich aufbaut und in einander greift, welche Bürgerpflichten der einzelne hat, und wie es eine Bürger-tugend ist selbst den Staatsorganismus sowohl wie die Selbstverwaltung kennen zu lernen und dereinst durch eigene Tätigkeit zu fördern. Allein, wenn das heranwachsende Geschlecht sich in das Studium dieser Verhältnisse versenkt, soll ihm keine Parteibrille aufgesetzt werden. Die Reichsgesetzgebung ihrerseits darf nichts tun, was die hiervon abweichenden Bestrebungen der einzelnen politischen Parteien fördern könnte, und darf noch weniger Handlanger irgendwelcher politischer Bestrebungen nach dieser Richtung werden.

Sollten Bundesrat und Reichstag davor zurückschrecken die Riesenaufgabe eines einheitlichen Jugendgesetzes sofort in Angriff zu nehmen, so müßte mindestens ein solches über die schulentlassene Jugend als Notgesetz und Abschlagszahlung sofort geschaffen werden.

Zum Schluß beschäftigt sich Felisch mit den Folgen des Krieges. Er hebt dabei hervor, es sei nicht gerade ermutigend, daß die bürgerliche Gewalt vor dem Krieg nicht vermocht hat die Hoffnungen zu erfüllen, die Erzieher und sonstige Freunde der Kinderwelt mit Recht hegen durften. Es sei demgegenüber fast eine Laune der Weltgeschichte, daß das Belagerungsgesetz, dessen Herrschaft von jeher als etwas Schreckliches erschien, die Militärbefehlshaber veranlaßt hat für das Volkwohl zu sorgen und gerade für die Jugend Besserung vieler Schäden zum Teil mit überraschendster Einsicht und Umsicht herbeizuführen. Auf diese Weise ist vieles geschehen, was nach Aufhebung des Belagerungszustands nicht

wieder verschwinden darf. Was den Sparzwang anlangt, so ist über ihn das Urteil zu fällen, daß er sich wirtschaftlich glänzend bewährt hat, daß es aber noch dahinsteht, ob in erzieherischer Hinsicht die guten Folgen die minder guten überwiegen.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht an der Frage vorübergehen, ob es sich empfiehlt die militärische Vorbereitung der heranwachsenden männlichen Jugend durch gesetzgeberische Maßnahmen zwangsweise zu unterstützen. Die Frage ist zu verneinen. Es wäre grausame Ironie der Weltgeschichte, wenn dieser Krieg, der von unseren Gegnern angeblich geführt wird, um den deutschen Militarismus niederzukämpfen, letzten Endes dazu führen würde, daß dieser Militarismus erst künstlich gezüchtet würde.

Diese Gedanken werden von Felisch im einzelnen ausgeführt, und zwar so knapp und präzise, daß man das Buch abschreiben müßte, wollte man die Gesichtspunkte, die es andeutet, vollständig wiedergeben. Ich habe kaum je ein anregenderes, überzeugenderes und mehr von ethischem Feuer durchglühtes Buch gelesen als dieses hier. Da alle Neuwertungen rechtlicher, sozialer, politischer und kultureller Art ohne die feste Grundlage der Lösung des Jugendproblems auf die Dauer Flickwerk bleiben müssen, wird das Buch aus der Literatur nicht wieder verschwinden dürfen.

Kurze Chronik Am 16. Mai starb in Leipzig Rudolf Sohm, fast 76 Jahre alt. Er war einer

der vielseitigsten Juristen der Gegenwart, dabei von glänzender Begabung als Darsteller. Er hat an der Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuchs mitgearbeitet, war auch politisch tätig (als Mitgründer der nationalsozialen Partei). ◊ Die Aussetzung der Strafvollstreckung auf eine bestimmte Zeit, die sogenannte bedingte Begnadigung, um den Verurteilten zu guter Führung zu veranlassen, hat sich sehr bewährt. In Preußen ist die Vergünstigung seit ihrer Einführung bis Ende 1915, also in 20 Jahren, etwa 220 000 Personen gewährt worden. Mehr als 73 % der Verurteilten haben sich tadellos geführt, so daß die definitive Begnadigung eingetreten ist. ◊ Das Kriegswucheraamt ist bisher in etwa 24 000 Fällen in Tätigkeit getreten. Es wird als Gutachter von Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Preisprüfungsstellen in Anspruch genommen. ◊ Der Senatspräsident am Ober-

verwaltungsgericht Max Schultzenstein hat sein 70. Lebensjahr vollendet. Er gehört zu den fruchtbarsten juristischen Schriftstellern. Seine Bücher übersteigen die Zahl 150. Grundbuchrecht, Erbrecht, Vormundschaftsrecht, Wege- recht, Zivilprozeß, Zwangsvollstreckung, Verwaltungsrecht, Verwaltungsstreitverfahren sind die Gebiete, die die Schriften behandeln. Daneben hat er bei der Herausgabe der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, beim Verwaltungsarchiv sowie bei der Zeitschrift für Zivilprozeß leitend mitgewirkt.

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Schwarzweiß-  
kunst** 20 Jahre etwa ist die Berliner Sezession alt, und schon sind die damals

Ausgeschiedenen jetzt die Alten, und sie haben sehen müssen, wie der vorwärtsdrängende Geist der Entwicklung zu einer andern Generation hinübergesprungen ist. Hier in dieser Ausstellung ist es ganz besonders merklich, wie weit ihre Welten auseinanderliegen. Natürlich kann mit einer solchen Konstatierung keinerlei Wertung zusammenhängen; denn in nicht langer Zeit wird das Neuerworbene der Jungen auch zum festen Besitz und damit in unseren Händen tot sein. Bis jetzt war fast jedes der Dinge noch ein Abgerungenes, mit Schweiß Gesuchtes, und der neue Gesichtswinkel, unter dem die Welt sich zeigte, gab auch ein neues Welt- und Körpergefühl, ähnlich wie ein scharfer Luftwechsel alle Körperfunktionen in ein neues Tempo bringt. Dieser Vorsprung, den das Neue damit hat, ist eine gesunde und lebendige Reaktion. Hier, auf der Ausstellung dieses Jahres, ist allerdings der Kampf mit ungleichen Waffen geführt worden. Denn die Alten sind nicht gut vertreten; sie fallen durch eine sehr unangenehme Stabilität auf. Arbeiten von Ernst Oppler, vor allem auch von Hermann Struck sind wie der Bodensatz vom Impressionismus, nachdem sein Esprit und seine Lebendigkeit längst verfliegen sind. Am meisten Verbindung zu den jetzigen hat wohl Lovis Corinth, dessen Bilder immer noch eine jugendliche Kraft in der Empfindung haben; oft sind sie roh und plump, aber immer ist in dem, was er gibt, etwas von Leben, ein Stück von ihm selbst; nur in seiner Landschaftsstudie ist das selbe kalte Modellverhältnis, wie etwa bei Struck. Daneben nun die Jungen. Sie haben

in ihren Bildern die äußere Modellarbeit mit mehr oder weniger Recht hinter sich gelassen und schaffen mit ungleich größerer Freiheit und in engerem Zusammenhang mit der Konzeption. Bei den Alten war als Ausgangspunkt natürlich auch eine durchaus lebendige künstlerische Konzeption, die dann aber durch die vielen Zwischenstadien der Modellstudien immer mehr verwässerte, während die Jungen offenbar auch in ihren Arbeiten nach der Natur ihre innere Idee als einzige Richtschnur gelten lassen wollen und an dieser wurzelhaften Idee immer wieder arbeiten bis zu ihrer Gestaltung. Ihr ausgereiftestes Bild ist wohl der Mädchenkopf von Benno Krauskopf. Er ist ehrlich und einfach, und was so besonders erfreut: er hat nichts Übernommenes an sich sondern ist selbstgewachsen und in gewissem Sinn deutsch. Das ist überhaupt ein Wesentliches einer kleinen Gruppe der Jungen, daß man etwas Nationales zu fühlen glaubt, das aber von aller Mache frei ist; ich denke an die vorjährigen großen Bilder von Jäckel wie auch jetzt an dieses Porträt Krauskopfs. Es zeigt ein besonders starkes, wesentliches und direktes Verhältnis zum Objekt, in das sich keine Stilisierung zwischengeschoben hat, die immer eine gewisse Distanz bedingt. Und dabei doch so fern von dem üblichen Naturalismus. Vielleicht darum, weil die Augen bei der Arbeit sich nicht auf dieses und jenes beim Modell richteten sondern auf den Menschen selbst, woraus sich eine grundverschiedene Art der Darstellung ergeben mußte. Diese Sezession gibt als Schwarzweißausstellung natürlich in erster Reihe erzählende Kunst, zum Teil in freien Kompositionen zum Teil auch in Illustrationen. Auf dem ganzen Gebiet einer solchen fabulierenden Kunst hat ein wunderschönes, buntes Wachstum begonnen. Die verschiedensten Physiognomien zeigen sich und lassen ihre Absonderlichkeiten und Phantastereien vor uns spielen. Georg Roegner macht sehr reizende Schnurren voller Witz und dabei mit behaglicher Heiterkeit. Max Schenke gibt Spuk wie Hoffmann. Wilhelm Kohlhoff und Gino Finetti fallen auf. Dann Magnus Zeller mit mehreren sehr merkwürdigen Blättern. Eine Opernprobe auf der Bühne, alles in zackiger, leidenschaftlicher und dabei theaterhafter Bewegung; ein anderes, Die Peripherie der Großstadt: ein Liebespaar auf der Bank und ein Mann, der sich erschießt. Es steckt eine gewisse Galle und Unerbitt-

lichkeit in Zellers Humor, auch in seiner spitzen und klaren Zeichenart. Ein sehr hübscher Illustrator ist auch Paul Scheurich. Er sieht die Welt in verliebtem Licht und hat reichlich Muße seine possierlichen Phantasieen in einer minutiösen und punktierten Technik auszuspinnen, mit allerhand Zierrat versehen. Mehr als dieser bedeutet mir aber Jakob Steinhardt mit den Schilderungen der polnischen Juden. Einmal sind es einzelne Köpfe, dann mehrere im Gebet bei Kerzen oder auf der Straße, mit den engen Giebeln über sich, alles mit dem unruhigen und suchenden Ausdruck im Gesicht; man fühlt den menschlichen Zusammenhang mit dem Gemalten und fühlt, daß Steinhardt etwas ganz Bestimmtes zu sagen hat und sagen muß. Im übrigen auch manches Interessante.

**Miniaturen** Im Vorraum der Berliner Sezession ist eine kleine Sammlung von Miniaturen ausgestellt. Sie umfaßt etwa 80 Blätter, vom 8. bis zum 15. Jahrhundert. Es sind Bilder und verzierte Initialen aus Andachtsbüchern. Die 3 frühesten Blätter sind wohl nur als Ausläufer der Antike anzusehen. Sie haben weder in der Technik noch in der Auffassung ein eigenes, für Buchillustration bestimmtes Gepräge. Sie erinnern an die sehr späten griechischen Malereien, sind gewandt, ziemlich stark modelliert und ohne Härte, und die Einfachheit, die sie in den leeren Flächen zeigen, ist mehr dekorativ empfunden als aus inneren Zusammenhängen herausgewachsen. Kaum eine Verbindung führt hinüber zu den deutschen Blättern aus dem 11. bis 13. Jahrhundert. Sie sind bei weitem die schönsten und in gewissem Sinn die reinsten. Die Farbe ist kräftig, die Linien sind hart und sehr bestimmt, und die Figuren in klaren Flächen von einander getrennt. Nirgends ist eine Modellierung in die Tiefe hinein. Diese Zeit gibt wohl das klarste Beispiel für das, was der moderne Symbolismus zum Teil meint, für die Art von Betonung, auf die er ausgeht. Allerdings kann dabei wohl schwerlich die Naivetät, aus der heraus hier alles von selbst gewachsen ist, ausgeschaltet werden. Auf einem Titelbild ist auf einem untern Arabeskenrand Petrus gemalt, sitzend mit der Angelrute in der Hand, vor ihm ein kleiner Hügel und Wasserwellen, in denen ein Fisch schwimmt, und daneben ein Baum. Durch das Alleinstehen der wichtigen Dinge ist die Eindringlichkeit na-

türlich unendlich vergrößert. Meistens sind allerdings die Figuren durch einen Goldgrund oder durch ein Muster verbunden, das als eine durchgehende dahinterliegende Fläche gedacht ist. Wenn auch der Zierrat, der dann und wann angeknüpft ist, sich formal der Komposition der Figuren anpaßt, so sind diese doch immer getrennt behandelt und die Verzierungen durchaus nicht in der Konzeption als gleichwertig mitempfunden. Nicht wie in den späteren Blättern, in denen der selbe Empfindungsstrom Hauptfiguren und Beiwerk durchzieht und sie fast ineinander tauchen läßt. Das Thema selbst spricht hier in absoluter Einstimmigkeit. Die Parallele zur Musik spricht wohl am klarsten das Wesentliche jener Kunst aus. Keine Überleitungen von einer Tonika in die andere und von einem Formkomplex in den andern. Jene eingeflochtenen Arabesken haben für die Figuren nicht mehr Bedeutung als irgendeine beigefügte musikalische Verzierung. Alle jene Verbindungen, die den eigentlichen Sinn der Form oder Farbe irgendwie abbiegen, fallen fort. Man hört die eine erzählende Stimme, hört sie ihre Modulationen aufbauen wie zu ihrer eigenen Andacht, unbeeinflusst durch das Beiwerk rings umher. Die Farben sind rein, ohne Übergang in starke Konturen eingefärbt zur Abgrenzung gegen die Nachbarfarben. In den späteren Blättern aus der Renaissancezeit sind sie nicht mehr durch Konturen begrenzt sondern direkt neben einander, woraus sich allerdings Konzessionen gegen einander ergeben; hier muß eine Farbe sich dämpfen, dort anschwellen. Überall wird die Umwelt mitempfunden, als selbständige Welt, nicht als ein Ausdruck unseres Glaubens sondern außerhalb stehend als ein anderes. So werden Landschaften hinzugefügt, und wenn sie auch zu Anfang sich ornamental einzuordnen suchen, so werden sie mit der Zeit immer selbständiger, und die Schönheit eines Abendrots, eines Gesichts oder einer Felsgruppe spricht zu uns wie ein begleitendes Nebenmotiv, das die große Klarheit jener ersten Stimme verschleiert. Die Renaissance hat große und sehr erhabene Dinge der Welt vermacht. Aber diese Losbindung der Sinne für alle die verschiedenen Schönheiten der Welt ist doch ein böses Erbeil.

**Theaterdekorationen**

Unsere Generation der Alten kannte bis vor kurzem nur jene Art Dekorationen, wie sie aus der großen Oper stammt,

und konnte sie immer nur als ein durchaus unkünstlerisches Ingrediens zum Theater selbst empfinden. Sie war uns eine Art Panorama, eine unnatürliche Kreuzung zwischen gemaltem und wirklichem Raum und gemalten und wirklichen Dingen. Die Theaterkunst geht jetzt andere und neue Wege.

Durch die Ausstellung Ernst Sterns bei Neumann in Berlin angeregt, dessen Bühnenentwürfe das Interessanteste an ihr sind, nahm ich vor, was ich in der Bibliothek über alte Dekorationswiedergaben fand. Vor allem die von Bibiena, wohl dem berühmtesten Theatraler aus der Barockzeit, und von Schinkel, der die ersten Dekorationen zur Zauberflöte für die Berliner Oper lieferte. Die Distanz zu seiner Kunst ist inzwischen so groß geworden, daß man ihre künstlerischen Werte wieder frisch zu fühlen imstande ist. Die Raumwirkung, die sie mit ihren großangelegten Perspektiven hervorzuzaubern vermag, ist enorm, fast verwirrend. Bei Bibiena sind es meist mehrere Räume wie durcheinandergewürfelt, überreich, dabei in der Durchführung absolut streng und beherrscht. Überall fühlt man die Angelpunkte, um die die Räume aufgebaut sind, und meist sind auch zu ihrer Betonung die Schauspieler an diesen Punkten postiert. Bei Schinkel liegt auch das Hauptgewicht im Raum, aber er ist einheitlich und geschlossen geworden, und das in einer Klarheit und Sonnenhelle, daß er mit der Mozartschen Zauberflöte sich unmittelbar in uns verbindet. Der Raum ist weit und groß, und die Menschen, die verhältnismäßig klein in ihm umherwandeln dürfen, umspannt er mit herrlicher Klarheit. Auch wenn der Gefühlston romantisch wird, ist doch darum nie die Gestaltung je verschwommen und unklar. Der Hintergrund zu der Szene mit der Königin der Nacht zeigt einen Himmel, dessen Sterne in Reihen zum Zenit aufsteigen, wie die Rippen eines Kuppelgewölbes, und gerade durch diese Übersichtlichkeit fühlt man eine fabelhafte Größe und Weite.

Die Übelstände dieser Art Dekoration liegen auf der Hand. Die perspektivischen Kunstbauten Bibienas sind natürlich nur von einem Punkt des Zuschauerraums aus zu verstehen; für alle seitlich Sitzenden sind die Räume verschoben und falsch. Dazu kommt das Allerstößendste, die Divergenz zwischen dem gemalten Hintergrund und den halbwirklichen Seitendekorationen. Diesem, sonst am stärksten gefühlten Mangel trat der Naturalismus dadurch entgegen,

daß er den gemalten Hintergrund aufs äußerste einschränkte, wenn möglich ganz umging und dafür die Schauspieler mit allerhand Wirklichkeiten umgab. Die technischen Schwierigkeiten hierbei wie auch die Art der Stücke verlangten eine kleinere Bühne. Dieses beides verschob in erster Reihe ganz das Größenverhältnis des Schauspielers im Raum. Während vorher das Ziel auf eine Erweiterung des Raumes ausging, etwa gedacht als eine kleine, in sich geschlossene Weltkugel, deren Achse durch Zuschauerraum und Bühne geht, ist jetzt nur irgendein beliebiger Ausschnitt der Welt gegeben, und in diesem aufgelösten Raum liegt die Hauptbetonung auf dem Schauspieler. Mit dieser Tradition der Freien Bühne fing Reinhardt an. Der Stil wandelte sich bald zum Romantischen hinüber, der aber noch mit den Mitteln des Naturalismus arbeitet. In den Sommernachtstraumdekorationen Ernst Sterns lenkten allerhand wirkliche Bäume und die Zufälligkeiten von beweglichen tanzenden Lichtern von dem Gemalten ab. Der Sommernachtstraum bildet wohl die erste Etappe in der starken Entwicklung, die Stern allmählich zum Symbolistischen hin einschlug. Seine Art ist sehr kräftig, fast robust, sowohl in der Farbe als auch in dem Kontur seiner Formen. In der Grünen Flöte, wo ein Vergleich mit den chinesischen Vorbildern zu nahe liegt, sind die Silhouetten der Formen beinahe ein wenig roh geschnitten und nicht auf der Höhe der großen Schönheit, die sich aus dem Zusammenwirken von Schwarz und Gold ergab. Rundweg gut und sehr groß ist in meinen Augen der Danton gewesen. Hier, wo die kompakte und schwere Art Sterns hinpaßte, war die Wirkung ganz enorm. Große Senkrechte, durch Mauermassen gebildet, und schwere graue Säulen, neben denen die Menschen verschwinden, alles im amphitheatralischen Aufbau. Dazu fällt das Licht dunstig von oben in die Mitte schräg herein, so daß die Menschen davor wie vergrößerte Schatten stehen; in allem der selbe gesteigerte, schwere und bombastische Schwung. Die Mittel sind hier wieder durchaus naturalistisch gehalten, aber die Betonung geht ganz und gar ins Symbolistische hinüber. Das verschleierte Rot und viele Grau hat nicht nur malerische Zusammenhänge sondern weitere geistige. Aber der Symbolismus gibt sich hier in einer Form, die das Publikum nicht durch Prinzipienstrenge abstößt sondern ihm unmerklich und zwingend eingeht.

Radikaler und kühner ist Svend Gade in dem Theater in der Königgrätzer Straße beim Traumspiel gewesen. Und vor allem rein und schön im Klang, und dabei ganz neu war eine Frankfurter Aufführung des Gluckschen Orpheus mit Dekorationen von Ottomar Starke, die sich allerdings an die der Hellerauer Aufführung des 2. Aktes anlehnten. Sie schien mir die bisher beste Lösung dessen, was man von der neuen Theaterkunst erwartet. Und wieder hat hier im Gegensatz zum Naturalismus das Hauptgewicht das Gemalte, aber nicht als vorgetäuschte Wirklichkeit sondern nur in seinem Zusammenwirken von Farbe und Form. Strindbergs Traumspiel brachte vielleicht noch zu viel Dekoration. Am besten war wohl die Szene im Gerichtssaal, wo die Gruppe der Kläger wie ein zusammengeschweißter Klumpen behandelt war, ein Körper mit unzähligen Gesichtern, alle gleich und larvenhaft. Aber, wie gesagt, im ganzen ein Zuviel. Strindbergs Menschen denkt man sich ohne Milieu, fast auch ohne Hintergrund, mit großen, ungelenten und harten Konturen, wie etwa in Stein hineingeschrieben. Sehr oft spielen ja auch Dinge von außen bei Strindberg mit, aber dann mit ähnlichem bedeutungsvollen Gewicht wie die Menschen; zum Beispiel die Chaiselongue oder der Schaukelstuhl im Scheiterhaufen können nicht unter beliebigen anderen Möbeln gleichwertig stehen. Sie sind in die Handlung ähnlich verflochten wie zum Beispiel das Mädchen im Traumspiel, das die Ritzen im Haus zuklebt, und daher müssen sie auch für die Augen in dieser ganz bestimmt sprechenden Bedeutung gehalten werden.

Der Eindringlichkeit dieses Symbolismus ist natürlich am besten gedient, wenn möglichst wenig gegeben ist und die Augen nicht mit durcheinandergehenden Eindrücken in verschiedenen Richtungen gereizt werden. Viele der Stücke, besonders aus der mittlern Zeit, könnten vielleicht auf Farbe ganz verzichten und nur in Schwarz und Weiß gegeben sein. Übrigens hat Gordon Craigh wiederholt seine Ideen über die neuen Aufgaben der Theaterkunst in kleinen Büchern mitgeteilt. Sie stammen aus dem Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts, und Craigh ist wohl der erste, der die neuen Forderungen in ihrer ganzen Konsequenz gesehen hat. Da er selbst ganz innerhalb des Theaters aufgewachsen ist, sind auch seine Ideen da ganz wurzelnd und nicht aus Literatur oder allgemeiner Ästhetik entlehnt. Er

will ein Zusammenarbeiten von Wort, Bewegung und Bild, bei dem, alle drei gleichwertig, eines das andere unterstützt. Das Augenbild soll nicht in übertragendem Sinn den geistigen Gehalt geben sondern mit ihm innerlichst verwachsen sein, so wie etwa Rhythmus, Melodie und Klangfarben verwachsen sind; »to be natural nowadays is to be excentric«; Form und Farbe werden zusammengezogen, und dieser Extrakt zwingt dem Beschauer die Eindrücke mit der Kraft ein, die sonst nur etwa innere Gesichte haben. Gordon Craigh zeigt in seinen Büchern eine große Anzahl eigener Entwürfe zu Shakespeare, Ibsen, Shaw und mehreren in Deutschland unbekanntem Stücken. Sie sind durchweg geistvoll und, man muß annehmen, in der Bühnenwirkung sehr groß und wirksam, wenn sie auch hier in der Skizze oft in ihrer Art verschommen und ein wenig blutleer sind, wie so oft englische Zeichnungen.

Die ganze Bewegung ist jung, und die Aufgaben, die die Theaterkunst vor sich hat, sind ganz enorm groß und bedeutend. Wie weit sie aber ihre Methode auf die Dramen der verschiedenen Zeiten und Arten anwenden kann, ist mir ganz unklar. Ich sollte meinen, nur ein Teil könne durch eine solche Auslegung Gewinn haben. Die letz großen Dramatiker scheinen allerdings einer jeden Zeit ein neues und anderes Gesicht zeigen zu können, und jedesmal ist man erstaunt über die Fülle der Beziehungen, die sie mit jeder neuen Epoche zu knüpfen vermögen. Aber bei allen denen, die gebundener in ihrer Zeit gestanden haben, wie etwa Lessing und wohl auch Schiller, schiene mir eine derartige Einkleidung gewaltsam und den spezifischen Gehalt des Dramas verwischend.

**Kurze Chronik** Der Maler Artur Daehnwald fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz im Alter von 39 Jahren; er war bei Kriegsausbruch freiwillig in das Heer eingetreten. ◊ Ein bisher unbekanntes Bild Dürers Die heilige Familie ist von einer Berliner Privatsammlung angekauft worden, ◊ In Paris gastierte Diaghilew mit dem Russischen Ballett. Zu einer Wohltätigkeitsaufführung der eleganten Gesellschaft gaben sie ein Stück, dessen Dekorationen und Kostüme von Picasso entworfen waren. Sie bestanden aus von grauen Pappstücken geformten geometrischen Figuren. In dem Orchester wirkten als Instrumente 3 Schreibmaschinen mit. Das Stück



wurde ausgezischt.  $\diamond$  Die Bahlsensche Cakesfabrik hat den Entwurf für den Neubau ihrer gesamten Fabrikgebäude bei dem Bildhauer Hoetger bestellt. Seine Modelle und Entwürfe liegen in der Hannoverschen Frühjahrsausstellung aus. Der Bau wird erst nach Beendigung des Krieges unternommen. Es ist die selbe Fabrik, die Jäckel mit der Ausmalung ihres Arbeiteraufenthaltsraums betraut hatte (siehe diese Rundschau, 1916 III, Seite 1128 f.).  $\diamond$  Die Berliner Große Ausstellung stellt dieses Jahr zusammen mit den beiden Sezessionen in Düsseldorf aus. Die Ausstellung wurde dort am 12. Juni eröffnet.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Wasserkräfte** Eine bemerkenswerte Abhandlung über Erschließung der deutschen Niederdruckwasserkräfte hat der Zivilingenieur Johann Hallinger (München) in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure veröffentlicht. Die Angaben verdienen es wiedergegeben zu werden. In Deutschland ist die Wasserkraftausnutzung in letzter Zeit nahezu ganz, in Bayern in den letzten 5 Jahren an staatlichen Gewässern überhaupt zum Stillstand gekommen. Das war die Zeit vor dem Krieg, in der sich im Ausland auf dem Gebiet der Wasserkraftausnutzung eine fieberhafte Tätigkeit entwickelte. Deutschland hat in den letzten 10 Jahren mit allen Neueinrichtungen kaum 100 000 Pferdestärken Wasserkräfte erschlossen. Es hat sich bisher vorzugsweise auf Dampfkraft gestützt und muß jetzt die Kosten dafür tragen. Die Gewässer der Berg- und Hügelländer der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, ganz besonders aber jene, die im Süden aus dem Nordabhang der Alpen durch die Täler und Ebenen nordwärts fließen, überwinden auf ihrem Lauf ganz bedeutende Gefälle, bis sie vom Rhein und von der Donau aufgenommen werden. Aber auch diese Ströme selbst fallen noch verhältnismäßig stark. Unsere Gewässer bergen also wichtige und wirtschaftliche Wasserkräfte. Der Umstand, daß sie nicht, wie im Ausland, in kurzen Entfernungen und an Wasserfällen liegen sondern auf Längen von 100 Kilometer und mehr verteilt sind, kann ihre Bedeutung nicht herabsetzen. Bei Höchstaussnutzung der Gefälle besitzt Deutschland rund 3,5 Millionen Pferdestärken unerschlossener Wasserkräfte. Hiervon entfallen über

vier Zehntel auf Bayern, rund drei Zehntel auf den Rhein, während der Rest sich auf die übrigen Bundesstaaten verteilt. In Bayern allein können alles in allem bei Höchstaussnutzung der Gefälle aus unerschlossenen Wasserkräften rund 1,5 Millionen Pferdestärken erwartet werden. Die größte Kraftquelle Deutschlands bildet der Rhein zwischen Basel und Straßburg mit rund 600 000 Pferdestärken und von da bis unterhalb Karlsruhe mit weiteren 200 000 Pferdestärken. Deutschland, vor allem Bayern, kann daher Großkraftquellen aufweisen, deren Leistungsfähigkeit den ausländischen Wasserkräften keineswegs nachsteht, ja diesen infolge ihrer günstigen Lage unmittelbar an den Schifffahrtsstraßen überlegen sein muß.

Die Ausnutzung der Gefälle in Flachlandflußstrecken war bei dem bisherigen Stand der Technik aber geradezu das Verhängnis für die Brauchbarkeit unserer Wasserkräfte und ganz entschieden zu klein. Sie betrug nur selten mehr als 40 bis 50 %. Wissenschaftliche Werke und auch staatliche Denkschriften vertreten heute noch den Standpunkt, daß Kanäle für Wasserkraftanlagen 0,3 bis 0,5 Meter Gefälle auf 1000 Meter Länge erhalten müssen. Darin liegt aber die ungünstige Ausnutzung, über die man auch in der Praxis bisher nur in wenigen Fällen hinausgegangen ist. Neue Kanäle müssen ein geringeres Gefälle erhalten als der Fluß. Bei diesem soll das Nutzgefälle verwertet werden. Je kleiner nun das Ringgefälle der neuen Kanäle ist, um so größer ist der Gefällgewinn. Haben Gewässer, wie unsere großen deutschen Flüsse, nur Gefälle von 1 Meter, von 0,8 Meter oder weniger auf 1000 Meter Länge, und gibt man, so wie es die Technik vorschreibt, den Kanälen 0,3 bis 0,5 Meter Gefälle, so wird von dem Fluß nur die Hälfte seines Nutzgefälles verwertet; der Rest geht als Ringgefälle verloren, und die Ausbeute ist 40 bis 60 %. Durch richtige Maßnahmen läßt sich aber die Ausbeutung auf 90 bis 98 % heben, und das ist für die Brauchbarkeit der Niederdruckwasserkräfte von durchschlagender Bedeutung. Hallinger zeigt nun, daß solche Wege sehr wohl gangbar sind, und daß sie eingeschlagen werden müssen, um den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Krieg zu erleichtern.

Zunächst gilt es im eigenen Land die Erzeugung zu heben. Wir schöpfen ja heute noch aus Vorräten und beziehen vom Ausland, leiden Mangel und sind

daher von der Unabhängigkeit des Reiches vom Ausland selbst mit Erzeugnissen, die für den Lebensunterhalt des Volkes unentbehrlich sind, noch weit entfernt. Inzwischen sind die Grenzen des Landes erweitert worden, die Vorräte werden aufgezehrt, die natürlichen Hilfsmittel werden täglich weniger, und es wird so auf Jahre hinaus noch nach dem Krieg bleiben. Werden also neue Erzeugungsmöglichkeiten geschaffen, so ist es außerordentlich wichtig, daß deren Betrieb und Erhaltung möglichst wenig Arbeitskräfte bindet und nicht Stoffe, die ans Ausland verkauft werden können, verzehrt, womit das Vermögen des Landes geschmälert wird. Die geeignetsten Kräfte für diese Zwecke sind die Wasserkräfte, weil sie Werte schaffen, ohne Werte zu verbrauchen, und bei der Erschließung und beim Betrieb keine Geldabwanderung ins Ausland herbeiführen, Stoffe sparen und erzeugen, die auch an das feindliche Ausland später verkauft werden können, so daß sie mehr als irgendeine andere Kraftquelle zur wirtschaftlichen Hebung des Landes beitragen.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich hat Deutschland vor dem Krieg im Jahr 1913 vom Ausland unter anderm folgendes eingeführt: Karbid 48 000 Tonnen im Wert von 8,6 Millionen Mark, Aluminium 18 000 Tonnen im Wert von 23,5 Millionen Mark, Salpeter 774 000 Tonnen im Wert von 172 Millionen Mark, Stickstoff und Kalksalpeter 78 000 Tonnen im Wert von 10 Millionen Mark, Ferrosilizium und Kohlenstoffe 20 000 Tonnen im Wert von 6,2 Millionen Mark, ferner Stahl und andere Stoffe, die für den täglichen Gebrauch und für die Verteidigung des Landes unentbehrlich geworden sind und ausnahmslos im Inland unter Verwendung von Wasserkräften hergestellt werden könnten. Der gesamte Wert solcher Erzeugnisse, die sich auf Wasserkräfte stützen und vom Ausland geliefert und nach Deutschland eingeführt worden sind, betrug im Jahr 1914 über 4 Millionen Mark. Nach dem Urteil der Großindustrie benötigt Deutschland in Zukunft jährlich allein 40- bis 50 000 Tonnen Aluminium, zu deren Herstellung rund 200 000 Pferdestärken erforderlich sind. Das Aluminium ist berufen den deutschen Kupferbedarf teilweise zu ersetzen und die Geldaufwendungen dafür dem eigenen Land zu erhalten. Wir haben außerdem noch damit unsere Verbündeten zu versorgen, Bestände wieder zu ersetzen, Zerstörtes

aufzurichten und daher in dem nächsten Zeitabschnitt einen andern Bedarf als bisher zu decken. Karbid, auf elektrotechnischem Weg hergestellt, wird in größeren Mengen als bisher verbraucht. Es spielt in der Eisenindustrie und bei verschiedenen Vorgängen, so bei der Herstellung von Kalkstickstoff und schwefelsaurem Ammoniak, eine große Rolle. Dazu kommen Ferroerzeugnisse und Kohlenstoffe, Graphite usw., Stoffe, die sich ausnahmslos mit Wasserkräften herstellen lassen.

Die Erschließung der Wasserkräfte im großen ist in den kommenden Zeitverhältnissen wohl eines der ausgiebigsten Mittel zur wirtschaftlichen Hebung des Landes und zur Heilung der gewaltigen Schäden, die über das Land hereingebrochen sind. Es gilt nach dem Krieg für die zurückflutenden Menschenmassen und für die Umstellung der Betriebe von der Kriegswirtschaft auf die Friedensarbeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Hierzu eignet sich wie keine andere nach wie vor die Erschließung der Wasserkräfte nach den Grundsätzen der Höchstaussnutzung mit kleinstem Aufwand, weil diese kein verlorenes Kapital darstellt sondern aus den angelegten Geldern wie kein anderer Betriebszweig Werte schafft.

Das wichtigste Arbeitsgebiet der bayrischen Wasserkräfte zur Unabhängigmachung des Reiches ist die Herstellung von Luftsalpeter entweder über Kalkstickstoff oder nach bewährten norwegischen Verfahren.

Die gewaltige Steigerung der Erträge der deutschen Landwirtschaft in den letzten Zeiten vor dem Krieg ist dem steigenden Stickstoffverbrauch zuzuschreiben, womit sich in den letzten 25 Jahren bei fast gleicher Anbaufläche die Ernte nahezu verdoppelt hat. War nun die deutsche Landwirtschaft bei diesen Rekorden nicht mehr in der Lage die Volksernährung ohne Einfuhr völlig sicherzustellen, so wird sie dies in Zukunft ohne Zufuhr der Hilfsmittel erst recht nicht mehr sein, und der Erntertrag wird wieder um die Hälfte auf den Stand von 1881 zurückgehen. Denn mit dem Krieg ist die Einfuhr von jährlich 7- bis 800 000 Tonnen Stickstoff aus dem Ausland abgeschnitten worden, und wenn es nicht gelingt ausreichenden Ersatz zu beschaffen, so wird wohl die allgemeine Knappheit bei längerer Kriegsdauer noch einschneidender und gefährlicher werden. Die während des Krieges durch die Industrie und durch das Reich ins Leben gerufenen Stick-

stoffherstellungsstätten, die sich fast ausschließlich auf Dampfbetriebe stützen, arbeiten vor allem natürlich für die Landesverteidigung, und für die Landwirtschaft bleibt wenig übrig. Dagegen steht es fest, daß, wenn der deutschen Landwirtschaft die früheren Salpetermengen ungeschmälert zur Verfügung stünden, wir um 2 bis 2,5 Millionen Tonnen, das ist 30 bis 40 Kilo für den Kopf der Bevölkerung, mehr Ernteertrag und keinen Mangel haben würden, ja sogar die anstoßenden Länder mit versorgen könnten. Die Nahrungs- und Futtermittelknappheit wäre behoben, dem deutschen Volk schwere Sorge und große Entbehrung erspart. Ferner steht es fest, daß wir uns im eigenen Land Stickstoff und Salpeter in ausreichenden Mengen und billiger als aus Chile herstellen können. Denn nach dem Beispiel Norwegens kann unter Anwendung deutscher Niederdruckwasserkräfte das Kilogramm Stickstoff für 0,50 Mark gebunden und für 0,80 Mark mit Gewinn verkauft werden, während der deutsche Landwirt heute dafür 1,48 Mark bezahlt. Wasserkräfte aus dem Inn, der Donau und dem Rhein in einem Umfang von 600- bis 800 000 Pferdestärken könnten über die nächste Zeit hinweghelfen.

**Metalllegierungen**

Die Notwendigkeit wegen des Kupfermangels für die bewährten Kupferlegierungen:

Bronze, Messing, Tombak, Rotguß, Weißguß usw., Ersatz schaffen zu müssen führte zur Erprobung neuer Metalllegierungen aus Rohstoffen, die in Deutschland selbst beschafft werden können.

Das Hauptmaterial für diese Metalllegierungen ist das Zink. Nach einer Mitteilung E. H. Schulz' in Stahl und Eisen ist es gelungen schon das Zink selbst erheblich zu veredeln, indem es zu Stangen gespritzt oder nach einem besonderen Verfahren ausgewalzt wird. Durch diese Behandlung erlangt das Zink eine relativ hohe Festigkeit (17 Kilogramm per Quadratmillimeter) und wird zugleich zähe und dehnbar. Es kann in diesem Zustand für eine ganze Reihe von Apparaten und Instrumenten, zum Beispiel für Glühlampenfassungen, Klemmschrauben, Schalter als Ersatz des Messings, benutzt werden. Durch Zusatz von wenigen Prozenten anderer Metalle, insbesondere von Kupfer und Aluminium, entstehen Zinklegierungen von großer Festigkeit und gleichzeitiger Zähigkeit. Eine Legierung mit 6%

Kupfer und 3% Aluminium zeichnet sich hier besonders aus; diese Legierung hat außerdem die Eigenschaft beim Gießen wenig zu schwinden, so daß die Formen gut ausgefüllt werden und sich blasenfreie Gußstücke ergeben. In systematischer Weise sind von Ludwik verschiedene Metalllegierungen zusammengestellt und untersucht worden. Besonderes Interesse nehmen auch hier die Zinklegierungen in Anspruch. Zur Gütebestimmung der Legierung dienten Härteproben nach dem Kegeldruckverfahren, wobei der Druckkegel mit 100 bis 1000 Kilogramm während einer Minute belastet wurde. Der an dem Versuchsstück erzielte Eindruck wurde mikroskopisch gemessen. Das Verhältnis von Belastung zur Fläche des Eindrucks ist dann ein Maß für die Kegeldruckhärte. Für reines Zink ergab sich eine Härtezah von 43. Ein Zusatz von 2% Zinn verminderte die Härte auf 42. Die Härte stieg dagegen auf 52 beim Zusatz von 2% Antimon, auf 89 beim Zusatz von 2% Aluminium und auf 114 beim Zusatz von 2% Magnesium. Auch beim Aluminium, das die gleiche Härtezah wie reines Zink hat, vermehrt ein Zusatz von 4% Magnesium die Härte auf 86. Beim Kupfer mit einer Härtezah von 70 vermag eine Beimischung von 4% Magnesium die Härte gar auf 180 zu steigern.

**Vorläufer moderner Erfindungen**

Durch die Presse geht ein Bericht über eine Breslauer Ausstellung der Schlesi-

schen Vaterländischen Gesellschaft vom Jahr 1822, in dem auf einen Vorläufer des Unterseeboots hingewiesen wird. Mit dem Hinweis auf Vorläufer moderner technischer Erfindungen sollte man recht vorsichtig sein; denn zumeist handelt es sich immer nur um mehr oder minder klar ausgesprochene Erfindungsideen, die zu der Zeit, in der sie ausgesprochen wurden, nicht realisiert werden konnten, weil die technischen Mittel zu ihrer Ausführung noch nicht vorhanden waren. (Wohl aus diesem Grund hat Napoléon die Fultonschen Vorschläge als absurd kurzerhand verworfen. Er erkannte sicherlich intuitiv, daß zur Schaffung einer Dampfer- und Unterseebootflotte in großem Maßstab, wie sie zur Niederbringung Englands nötig gewesen wäre, seinem Land und seiner Zeit alle technischen Voraussetzungen fehlten.) Die Idee des Unterseeboots ist so alt fast wie die des Flugschiffs. Beide aber waren absurd, solange kein leichter und

zugleich kräftiger Motor vorhanden war usw. usw. Die Konzeption derartiger Ideen ist weder eine Erfindung noch trägt sie etwas zur Lösung des gestellten Problems bei. Ist dann die Zeit reif, das heißt sind die technischen Mittel vorhanden, und ist eine Bedürfnisfrage zu erledigen, so vollzieht sich die Realisierung der gestellten Aufgabe zumeist ganz ohne Kenntnisnahme der in Kuriositätenbüchern aufgestapelten Erfindungs-ideen. Und dann erscheint in Tageszeitungen und in pseudopopulären Zeitschriften mit tödlicher Sicherheit auch sehr bald eine historische Ausgrabung, durch die die moderne technische Leistung zu verkleinern versucht wird.

**Kurze Chronik** 78 Jahre alt, starb in Paris der französische Ingenieur Joseph Spies, der in Frankreich als der eigentliche Erfinder des starren Luftschiffsystems gilt und auch jahrelang dem Grafen Zeppelin die Priorität der Erfindung streitig gemacht hat.  $\diamond$  In Cordoba in Argentinien starb im Januar der Professor an der argentinischen Landesuniversität Oskar Döring. Eine ganze Generation argentinischer Ingenieure ist durch ihn herangebildet worden.  $\diamond$  Am 2. und 3. Juni hielt der Verein deutscher Gießereifachleute seine 7. Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen Vorträge über Graphit und Graphitersatz in ihrer Bedeutung für die deutschen Gießereien, die Heranziehung der Gefügelehre zur Deutung einiger alltäglichen Erscheinungen im Gießereibetrieb usw.  $\diamond$  In Ungarn sind in der Kukulmulde große Bauxitlager erschlossen worden, die auf etwa 10 Millionen Tonnen geschätzt werden. Bauxit, der 53 bis 60 % Tonerde, 20 bis 25 % Eisenoxyd und Kieselsäure enthält, ist ein wertvolles Rohmaterial für die Aluminiumerzeugung.  $\diamond$  Die Erdölschürfung in Österreich-Ungarn hat in der letzten Zeit bedeutend zugenommen. So ist in Taufkirchen ein Erdölvorkommen festgestellt worden, das ein gutes Motoren- und Dampfzylinderschmieröl liefert. Auch in Salzburg in der Nähe von Bergheim wird zurzeit nach Erdöl geschürft.  $\diamond$  Der Landesgeologe Richard Michael ist zum Honorarprofessor in der Abteilung für Bergbau der Berliner Technischen Hochschule ernannt worden.  $\diamond$  An der Technischen Hochschule Hannover habilitierte sich der Oberlehrer an der Baugewerkschule in

Buxtehude Johannes Thieme; er erhielt einen Lehrauftrag für Eisenbau für Maschineningenieure. An der Berliner Technischen Hochschule habilitierte sich Wilhelm Hort; seine Arbeiten behandeln hauptsächlich die Anwendung der Differentialgleichungen in der Mechanik.

**Literatur** Zur 100jährigen Geburtsfeier Werner von Siemens' sind zahlreiche Gelegenheitsschriften erschienen, die an die Autobiographie Siemens' anknüpfend mehr oder weniger geschickt die Bedeutung des Begründers der modernen Elektrotechnik dazutun versuchen. Wenige von diesen Schriften aber reichen an die von Artur Fürst verfaßte Siemensbiographie /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ heran. Der Verfasser wird allgemein als gewandter Popularisator selbst schwieriger technischer Fragen geschätzt. Dieses Können kommt auch der vorliegenden Gedächtnisschrift zugute. Sie bietet in gewissem Sinn sogar mehr als die Lebenserinnerungen Siemens' selbst, denn erst durch die objektive Darstellung wird die Bedeutung Siemens' für unsere ganze Kulturentwicklung eindringlich vor Augen geführt. Um die Lebensarbeit Siemens' voll würdigen zu können, müssen seine Leistungen auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Technik in Beziehung zu der Gesamtentwicklung gebracht werden. Dann erst kann man es verstehen, wie in der fruchtbarsten Zeit des 19. Jahrhunderts auch der einzelne Mann mit seinem Wollen und Können bleibende Werte schaffen und den Gang der Kultur ganz wesentlich zu beeinflussen vermochte. Das hat Artur Fürst sehr anschaulich herausgearbeitet. Und dabei ist in dieser Darstellung Werner Siemens doch nicht zu einem Heros auf hohem Piedestal geworden sondern ganz der lebenswürdige und persönlich bescheidene Mensch geblieben, als der er sich ungezählte Freunde (auch unter seinen Arbeitern) gewonnen hat, der Mann, der innerlich und äußerlich so wohldiszipliniert war, daß er selbst in den schwierigsten Lebenslagen immer über der Situation stand. Recht anschaulich und interessant sind auch die dem Buch beigegebenen Abbildungen, die für eine Reihe grundlegender technischer Leistungen Werner von Siemens' die erste Entwicklungsphase und den gegenwärtigen Zustand darstellen. Das Buch sei Arbeiterbibliotheken angelegentlich empfohlen.